## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 16. Wahlperiode Plenarprotokoll 27. Sitzung

07.10.04

# 27. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Oktober 2004

## Inhalt

Reform der Pflegeversicherung	Abq. Pietrzok (SPD)1573
Große Anfrage der Fraktion der CDU	Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 1575
vom 12. Juli 2004	Abg. Tittmann (DVU)
(Drucksache 16/355)	Abg. Wedler (FDP)
D a z u	Staatsrat Dr. Knigge
Mitteilung des Senats vom 17. August 2004	Abstimmung
(Drucksache 16/370)	g
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)       1555         Abg. Brumma (SPD)       1557         Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)       1559	Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
Abg. Tittmann (DVU)	Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten
Keine Rücknahme der Rechtschreibreform! Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 23. August 2004	Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung1581
(Drucksache 16/374)	Für Asyl-Lager außerhalb Europas
Modifizierung der neuen Rechtschreibung Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 7. September 2004 (Drucksache 16/386)	Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 3. August 2004 (Drucksache 16/366)
Abg. Wedler (FDP)1564	Abg. Tittmann (DVU)1581
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) 1566	Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 1582
Abg. Rohmeyer (CDU)1568	Abg. Herderhorst (CDU)
Abg. Frau Hövelmann (SPD)1570	Abg. Tittmann (DVU)
Senator Lemke	Abg. Kleen (SPD)
Abstimmung	Abstimmung
	Absage an das Finanzierungsgrab Space-Park!
Schutz von Jugendlichen vor Verlockung zu Alkoholkonsum durch Alkopops	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 15. Juli 2004	vom 10. August 2004 (Drucksache 16/368)
(Drucksache 16/362)	Abg. Tittmann (DVU)1586
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) 1571	Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)1587

Abg. Tittmann (DVU)1583	Überweisungspannen offenbaren Struktur-
Abg. Liess (SPD)1588	g fehler
Abg. Frau Winther (CDU)1588	Mitteilung des Senats vom 27. April 2004
Abstimmung	(Drucksache 16/222)
	Überweisungspannen offenbaren Struktur- fehler
Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes (BremAbgG)	Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 30. September 2004	vom 3. September 2004 (Drucksache 16/384)1608
(Drucksache 16/422)	(Bruchsuche 10/001)
Präsident Weber	Schnelle Umsetzung der Außenweservertie- fung durch den Bund
Vereinssport als Wertschöpfungsfaktor	Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 12. Juli 2004	vom 6. Oktober 2004 (Drucksache 16/426)
(Drucksache 16/356)	Bremen muss nationales Seehafenkonzept mit
D a z u	entwickeln
<b>Mitteilung des Senats vom 21. September 2004</b> (Drucksache 16/404)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2004 (Drucksache 16/420)
Abg. Gerling (CDU)1590	Abg. Günthner (SPD)1608
Abg. Pohlmann (SPD)159	Abg. Bödeker (CDU)
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 1593	Abg. Tittmann (DVU)
Staatsrat Dr. vom Bruch1596	Abg. Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) 1611
	Abg. Wedler (FDP)
Gesetz über die Neuordnung der Arbeitsge-	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1615
richtsbarkeit im Land Bremen	Abg. Bödeker (CDU)
Mitteilung des Senats vom 17. August 2004	Bürgermeister Dr. Gloystein
(Drucksache 16/369)	Abg. Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) 1618
1. Lesung	Abstimmung
Abg. Wedler (FDP)1593	7
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 1599	Arberger und Mahndorfer Marsch: Finanz-
Abg. Grotheer (SPD)1599	desaster begrenzen
Abg. Frau Hannken (CDU)1600	minag der i faktion banding 50/ ble Granen
Abg. Wedler (FDP)160	
Abstimmung	2 (Drucksache 16/403)
	Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) 1619
Entwicklung der BLG Logistics Group	Abg. Liess (SPD)1621
Große Anfrage der Fraktion der CDU	Abg. Frau Winther (CDU)1623
vom 12. Juli 2004	Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) 1625
(Drucksache 16/357)	Abg. Liess (SPD)1626
D a z u	Bürgermeister Dr. Gloystein1626
Mitteilung des Senats vom 24. August 2004 (Drucksache 16/377)	Abstimmung
	Stellungnahme des Senats zum 26. Jahresbe-
Abg. Bödeker (CDU)	richt des Landesbeauftragten für den Daten-
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	n de la companya de l
Bürgermeister Dr. Gloystein	Wittenang des Bendts vom 31. Magast 2004
_ arg = 111010101 D1. G10   010111	(DIGCESSICIE 10/0/0/

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kon-
takte und Entwicklungszusammenarbeit 1630
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Justizdienstleistungen
Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfe- ausschusses
Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration
Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

### Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes	Schriftführerin Arnold-Cramer	
Vizepräsident Ravens	Schriftführerin Hannken	
	Schriftführerin Marken	
-		
Bürgermeister <b>Dr. Scherf</b> (SPD),	Präsident des Senats.	
, , ,	Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Justiz und Verfassung	
Bürgermeister <b>Dr. Gloystein</b> (CD	DU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur	
Senator für Bildung und Wissens	schaft <b>Lemke</b> (SPD)	
Senatorin für Arbeit, Frauen, Ge	sundheit, Jugend und Soziales <b>Röpke</b> (SPD)	
Senator für Bau, Umwelt und Ve	erkehr <b>Eckhoff</b> (CDU)	
Senator für Inneres und Sport <b>R</b> ö	owekamp (CDU)	
-		
Staatsrat <b>Dr. vom Bruch</b> (Senator für Inneres und Sport)		
Staatsrat <b>Dr. Färber</b> (Senator für	Wirtschaft und Häfen)	
Staatsrat <b>Dr. Knigge</b> (Senator für	Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)	
Staatsrat <b>Köttgen</b> (Senator für Bi	ldung und Wissenschaft)	
Staatsrätin <b>Kramer</b> (Senator für l	Bau, Umwelt und Verkehr)	
Staatsrat <b>Mäurer</b> (Senator für Ju	stiz und Verfassung)	
-		

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff** 

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die 27. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich ehemalige Mitarbeiter von Daimler-Benz/Daimler-Chrysler.

Herzlich willkommen!

(B)

#### (Beifall)

Ich vermute einmal, Sie hören lieber Daimler-Benz! Ferner begrüße ich zwei Klassen des Schulzentrums Butjadinger Straße. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### Reform der Pflegeversicherung

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 12. Juli 2004 (Drucksache 16/355)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 17. August 2004

(Drucksache 16/370)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Sehr geehrte Frau Senatorin Röpke, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, so dass wir gleich in die Aussprache und in die Debatte eintreten können.

Das ist der Fall, es erhebt sich kein Widerspruch.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn wir heute Morgen über Pflegeversicherung reden, sollten wir vielleicht auch einmal einen Moment darüber nachdenken, da ja viele junge Menschen hier im Haus heute zu Gast sind: Pflegefall zu sein ist keine Frage des Alters. Das Pflegerisiko er-

höht sich zwar mit zunehmendem Alter, aber auch junge Menschen kann es treffen.

Wir haben als CDU-Fraktion allein diese Große Anfrage an den Senat gestellt, weil wir bei den Gesprächen mit unseren Senioren immer wieder den Wunsch nach einer Reform der Pflegeversicherung vorgetragen bekommen haben. Ich glaube, das geht den anderen Fraktionen in diesem Haus nicht anders. Wenn man die Presse, auch die ernst zu nehmende Presse, in den letzten Wochen verfolgte, dann kann man nicht umhin kommen festzustellen, dass in der Bevölkerung, die in Jahren reifer ist, eine zunehmende Angst um die Pflegeversicherung existiert. In der "Wirtschaftswoche" gab es einen dramatischen Bericht über die Angst der Alten, den Kindern als Pflegefall finanziell zur Last zu fallen. An einer anderen Stelle wurde über Suizidzunahme wegen Angst, ein Pflegefall zu werden, berichtet. Die Lage spitzt sich dramatisch zu.

Meine Damen und Herren, die Menschen und insbesondere die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sind besorgt, was die Pflegeversicherung angeht. Eine dringend anstehende Reform wird in Berlin nur schleppend betrieben, die Bundessozialministerin erteilt den Plänen einzelner Ländersozialministerien eine Absage, die Pflegeversicherung noch in diesem Jahr grundlegend umzugestalten. Selbst bei der vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen Anpassung der Beiträge ist man noch zu keiner Lösung gekommen, die die Familie nach dem Urteil entlasten soll. Zitat der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, SPD, vom 22. August 2004, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: "Wir werden in diesem Jahr das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beitragsgerechtigkeit zwischen Kinderhabenden und Kinderlosen umsetzen. Dies duldet keinen Verzug. "

Dem "Weser-Kurier" vom 23. August 2004 kann man entnehmen: "Kritik an Pflegeplänen". Darin heißt es, ich zitiere: "Das Vorhaben der Bundesministerin," diesmal ist es Ulla Schmidt, auch SPD, Sozialministerin ihres Amtes nach, "die Beiträge von Kinderlosen 2005 um einen Viertelprozentpunkt zu erhöhen, halten die SPD-Minister", gemeint sind die Sozialministerinnen, "aus den Ländern Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bremen für nicht ausreichend." Die Antwort des Senats vom 17. August dieses Jahres unter Punkt vier ist da noch zögerlicher. Der Inhalt dieses Artikels ist aber deutlich und eindeutig.

Wir wollen einfach, dass dieser von uns mitgetragene Senat sich Gedanken macht, wie die Pflegeversicherung in der Zukunft ausgestaltet werden kann. Die Pläne von Rürup lassen auch keine großen Hoffnungen aufkommen. Die CDU-Fraktion nimmt die Sorgen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr ernst. Kein Mensch kann die demographische Entwicklung leugnen, sie ist da, bei jedem Gang durch die Wallanlagen sehen Sie deut-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) lich mehr alte Menschen mit Hund als junge Menschen mit Kinderwagen. Ich beobachte das jedenfalls im Grünzug West, und ich glaube, Ihnen geht es genauso, wenn Sie dort spazieren gehen. Die Zahlen der Antwort auf Frage zwei belegen das in dramatischer Weise.

In Vorbereitung dieser Debatte habe ich mir zwei Bücher genehmigt und durchgelesen, einmal "Der Methusalem-Komplex" und dann das Buch der Enquetekommission 2002. Das eine ist ein bisschen reißerisch geschrieben. Das andere Buch, das der Enquetekommission, ist ein bisschen anstrengend zu lesen und auch viel dicker, aber es macht ganz deutlich, wohin die Zukunft geht und wie dramatisch die Situation ist. Wer es immer noch nicht begriffen hat, in was für einer dramatischen Situation der Überalterung dieses Volkes wir sind, den würde ich dringend bitten, diese beiden Bücher zu lesen, dann ist er auf dem laufenden Stand, und dann bekommt das Wort des Bundespräsidenten "Kinderlärm ist Zukunftsmusik" wieder eine ganz andere Bedeutung für die Ohren.

Meine Damen und Herren, in der Antwort auf Frage drei zeigt der Senat all die Möglichkeiten auf, die zu einer deutlichen Verbesserung der Situation in der Pflege führen würden, ich komme darauf zurück. Gleichermaßen zeigt er deutlich auf, welche Wirtschaftskraft in der Zukunft von der Pflege ausgehen kann und ausgehen wird. Das BAW-Gutachen macht deutlich, welcher wirtschaftliche Nutzen von Investitionen in Pflegeeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven ausgehen könnte und bereits ausgeht.

Jeder neue Pflegeplatz, der in unseren beiden Städten geschaffen wird, bedeutet einen neuen Arbeitsplatz, und von Arbeitsplätzen haben wir ja gestern und in der letzten Debatte geredet. Arbeitsplätze brauchen wir dringend, dringender als vieles andere, und dann muss man eigentlich sagen, viel ist seit dem Gutachten, das seit 2003 vorliegt, nicht geschehen. Einige private Anbieter haben neue Heime gegründet. Es sei ihnen gegönnt, dass sie damit auch Geld verdienen, aber der Mut, so etwas einzurichten, gehört eigentlich belohnt. Vielleicht sollten wir alle mehr Mut dazu haben, nicht nur ein High-Tech-Standort zu werden, City of Science, sondern auch ein Standort, an dem man sagt, hier in Bremen ist die Pflege besonders gut geraten, hier ist ein Pflegestandort Bremen, der über die Quantität hinaus Qualität aufweist.

Unser Ziel muss es sein, Rehabilitation vor Pflege und das Ambulante vor dem Stationären einen deutlichen Schritt nach vorn zu bringen. Das schließt auch die Anschlussrehabilitation nach einem Krankenhausaufenthalt ein. Da ist noch vieles zu tun. Die geriatrische Rehabilitation hilft dem Menschen, seine Selbständigkeit und Eigenkompetenz zu verbessern oder sogar wiederzuerlangen. Das ist menschlicher, und das ist für uns alle gut. Das müssen wir nach Meinung der CDU-Fraktion vorantreiben, nicht

einmal, weil es möglicherweise Kosten sparen würde, sondern weil es vor allen Dingen menschlicher und humaner ist, wenn Menschen, die eine schwere Erkrankung hinter sich haben, wieder auf eigenen Beinen ihr eigenes Leben so weit wie möglich gestalten können, unter menschenwürdigen Umständen, ohne Angst, älter zu werden. Darauf kommt es doch an, und das ist eine Hoffnung, die wir alle in uns hegen. Deshalb müssen wir an der Angebotsvielfalt arbeiten, und diese Angebotsvielfalt sollte sich aus Familienpflege, ambulanten Diensten, Heimund Kurzzeit- und Tagespflege zusammensetzen.

Es muss mehr Anreize für die Nutzung von teilstationären Angeboten geben, und daran mangelt es noch, denn es gibt unbestritten eine Schnittstellenproblematik. Noch immer stehen die Betroffenen meist ohne ausreichende Unterstützung vor der schwierigen Aufgabe, aus den vorhandenen Angeboten prinzipiell möglicher Hilfen die richtigen und wichtigen für ihre Betroffenen auszuwählen. Ohne ein solches Angebot wird im Zweifelsfall das teure Heim gebucht, was vielleicht noch gar nicht notwendig ist. Bei allen Mühen, die man sich in den Heimen gibt, verliert der Mensch doch ein Stück Lebensqualität. Zu den Heimen und der Bürokratie, der sie unterliegen, kommen wir in der nächsten Zeit mit einer weiteren Großen Anfrage, die von der Koalition bereits eingebracht worden ist, und die Debatte werden wir dann führen.

Eines will ich aber für die CDU-Fraktion heute schon sagen: Respekt vor denen, die Heime betreiben und sich Angriffen wie dem vom Sozialverband Deutschland vom 27. August 2004 aussetzen müssen! Dort wurden Horrorzahlen von 10 000 Toten pro Jahr durch mangelnde Versorgung in den Heimen in die Welt gesetzt, und dann mussten sie doch wieder relativiert werden. Doch das ist so wie mit den Gänsen: Wenn Sie eine Gans rupfen und die Federn durch das Dorf wehen, ist es unmöglich, alle Federn anschließend wieder aufzusuchen. So ist das auch mit Berichten!

Meine Damen und Herren, Respekt aber auch vor denen, die an den Menschen die Pflege nach bestem Wissen und Gewissen ausführen! Dafür den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Heimen und in der Pflege ein Dankeschön!

Wir müssen auch Antworten auf folgende Fragen finden: Ambulant vor stationär ist gewünscht, sogar vom Gesetz gewollt, aber warum wird so wenig dafür getan? Rehabilitation vor Pflege ist gewünscht, warum wird die Zuständigkeit hier nicht vereinfacht? Noch ist für die Rehabilitation die Krankenversicherung zuständig, für die Pflege die Pflegeversicherung. PLAISIR, und das ist jetzt ein schwieriges Wort, weil es eine Mischung aus Amerikanisch und Französisch ist, ich gebe Ihnen nur einmal die Übersetzung, informatisierte Planung der erforderlichen Pflege, das ist ein Software-Programm, soll ein einheitliches Instrument zur Sicherung der Pflegequa-

(C)

(A) lität sein. Dieses Verfahren ist gescheitert, weil man mit dem kanadischen Rechteinhaber nicht zurechtkam. Wir brauchen dringend solch ein Programm, das die Pflegenden davon befreit, viel zu viel Zeit für beweispflichtige Unterlagen aufzuwenden, sondern diese Zeit sollte denen zugute kommen, die zu pflegen sind.

Wir reden heute viel über Kundenorientierung in allen Fällen. Kunde ist in diesem Fall der Mensch, der gepflegt wird, und der hat Anspruch auf Leistung, die, von welcher Stelle auch immer, für ihn gezahlt wird. Wir sind bei dem Problem der demenziell erkrankten Menschen und ihrer Angehörigen noch keinen Schritt weiter. Wir haben in diesem Haus mehrfach über demenzielle Erkrankungen gesprochen, aber weitergekommen sind wir dort eigentlich noch nicht.

Meine Damen und Herren, es fehlen uns im System die Einzahler, egal wie die Finanzierung der Pflegeversicherung künftig vor sich gehen wird.

#### (Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident! Mehr Leistung gönnen wir uns für die Pflege nur, wenn wir mehr Geld zur Verfügung stellen können, das ist die Problematik. Die Lohnkosten oder Lohnnebenkosten sollen sowohl von der Bundesregierung in Berlin als auch von der Opposition nicht weiter belastet werden, also müssen durch mehr Einzahler, die eine versicherungspflichtige Beschäftigung haben, mehr Beiträge in die Kasse der Pflegeversicherung kommen. Die aktuellen Arbeitslosenzahlen haben Sie gestern und vorgestern der Presse und der Berichterstattung entnehmen können, und da ist keine Trendwende in Sicht. Das Dilemma wird also weitergehen.

(B)

Bedenkenswert erscheint der CDU-Fraktion auch folgende Frage: Warum gibt es Länder auf dieser Erde, die fast ohne stationäre Einrichtungen der Altenhilfe auskommen? Was machen wir in Deutschland anders oder falsch, und warum ist Pflege bei uns in Deutschland ein so großes Problem? – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

#### (Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ganz froh, dass wir heute dieses Thema diskutieren. Am vergangenen Freitag war im Bundestag Thema das so genannte Kinderberücksichtigungsgesetz, das für die Pflegeversicherung eingebracht wurde, und von daher sollten wir einiges, glaube ich, heute noch einmal klarer darstellen.

Mit dem Pflegeversicherungsgesetz vom 26. Mai 1994 wurde eine fünfte Säule im System der Sozialversicherung geschaffen. Damit wurde das Risiko der Pflegebedürftigkeit solidarisch in Form einer Teilkaskoversicherung abgesichert. Ich erwähne hier, dass es lediglich eine Teilkaskoversicherung ist, da gibt es ja immer Irritationen. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass bei dieser Einführung der Pflegeversicherung die Arbeitgeber nicht beteiligt wurden, denn die Arbeitnehmer verzichteten auf den Buß- und Bettag, der für den Arbeitgeberanteil geopfert wurde.

Inzwischen erhalten über zwei Millionen Menschen in Deutschland Leistungen aus der Pflegeversicherung. In Bremen, wie in der Anfrage beantwortet wurde, sind es derzeit 10 000 Menschen. Die Zahl entwickelt sich dramatisch bis hin zu 14 000 oder 15 000 im Jahr 2020, wie es in der Antwort des Senats steht.

Die Pflegeversicherung dazu beigetragen, dass pflegebedürftige Menschen in deutlich geringerem Umfang als zuvor in die Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen gelangt sind. Die Pflegeversicherung ist ein Kernsicherungssystem, und es stand vor kurzem in der Zeitung, dass diese Pflegeversicherung auch von sehr vielen jungen Leuten begrüßt und akzeptiert wird, es ist also nicht so, dass eine Ablehnung vorhanden ist.

Was ist das Positive daran? Hier wird Solidarität und Eigenvorsorge in Balance gebracht. Es gibt auch keinen vollständigen Erbenschutz, deshalb kann man nicht von einer Erbenversicherung sprechen, weil das Vermögen, das über bestimmten Grenzen liegt, herangezogen wird, von daher ist diese Argumentation falsch.

Inzwischen besteht aber deutlicher Handlungsbedarf, erstens wegen der finanziellen Situation, zweitens hinsichtlich des Bundesverfassungsgerichtsurteils, dass Erziehende ab 1. Januar 2005 besser gestellt werden müssen, und drittens hinsichtlich ihrer qualitativen Weiterentwicklung.

Meine Damen und Herren, wir müssen in Deutschland eine Debatte führen, was uns die Pflege wert ist und wie wir sie organisieren wollen. Wir müssen als Ziel haben, dass Alte und Pflegebedürftige möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen dürfen und dass Angehörige weder materiell noch emotional überfordert werden.

#### (Beifall bei der SPD)

#### Das müssen unsere Ziele sein!

Wenn in dieser Debatte Wahrhaftigkeit eine Rolle spielen soll, dann muss anerkannt werden, dass die Pflegeversicherung schon bei ihrer Einführung mit Mängeln behaftet war. Das ist und war jedem bekannt, denn wer Leistungen und Beiträge wie da-

(A) mals deckelt, der kalkuliert von Anfang an, angesichts des zunehmenden Pflegebedarfs und der demographischen Entwicklung ein, dass ein finanzieller Mangel kommen wird.

1994 wurde auch viel über die Einbeziehung von Demenzkranken diskutiert, das wurde allerdings zur Seite gelegt, damit ein Einstieg in die Pflegeversicherung möglichst schnell geschehen konnte. Insofern ist damals die Weiterentwicklung außer Acht gelassen worden. Jetzt ist es aber Zeit, über eine Dynamisierung der Beiträge zu reden. Wenn es nach meinen Wünschen gegangen wäre, hätte ich allerdings erst eine Strukturreform abgewartet. Allerdings ließ der Termindruck durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil dies nicht zu, und die konjukturell bedingte Lage durch die Arbeitslosigkeit erfordert inzwischen schnelles Handeln.

Zu einer Generalreform wurden jetzt auf Bundesebene vier Arbeitsgruppen gegründet, eine zur Entbürokratisierung der Pflege, dann die Versorgung von Demenzkranken, auch eine Gruppe über die Nachhaltigkeit der Finanzierung und über die Qualität in der Pflege. Das macht meines Erachtens Sinn, damit das Strukturkonzept zukünftig einigermaßen stimmig ist.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne finde ich die vom Bundestag am vergangenen Freitag verabschiedete Gesetzesregelung zur Berücksichtigung von Kindern in der sozialen Pflegeversicherung als vorläufigen Schritt akzeptabel. Ich betone vorläufig! Das so genannte Kinderberücksichtigungsgesetz bringt 700 Millionen Euro Mehreinnahmen für die Pflegekassen. Es bietet einen gewissen zeitlichen Spielraum für die Verbesserungen in der Pflegestruktur. Die jetzigen Rentner werden nicht zusätzlich belastet, zumal sie schon den vollen Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten, den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung und eine Nullrunde bei den Rentenerhöhungen erlebt haben.

Hier kann ich mich nur dem VdK anschließen, der sagte, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: "Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die rotgrüne Regierung durchsetzt, um die Rentner nicht erneut zu belasten. Schließlich haben diese in der Regel Kinder in schwierigen Zeiten großgezogen." Dem stimme ich vollkommen zu. Sie haben schon eine Generationenleistung erbracht.

Was ich allerdings bei den getroffenen Maßnahmen bedauere, ist, dass Privatversicherte davon ausgenommen sind. Die private Pflegekasse ist gut gefüllt, da sie weitaus weniger Pflegefälle zu betreuen hat. Die dortigen Überschüsse von mehreren Milliarden wandern durch die Welt und suchen gute Anlagemöglichkeiten. Hier wäre zu einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung zu überprüfen, ob die private Pflegeversicherung nicht in ein System einer solidarischen Bürgerversicherung einbezogen

werden sollte, wie es auch von unserer Partei bereits bei der Krankenversicherung gefordert wird.

#### (Beifall bei der SPD)

Der Vorschlag, den die Union am Freitag im Bundestag einbrachte, führt uns nicht weiter, hier ist das Motto: Mit der einen Hand nehmen, mit der anderen Hand geben. Der Vorschlag lautet, 0,1 Prozent Steigerung für alle, pro Kind gibt es eine Entlastung von fünf Euro, damit finanzieren Kinder erziehende Mitglieder ihre Entlastung selbst. Letztlich würden beim Unionsvorschlag 700 Millionen Euro in der Pflegekasse fehlen, und es bestünde die Gefahr, dass die Versicherung kollabiert. Auch würden durch die allgemeine Beitragssatzanhebung jetzige Rentner, die Kinder erzogen haben, zusätzlich belastet.

Meine Damen und Herren, seit 1998 wurden strukturell einige Reformen in der Pflege vorgenommen. Ich nenne stellvertretend die Stärkung der häuslichen Pflege, Betreuungshilfen für Demenzkranke und das Pflegequalitätssicherungsgesetz. Hier dürfen wir allerdings nicht stehen bleiben! Notwendig ist eine deutliche Verbesserung, wie mein Vorredner auch schon sagte, bei der Versorgung der Demenzkranken und Menschen mit beschränkten Alltagskompetenzen.

Die ambulante Versorgung muss, wie gesagt, vor der stationären liegen, Reha kommt vor Pflege. Eine neue Qualität muss es auch beim Begutachtungsverfahren geben, es muss zukünftig einen Hilfemix anstelle isolierter Strukturen sowie ein zielgerichtetes Fallmanagement geben. Für uns sind das Herzog-Modell einer monatlichen Kopfpauschale in der Pflege und auch, wie es von einigen Organisationen gefordert wird, die Abschaffung der sozialen Pflegeversicherung keine Lösung.

Das ist nicht zukunftsgerecht, denn es gibt noch die Forderung des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU im Bundestag, Storm, der vor der Hamburger Wahl forderte, 1,5 Milliarden sollte man aus Steuergeldern für die soziale Pflegeversicherung zuschießen. Ich glaube, das ist nicht machbar unter den gegenwärtigen Haushaltsbedingungen. Es gibt ebenfalls die Forderung, Kindererziehungszeiten in der Rente, 21 Milliarden, und so weiter, also summa summarum 100 Milliarden sollen über Steuergelder flankiert für das Sozialsystem eingesetzt werden.

Auf der anderen Seite will Herr Merz den Spitzensteuersatz auf 36 Prozent absenken. Hier ist auf Seiten der Union noch Klärungsbedarf, damit wir hier weiterkommen, oder Herr Merz will die Mehrwertsteuer erhöhen oder eben Feiertags- und Nachtzuschläge für Krankenschwestern abschaffen. Hier ist noch großer Klärungsbedarf. Es gibt ja auch die Diskussion hinsichtlich der CDU/CSU durch Herrn Seehofer, der das Konzept der Kopfpauschale ab-

(D)

(A) lehnt. Hier wissen wir als Sozialdemokraten nicht, wohin die Union eigentlich will.

#### (Glocke)

In dieser Richtung muss noch Klarheit kommen. Wie gesagt, wir sind für eine nachhaltige Finanzierung, auch Überlegungen, die Form einer Bürgerversicherung zu wählen. Was ganz wichtig ist, es wurde von meinem Vorredner bereits gesagt: Die ökonomischen Bedingungen der Pflege sind auch aus Sicht von Arbeitsplätzen für unser Land notwendig.

#### (Beifall bei der SPD)

Ich empfehle, dass wir hier einen runden Tisch Pflege einrichten und da die ganzen qualitativen Probleme aufarbeiten und eine Gesamtlösung erarbeiten. Ich glaube, dann können wir die Pflegeversicherung zukunftsgerecht weiterführen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Oppermann hat von der Überalterung des Volkes gesprochen. Das war ja eine Anfrage der CDU-Fraktion, die ich auch begrüße, dass wir hier regelmäßig über die Situation in der Pflege reden und über die Situation pflegebedürftiger Menschen, das sind insbesondere, aber natürlich nicht nur ältere Menschen.

(B)

Dieser Satz von der Überalterung des Volkes weist natürlich darauf hin, auf welchem schmalen Grat wir uns hier bewegen. Es gibt ein tatsächliches Problem. Die Pflege in Deutschland ist nämlich nicht so organisiert, wie sie organisiert sein sollte, es gibt Angst bei älteren pflegebedürftigen Menschen davor, wie die Situation in den Pflegeeinrichtungen ist. Es gibt reale Probleme, gleichzeitig muss man ein bisschen aufpassen, dass man nicht dazu beiträgt, dass da Angstmache betrieben wird, dass Menschen glauben, dass es besser ist zu sterben als pflegebedürftig zu werden, wie wir das zum Teil ja aus den Niederlanden mitbekommen.

Es gibt Rechtsansprüche auf Hilfe und Unterstützung im Alter, und wir müssen Menschen Mut machen und zeigen, dass das eine Lebensphase ist, in der man glücklich sein kann, in der man noch etwas schaffen kann, in der man gut leben kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Also, einen schmalen Grat zwischen Realitäten benennen und Angstmache! Im Übrigen will ich vielleicht noch einmal darauf hinweisen, dass das, was als Überalterung des Volkes hier in Deutschland passiert, in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern passiert. Es gibt nämlich eine größere Anzahl älterer Menschen als jüngerer Menschen. Das ist erst einmal nichts Schlimmes, es ist einfach so. Die Menschen haben sich in ihrem Leben dafür entschieden, weniger Kinder zu bekommen als in den Generationen davor. Wenn man sich einmal die Entwicklung der Weltbevölkerung anschaut, dann kann man darüber in der Tat nicht in Entsetzen ausbrechen, sondern wir werden feststellen, dass Europa da hoffentlich einen Weg vorangeht, den viele andere Länder werden machen müssen.

Wenn man sich die rabiate Geburtenpolitik in China anschaut, haben wir dagegen hier goldene Zustände. Viele andere Länder, die heute mit einem ganz großen Bevölkerungswachstum zu tun haben, machen eine Politik – und sie werden sie machen müssen –, die die Geburtenrate reduziert. Wir werden in vielen Ländern dazu kommen, dass es für einen Übergangszeitraum, weil die Erde vielleicht mit sechs Milliarden Menschen doch ein bisschen arg überfordert ist, mehr ältere als jüngere Menschen geben wird.

Es ist wichtig, das sehr nüchtern zu sehen, dem auch positiv zu begegnen und zu zeigen, dass darin nicht nur Negatives liegt, sondern dass man auch mit dieser Situation Zukunft zu gestalten hat und dass diese Entwicklung auch Vorteile hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also, es gibt Menschenwürde im Alter, es gibt Lebensqualität im Alter, auch in der Situation der Pflegebedürftigkeit und auch in Heimen! Dass es Defizite gibt, über die ich gleich noch sprechen werde, ist unbestritten, aber hier geht es auch darum, Mut zu machen.

Ich bin nicht der Auffassung von Ihnen, Herr Oppermann, dass die Bundesregierung an dem Punkt völlig versagt hat. Was sie nicht getan hat, darüber reden wir vielleicht gleich noch einmal, ist, dass sie über Bundeszuschüsse die finanzielle Situation der Pflegeversicherung verbessert hat. Das hat sie in der Tat nicht getan, darüber muss man reden, ob das richtig oder falsch ist, aber sie hat das Pflegequalitätssicherungsgesetz eingebracht und beschlossen. Sie hat das Pflegeleistungsergänzungsgesetz beschlossen, das die Leistungen für Demenzkranke zumindest ein bisschen verbessert. Das Heimgesetz wurde novelliert, das Altenpflegeausbildungsgesetz regelt eine einheitliche Pflege in den Bundesländern und noch einige andere Dinge. Der runde Tisch Pflege, Herr Brumma hat schon darauf hingewiesen, wird Vorschläge machen im Jahr 2005, wie es weitergehen soll, und erarbeitet in Arbeitsgruppen eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Dass die Situation weiterhin unbefriedigend ist, das ist richtig. Vor allem in den stationären Einrichtungen ist die Ausstattung unzureichend, jedenfalls das, was von der Pflegeversicherung und der ergänzenden Sozialhilfe gewährleistet wird. Eine gute Pflege bekommen in Deutschland, das ist der Bevölkerung anders erzählt worden, nur die Menschen, die über ausreichende Rente oder Unterstützung von Angehörigen verfügen, die ihnen dann zu dem Heimaufenthalt noch Geld geben können. Für diejenigen, die über kein eigenes größeres Einkommen verfügen und die auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind, ist die Situation nicht gut.

Die Zufriedenheit derjenigen Menschen, die in Pflegeeinrichtungen arbeiten, ist gering. Obwohl es sich in diesen Zeiten ja um einen Beruf handelt, in den viele Frauen, wenn sie sich aus der Lebensphase Kindererziehung hinausentwickelt haben, gehen könnten, ist es trotzdem so, dass viele Frauen diesen Beruf nach kurzer Zeit wieder verlassen. Wenn man hier in Bremen mit Betreibern von Pflegeeinrichtungen spricht, dann ist die Sorge sehr groß, dass die Entgelte, die den Pflegeeinrichtungen gezahlt werden, letztendlich keine die Existenz sichernde Bezahlung mehr für die Pflegekräfte dort zulassen. Das geht so nicht!

Ich finde es sehr gut, dass Herr Brumma hier vorgeschlagen hat, einen runden Tisch Pflege auch in Bremen zu machen, um uns auch mit den Situationen in privaten und in gemeinnützigen Pflegeeinrichtungen zu beschäftigen.

Im Übrigen, wenn wir diesen runden Tisch hier machen, dann kann man auch auf die Ungerechtigkeit zwischen ambulantem und stationärem Bereich hinweisen. Die Frage von Herrn Oppermann, warum es eigentlich Länder gibt, die fast keine Pflegeheime haben und Deutschland diesen Weg in so großer und Kosten treibender Art und Weise geht, finde ich völlig berechtigt, aber auf manches gibt es auch schon Antworten. Wenn ich einmal an die Auseinandersetzung erinnern darf, die wir hier mit Ihnen geführt haben, weil wir gern wollten, dass auch für ambulante Pflegedienste Investitionshilfen des Landes gezahlt wurden, das wurde hier abgelehnt, weil nur die stationären etwas bekommen sollten. Das sind alles kleine Bausteine, wie wir auch hier in Bremen etwas tun und die Situation ambulanter Pflegedienste verbessern könnten.

Vielleicht doch noch einmal ein Blick zurück! Ich kann mich ziemlich gut erinnern an die große Auseinandersetzung über die Pflegeversicherung. Es war ein Lehrstück, weil viele Anbieter von Pflegeleistungen ältere Menschen dazu bewegt haben, hier auch in Bremen auf den Marktplatz zu gehen, und alle haben "Pflegeversicherung jetzt!" skandiert. Die Politik hat nicht den Mut gehabt, diesen Menschen zu sagen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass man in solchen Zeiten noch eine vollständige Absicherung des Pflegerisikos als Versicherungsleistung organi-

sieren kann, eher gering ist. Umso größer ist auch die Enttäuschung.

Wir, die Politik insgesamt, haben den Leuten in Deutschland und hier in Bremen nicht gesagt, dass auch mit Einführung der Pflegeversicherung weiterhin finanzielle Leistungen der pflegebedürftigen Menschen selbst oder auch ihrer Familien im Alter notwendig sein werden, um eine menschenwürdige Pflege sicherzustellen. Auch aus heutiger Sicht würde ich sagen, dass man sich entschieden hat, eine Versicherungsleistung einzurichten und damit weiter die sowieso schon arg strapazierten Lohnnebenkosten belastet, ist ein strategischer Fehler gewesen, der uns jetzt viele Probleme beschert. Aus heutiger Sicht würde ich sagen, so, wie das damals gemacht wurde, war das illusorisch und nicht zeitgemäß, und mit den Mängeln dieser dann doch sehr mit Gewalt eingeführten Reform werden wir uns noch viele Jahre herumplagen müssen.

Ich glaube, was Politik insgesamt mutiger und offensiver vertreten muss, ist, dass es in Ordnung ist, dass Kinder für ihre Eltern eintreten und dass es nicht richtig ist, älteren Menschen Angst davor einzujagen, dass sie eben irgendwann vielleicht doch auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen sind. Das Solidarprinzip funktioniert auch, nicht nur, aber auch, und muss auch in der Familie funktionieren, weil alles andere die Finanzierung des Sozialstaates völlig aus dem Ruder laufen lassen wird und letztendlich, wenn wir diese Illusion weiter nähren, nur dazu führt, dass diejenigen, die es am nötigsten brauchen, die Leistungen des Staates nicht mehr erhalten werden.

Das Verfassungsgerichtsurteil, das Herr Brumma hier angesprochen hat: Ich mache so etwas sonst eigentlich nie, aber ich bin nicht besonders erbaut über dieses Verfassungsgerichtsurteil! Es ist richtig, dass der Familienlastenausgleich in Deutschland nicht ausreichend funktioniert und Familien mit Kindern überproportionale Lasten zu schultern haben und dass man das ändern muss. Das aber innerhalb jeder einzelnen Versicherungssäule zu lösen halte ich für keine gute Idee, das treibt nur die Bürokratie in die Höhe.

Man muss Familienlastenausgleich vorrangig über Steuermittel organisieren und nicht in jedem einzelnen Gesetz sich jetzt überlegen, mit welchen sonderbaren Konstruktionen man da für Scheingerechtigkeit sorgt. Das wirft das Geld zum Fenster hinaus für all die vielen Erhebungen und Bürokratien. Ich bin froh – Herr Pietrzok nickt –, dass wir uns da einig sind, aber nun ist es einmal so. Ich habe gehört, dass Sie das auch für vorläufig halten, vielleicht fällt uns, also der rotgrünen Bundesregierung, auch noch etwas Besseres ein.

Ihr Vorschlag, die Pflegeversicherung in die hoffentlich kommende Bürgerversicherung im Bereich der Krankenversicherung mit einzubeziehen, das (D)

(A) finde ich richtig, das vertreten die Grünen auch. Es ist sowieso ziemlich sonderbar, da in vielen Fällen Pflegeleistungen für pflegebedürftige Menschen und Krankenleistungen für Kranke gar nicht zu trennen sind, das mit einem riesigen bürokratischen Konstrukt künstlich zu trennen, weil es sich um unterschiedliche Finanzierungssysteme handelt. Damit haben wir uns keinen Gefallen getan.

Das Entscheidende in Bremen ist, wenn wir in die Zukunft blicken, wir müssen verhindern, dass es eine Zwei-Klassen-Pflege gibt. Also, was passiert mit den Menschen, die nicht dazuzahlen können oder ihre Kinder? Die müssen eine menschenwürdige Pflege bekommen. Wir müssen offensiv im Bereich Wirtschaftsförderung das BAW-Gutachten hier besser verkaufen, das wurde auch schon hier erwähnt von Herrn Brumma und, ich glaube, auch von Herrn Oppermann. Pflege wird auch in Zukunft Wirtschaftsfaktor sein.

Wir müssen bei der Stadtplanung, bei der Baupolitik, bei der Wirtschaftspolitik mit bedenken, dass wir es mit einer älter werdenden Gesellschaft zu tun haben, und zum Beispiel sicherstellen, dass über Stadtplanung viele Menschen auch in ihrem Stadtteil einkaufen können.

Wir müssen, und da kündige ich auch eine Initiative der Grünen an, die Kurzzeitpflege verbessern, da sind Riesendefizite, da wird auch bei der SPD genickt, der Zeitraum ist einfach zu kurz.

#### (Glocke)

(B)

Die Kurzzeitpflege muss unbedingt verlängert werden, das geht auf keinen Fall so weiter. Nur so kann man den Grundsatz ambulant vor stationär auch durchhalten. Ihren Vorschlag, einen runden Tisch einzurichten, finde ich ganz gut, wir würden uns daran sehr gern beteiligen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Feststellung, dass sieben Jahre nach der Einführung der Pflegeversicherung die Probleme dieser Sozialversicherung immer größer geworden sind, ist in der Tat völlig, aber auch völlig zutreffend. Tatsache ist doch, es gibt überforderte Helfer, hilflose Patienten und Chaos bei den Pflegediensten. Es herrschen dramatische, unsoziale Zustände in den Altenheimen. Mindestens 10 000 Menschen sterben jährlich an mangelhafter Versorgung, mehr als die Hälfte der Heimbewohner ist mangeloder unterernährt. Über dieses Thema sollten Sie sich nicht lustig machen!

(Zurufe von der SPD: Macht doch keiner!)

Das ist zu ernst! Meine Damen und Herren, die Lage ist so dramatisch wie nie zuvor. Der kürzlich in Berlin vorgestellte so genannte deutsche Altenpflege-Monitor bestätigt dies und lässt zudem erkennen, dass fast zwei Drittel der Bevölkerung im Alter nicht ins Pflegeheim wollen. Sie haben Angst vor der Endstation, und viele ältere Menschen begehen aus diesem Grund sehr oft Selbstmord. Das ist der eigentliche politische Skandal.

Aus der Studie geht hervor, die Altenpflege ist für sage und schreibe 68 Prozent der Befragten einfach zu teuer, und 66 Prozent der Befragten beklagen zu Recht, dass die Pflegekräfte viel zu wenig Zeit hätten. 47 Prozent erklären, dass die Pflegekräfte zu schlecht bezahlt würden, und sogar 30 Prozent sagten aus, dass sie davon überzeugt sind, dass die Pflegebedürftigen oft nur mit Medikamenten ruhig gestellt werden.

Meine Damen und Herren, in der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion wird unter anderem die demographische Entwicklung älterer Menschen mit zunehmender pflegerischen Betreuung erwähnt. Tatsache ist aber auch, mit dem Pflegeversicherungsgesetz hat es eine deutliche Öffnung eines rein gewinnorientierten Marktes gegeben, die sehr bedenklich ist. Es gibt bis jetzt keine effektiven Qualitätskontrollen, um die schwarzen Schafe, die sich gerade auf diesem Markt tummeln, vom Markt zu nehmen. Hier ist Handlungsbedarf angesagt. Das auf Kosten und zu Lasten kranker, alter Menschen ist eine Schande sondergleichen!

Wenn hier in der Anfrage der CDU von der defizitären Finanzsituation der Pflegeversicherung die Rede ist, dann muss dazu gesagt werden, dass eine familienfreundliche Politik, die der Geburtenarmut entgegenwirkt, allemal billiger kommt als der Kollaps der sozialen Systeme durch Bruch des Generationenvertrags. In Zukunft werden auf jeden Fall immer mehr Menschen auf soziale Fürsorge angewiesen sein. So sprechen auch diese Zahlen eine deutliche Sprache: Im Jahre 2050 wird die Hälfte der Bevölkerung bei uns älter sein als 50 Jahre, ein Drittel, 21,3 Millionen, über 60 Jahre. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den nächsten 20 Jahren von 1,89 auf rund drei Millionen anwachsen. Es ist eine Schande, dass verantwortliche Politiker auf Grundlage dieser erschreckenden Zahlen nicht die geringsten Konsequenzen ziehen.

Meine Damen und Herren, laut Altenpflege-Monitor haben über 60 Prozent der Befragten bisher keine Vorsorge getroffen. Sie vertrauen offenbar immer noch auf die da oben, das wundert mich auch. Aber die Mehrheit der Betroffenen kann sich keine Abstriche vom Lebensstandard mehr erlauben. Es geht nicht mehr! Darum ist es ihnen finanziell auch gar nicht mehr möglich, etwa eine Zusatzpolice zur Pflegeversicherung abschließen zu können. Das ist die Realität und nichts anderes!

(A) Meine Damen und Herren, es steht jetzt schon fest, dass es eine sozial gerechte, echt effektive und umfassende Reform der Pflegeversicherung, die diese Bezeichnung auch verdient, unter Rotgrün nicht geben wird. Im Gegenteil, die Bearbeitungszeiten für das Pflegegeld und so weiter sind eigentlich viel zu lang. Man peilt erneut Beitragserhöhungen zum Ausgleich des Defizits in der Pflegekasse an. Es bleibt also mit Sicherheit beim antisozialen Kurs zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Was Bremen betrifft, ist die von Frau Senatorin Röpke gestartete Aktion eine reine Politpropagandaaktion, die auch nicht einmal im Ansatz einen Wandel zum Wohle der Bürger in Bremen und Bremerhaven bewirken wird, eine Politpropagandaaktion, die außer wahrscheinlich 40 000 bis 50 000 Euro Kosten nichts bringen wird.

Meine Damen und Herren, aus DVU-Sicht ist es unzweifelhaft, dass ein grundsätzlicher und durchgreifender Kurswechsel auch bezüglich der pflegerischen Versorgung bedürftiger Menschen getroffen werden muss. Die Betreuung älterer Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe unter Einbeziehung von Hilfs- und Betreuungsleistungen staatlicher Institutionen, freier Träger und Organisationen sowie der Förderung individueller familiärer Selbsthilfe.

Darüber hinaus ist die Errichtung und Erweiterung von Lehrstühlen für Altersheilkunde in allen medizinischen Fachbereichen zu fördern, um der Altersmedizin einen höheren und angebrachten Stellenwert zu verleihen. Mehr Solidarität mit Pflegebedürftigen unseres Volkes ist das Gebot der Stunde. Dem Problem der Vereinsamung gerade älterer Menschen muss zudem durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit begegnet werden, und die sehe ich noch lange nicht!

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU)\*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass die Pflegeversicherung zu der Zeit, als sie eingeführt wurde, genaurichtig war. Es ist das unschöne Wort Teilkaskoversicherung genannt worden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie doch selbst auch immer gesagt!)

Ja, aber im Zusammenhang mit Menschen ist es eigentlich nicht schön. Ich habe meinen Pkw teilkaskoversichert.

Hätten wir die Pflegeversicherung nicht, und da schaue ich einmal zur Sozialsenatorin hinüber, dann, glaube ich, wären Ihre Sorgen noch viel größer. Wir haben in der letzten Legislaturperiode hier diskutiert, wie die Entlastung der Kasse des Landes Bremen durch die Pflegeversicherung ausgefallen ist. Wir sind schon fast pleite, dann wären wir noch, ja, pleiter kann man nicht sagen,

#### (Heiterkeit)

dann wären wir schon einen Schritt weiter, wenn wir die Pflegeversicherung nicht hätten, meine Damen und Herren, darüber müssen wir uns alle im Klaren sein!

Frau Linnert, dass Kinder für ihre Eltern aufkommen und Eltern für ihre Kinder aufkommen, ist für Christdemokraten ganz selbstverständlich. Wir haben das Pflegeversicherungsgesetz auch niemals als Erbschaftssicherungsgesetz verstanden. Der Staat bezahlt die Pflege, und die Kinder gehen fröhlich mit der Erbschaft davon, wenn sie die Trauer überwunden haben, das kann es nicht sein. Das ist kein Verständnis von christlich-sozialer Politik.

Herr Brumma, der runde Tisch ist sicherlich eine gute Idee, wenn er dann zu irgendetwas führt. Wir würden uns daran selbstverständlich auch beteiligen. Bei allen Unterschieden eint uns ja doch das eine, dass wir sagen, es muss in der Pflege grundsätzlich etwas geschehen. Wir können nicht auf der einen Seite bedauern, dass wir ein überalterndes Volk sind, anderen Völkern in Europa geht es ähnlich. Aber, Frau Linnert, dazu muss ich noch etwas sagen. Frankreich hat es geschafft, die Geburtenrate wieder zu steigern auf über zwei Kinder. Die Franzosen waren in einer ähnlichen Situation wie wir, doch die haben das geschafft.

Herr Brumma, zu dem jetzt beschlossenen Gesetz im Bundestag wegen der Pflegeversicherung: Eines ist völlig klar, mit dem Beschlossenen ist der Gang zum Bundesverfassungsgericht schon wieder vorprogrammiert, weil es Familien nicht entlastet. Das ist der falsche Weg. Woher Sie die vielen hundert Milliarden haben, die die CDU fordern will, das weiß ich nicht, mir liegen solche Zahlen nicht vor.

Ich kann Ihnen nur sagen, der Vorschlag von Andreas Storm, um 0,1 Prozentpunkte zu erhöhen, würde bei einem Spitzensatz zur Pflegeversicherung eine Erhöhung von 3,49 Euro bedeuten, und da die CDU vorschlägt, fünf Euro pro Kind abzuziehen, wäre das bei einem Kind in der Spitzenlage immer noch eine Entlastung von 1,51 Euro. Das ist nicht viel, aber wäre immerhin noch eine Entlastung und würde dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mehr entgegenkommen als das, was in Berlin beschlossen worden ist.

Meine Damen und Herren, wir werden das Thema Pflege hier noch häufiger auf den Tisch bekommen. Eine Initiative ist von der Koalition, das habe ich angedeutet, bereits eingereicht worden. Aber es (D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) wird uns sicherlich zunehmend beschäftigen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist hier ja schon gesagt worden, dass sich unsere Gesellschaft verändern wird, sehr deutlich verändern wird, was die Zusammensetzung der Altersstruktur betrifft. Wir werden eine ältere Gesellschaft werden, in der die Mehrheit die älteren Menschen sind. Das ist in der Tat, das sehe ich auch so, Frau Linnert, kein Grund für Angst. Darin können auch Chancen bestehen. Aber wir müssen uns darüber klar sein, dass sich unsere Gesellschaft wirklich verändern wird.

Es wird eine andere Gesellschaft sein, und viele von uns sind darauf noch überhaupt nicht vorbereitet. Das, was immer unter demographischer Wandel diskutiert wird, wird an vielen Stellen einfach noch verdrängt, nicht wahrgenommen, oder es wird so getan, als würde das irgendwie an uns vorbeigehen. Es wird nicht an uns vorbeigehen! Es wird kommen, und wir werden auch gar nicht die Möglichkeit haben, selbst wenn wir jetzt alle Anstrengungen unternehmen, diese Lücke in der Generationenentwicklung wieder aufzuholen. Es wird nicht funktionieren, wir müssen uns also darauf einstellen.

(B)

Das trifft natürlich auch insbesondere die Frage, wie unsere sozialen Sicherungssysteme sich dieser neuen Herausforderung stellen. Da fehlen uns an vielen Stellen, nicht nur bei der Pflegeversicherung, in der Tat noch die richtigen Antworten.

Ich möchte Herrn Oppermann ausdrücklich zustimmen, dass über die Pflegeversicherung sehr viel erreicht worden ist. Sie hat die Pflegesituation in unserem Land deutlich verbessert, wenn auch bei vielen Menschen in der Tat der Eindruck entstanden ist, Frau Linnert hat es gesagt, dass die Pflegeversicherung alle Risiken abdeckt. Das ist nicht so, darauf hätte die Politik vielleicht noch deutlicher hinweisen müssen. Es ist aber trotzdem eine Versicherung, die diverse Leistungen erbringt, auch die Angehörigen in die Lage versetzt, die häusliche Pflege besser durchzuführen und für viele gute individuelle Lösungen sorgt. Immerhin sind es in unserem Land zwei Millionen Menschen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen.

Die Pflegeversicherung, das sollten wir auch nicht vergessen, hat deutlich dazu beigetragen, dass Menschen in wesentlich geringerem Umfang als vorher in die Sozialhilfe gedrängt werden. Auch das schafft ein Stück Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir haben natürlich, das ist schon gesagt worden, dringenden Handlungsbedarf. Die kritische Finanzsituation der Pflegeversicherung, allein in den letzten drei Jahren Defizite, die konjunkturelle Einnahmeschwäche, das ist ein wesentlicher Grund. Hinzu kommt, dass die Beiträge seit Einführung der Pflegeversicherung unverändert geblieben sind. Das wiederum führt zu steigendem Zuzahlungsbedarf auch in der Sozialhilfe.

Die demographische Entwicklung ist schon angesprochen worden. Es ist wirklich dramatisch, wenn man sich vor Augen hält, dass sich bis zum Jahr 2050 die Zahl der Menschen, die in der Pflege sein werden, verdoppelt, auch vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl der Menschen, die 2050 älter als 80 Jahre sein werden, verdoppeln wird. Verdoppeln wird sich im Übrigen auch die Zahl der Demenzkranken. Schon jetzt sind 1,2 Millionen Menschen an Demenz erkrankt. Was das im Jahr 2050 bedeutet, kann man sich in etwa vorstellen. Gerade für diese Gruppe gilt es, besondere Anforderungen in der Betreuung und Pflege zu schaffen.

Die Ziele der Pflegeversicherung sind, das muss man auch eingestehen, an vielen Stellen nicht so realisiert worden, wie das im Gesetz angelegt worden ist. Der Vorrang häuslicher Pflege vor stationärer Pflege gerät leider immer mehr in den Hintergrund. Wir haben jetzt schon ein überproportionales Wachstum in der stationären Pflege zu verzeichnen. Auch der Vorrang Prävention und Rehabilitation, im Gesetz festgelegt, hat sich leider in der Realität nicht grundlegend durchsetzen lassen.

Wir brauchen also eine grundsätzliche Reform der Pflege, und da ist in der Tat die Frage zu stellen, was unserer Gesellschaft die Pflege wert ist. Da kann, das sage ich auch ausdrücklich, die Berücksichtigung der Kindererziehung, jetzt auf der Basis des Bundesverfassungsgerichtsurteils, von der Bundesregierung auf den Weg gebracht, wirklich nur ein allererster Schritt sein. Da können wir nicht stehen bleiben. Das ist im Übrigen auch die Auffassung der Sozialminister auf der A-Länder-Seite.

Wir brauchen dringend Regelungen für die Demenzkranken, wir brauchen dringend Regelungen, um die häusliche Pflege weiter zu stärken. Wir müssen besser werden in den Übergängen vom Krankenhaus in die pflegerische Versorgung. Die Institutionen müssen besser zusammenarbeiten. Wir müssen auch etwas Neues ausprobieren, zum Beispiel die persönlichen Budgets erproben. Wir müssen auch neue Wege gehen, wie zum Beispiel das, was hier in Bremen, finde ich, sehr gut läuft, mit Wohngemeinschaften für Demenzkranke. Die Woge ist ein solches Beispiel. Das müssen wir stärker unterstützen.

Dabei bin ich insgesamt sehr froh, dass alle heute gesagt haben, dass die Pflege auch ein Wirtschafts-

#### (Beifall bei der SPD)

Das ist auch etwas, worüber wir uns noch Gedanken machen, wie wir Nachbarschaften stärker einbeziehen, auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Wir haben immer mehr ältere Menschen, die auch noch etwas tun wollen, die sich einbringen wollen. Vielleicht wäre das ja auch noch eine Möglichkeit, darüber noch einmal verstärkt nachzudenken, wie man Netzwerke innerhalb Bremens und Bremerhavens schaffen kann.

Ein weiterer Punkt, der mir noch sehr wichtig ist! Wir sprechen immer von einer familienfreundlichen Gesellschaft. Wir wollen familienfreundliche Städte Bremen und Bremerhaven. Dabei denken wir in erster Linie immer an die Kinder. Aber es ist genauso wichtig, an die alten Menschen zu denken, die unsere Unterstützung in der Pflege brauchen, sei es im Heim oder zu Hause.

#### (Beifall bei der SPD)

Auch da sind Unternehmen gefordert, diesen Aspekt zum Beispiel in die Arbeitszeitregelung einzubeziehen. Da haben wir noch viel zu tun, um diese Möglichkeiten zu erörtern und miteinander zu diskutieren.

Aber das sind alles Chancen, die ich sehe, die jetzt noch einmal aufgegriffen werden. Ich finde es sehr gut, Herr Brumma, wenn Sie diesen runden Tisch initiieren. Unser Ressort ist gern dabei. – Danke schön!

#### (Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Meine Damen und Herren, nun haben wir zwei Tagesordnungspunkte, die vielleicht auch unsere jungen Zuhörer auf dem Besucherrang interessieren. Vielleicht haben sie noch Lust zuzuhören!

#### Keine Rücknahme der Rechtschreibreform!

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 23. August 2004 (Drucksache 16/374) (C)

(D)

Wir verbinden hiermit:

#### Modifizierung der neuen Rechtschreibung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 7. September 2004 (Drucksache 16/386)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt ein hochaktuelles Thema, denn wie ich den Medien entnommen habe, wird die Ministerpräsidentenkonferenz dieses Thema heute oder morgen debattieren.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Am Kamin!)

Damals bei der Antragsstellung wusste ich das nicht, und damals bei der Antragsstellung bin ich auch davon ausgegangen, dass die Kultusministerkonferenz das als Thema haben würde.

Nichtsdestoweniger bin ich damals etwas irritiert gewesen, als ich in den Urlaub fuhr, als plötzlich während meines Urlaubs in Deutschland eine Debatte entstand, die sich mit dieser Thematik beschäftigte.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Die haben das ausgenutzt!)

Als Sommerloch bezeichnet man landläufig die nachrichtenarme Zeit, in der die Politik Sommerferien macht, eigentlich im Urlaub ist, auf Wiedersehen sagt und sonst nichts macht. Das ist häufig dann die Chance für Hinterbänkler in den Parteien oder auch für andere, mit teilweise abstrusen Vorschlägen in den Medien Gehör zu finden, denn Zeitungen und Nachrichtenagenturen wollen auch in dieser Zeit weiterhin mit Text gefüttert werden.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das liegt Ihnen völlig fern!)

Als ich meinen Österreich-Urlaub antrat – ich war dieses Jahr wieder in Österreich –,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: War er schön?)

(B)

(A) konnte ich davon ausgehen, dass ich in Ruhe verreisen könnte. Aber diese Einschätzung war leider falsch. Sie können sich vorstellen, dass dieses Thema, das in der Sommerlochdebatte Gegenstand war, nämlich die Rechtschreibregeln wieder zurückzunehmen, in einem deutschsprachigen Ausland mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Daher habe ich natürlich dort wahrgenommen, wie die Deutschen – jetzt vom Ausland her betrachtet – sich hier einlassen.

Acht Jahre nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung im Juli 1996 durch Deutschland, Österreich, die Schweiz, Liechtenstein und die Länder mit deutschsprachiger Minderheit und sechs Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen Rechtschreibung an den Schulen und in den Amtsstuben taucht für mich nahezu aus dem Nichts die Forderung nach einer Rücknahme der Rechtschreibreform auf der politischen Agenda auf. Maßgeblich angestoßen wurde diese Debatte durch zwei CDU-Ministerpräsidenten, nämlich die im Saarland und in Niedersachsen. Im Schlepptau versammelten sich dann die Gegner der Reform aus allen Ecken und politischen Lagern, auch aus meiner Partei.

Einen Höhepunkt fand die Diskussion durch die Ankündigung des Springer-Verlags und des "Spiegel", ihre Publikationen künftig wieder in alter Rechtschreibung, sprich in der bis 1998 gültigen, zu erstellen.

(B)

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Verantwortungslos!)

Damit entfernen sich diese beiden Medienverlage von der Vereinbarung der deutschsprachigen Nachrichtenagenturen aus dem Jahr 1998 zur Umsetzung der Rechtschreibreform, die sie selbst mitbetrieben hatten. Zwischenzeitlich, wie ich der Presse entnommen habe, ist ein weiteres Presseorgan dabei, das zu machen, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", während der "Spiegel" noch zögert, das Ganze einzuführen. Irgendwie ist da offensichtlich eine diffuse Gefechtslage entstanden.

Da ich mich, wie gesagt, zur Zeit dieser Debatte im deutschsprachigen Ausland befand –

(Abg. Bödeker [CDU]: Österreich!)

in Österreich, genau, zum Wandern! –, darf ich natürlich hier auch ein paar Anmerkungen machen! Ein wenig hat mich diese Diskussion an das Theater mit den Maastrichter Stabilitätskriterien des Euro erinnert. Zuerst wollten wir Deutschen das und haben uns im zähen Ringen schließlich durchgesetzt. Dann, als die Mühen und Schwierigkeiten der selbst initierten Regelungen sichtbar werden, sind es ausgerechnet wieder wir Deutschen, die jetzt alles wieder ganz anders haben wollen, die die Kriterien aufwei-

chen wollen, weil wir damit in unserer eigenen Innovationskraft und unserer eigenen Stärke überfordert erscheinen. Das gilt nicht nur für die Maastrichter Kriterien, das gilt selbstverständlich auch für dieses Thema, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, für die Rechtschreibregeln.

Sie können sich vorstellen, welche Auswirkungen dieses Hickhack, das ja auch bei anderen aktuellen Reformbemühungen in Deutschland erkennbar ist, auf das Image Deutschlands im Ausland hat. Jedenfalls hat man in Österreich, so habe ich das wahrgenommen, über uns und unser Sommertheater nur den Kopf geschüttelt.

Natürlich ist die Rechtschreibung als Teil unserer Sprachkultur von großer Bedeutung, das streitet niemand ab. Selbstverständlich, das räume ich hier bereitwillig ein, hat die Rechtschreibreform nicht in allen Bereichen die erwünschte Vereinheitlichung und Vereinfachung der Rechtschreibung gebracht. Teilweise wurden neue Stilblüten kreiert. Die Eindeutschung von Fremdwörtern und die schwer vermittelbaren Regelungen zur Getrennt- und Zusammenschreibung von Wörtern sind hier nur als Beispiele zu nennen. Doch die Forderung, wegen vereinzelter fragwürdiger Regelungen gleich die komplette Rücknahme der Reform zu fordern, geht viel zu weit. Das ist einfach unangemessen in meinen Augen. Das erscheint mir so, als ob man ein voll funktionsfähiges Auto wegen eines defekten Scheibenwischers verschrotten würde. Auch das alte Rechtschreibsystem hatte seine Blüten und Macken und war in vielen Punkten nicht logisch. Fragen Sie einmal Ausländer, die die deutsche Sprache erlernt haben oder aktuell noch lernen!

Die neue Rechtschreibung hat sich nach meiner festen Überzeugung bewährt. Die Regelungen der Rechtschreibreform haben überwiegend zu einer Vereinfachung der Regeln geführt und damit ihre Zielvorgabe erreicht. Insbesondere von den Schulen, dort, wo eine geregelte Rechtschreibung erforderlich ist, gab es und gibt es durchweg positive Resonanz. Das ist es auch, was mich so ärgerlich gemacht und mich letztlich zu diesem Antrag gebracht hat.

Die Situation an den Schulen hat bei den Argumenten der Kritiker der Reform viel zu oft keine Rolle gespielt. Es ging fast ausschließlich um persönliche Befindlichkeiten der Kritiker, die mit den neuen Regeln aus dem einen oder anderen Grund nicht zurechtkommen oder gebrochen haben.

Dass an den Schulen, und das zu Beginn eines neuen Schuljahres, Verunsicherung damit ausgelöst wird, scheint beim Streitzug gegen die neue Rechtschreibung nicht weiter aufgefallen zu sein. Vielleicht wurde ja ganz bewusst die Verunsicherung von Eltern, Schülern und Lehrern in Kauf genommen, um von anderen Problemen, die in unserem Land weitaus dringlicher sind, abzulenken. Zum

(A) Beispiel hat Herr Wulff in Niedersachsen mit diesem Thema sehr elegant von den harten Haushaltsbeschlüssen seines Landes ablenken und Herr Müller im Saarland sich in seinem Wahlkampf als aufrechter Kämpfer für die deutsche Sprache profilieren können.

> Die von Politikern und Medienunternehmen ausgesprochene Forderung nach einer Rückkehr zur alten Rechtschreibung lehne ich ab. Sie würde zu chaotischen Zuständen führen und kann insbesondere den Schülerinnen und Schülern, die seit 1998 ausschließlich die neue Rechtschreibung lernen, nicht zugemutet werden. Aber auch die immensen Kosten, die durch eine erneute Umstellung der Rechtschreibung auf die Schulbuchverlage, Eltern, Schüler und letztlich auch auf den Staat zukommen würden, erscheinen in Zeiten klammer öffentlicher Kassen unverantwortlich. Perfide ist übrigens, das sage ich nur nebenbei, dass gerade in Niedersachsen und im Saarland, was die Lehrmittelfreiheit anbetrifft, Veränderungen vorgenommen wurden, was auch die Schulbücher betrifft, und da ist die Last im Wesentlichen auf die Eltern und die Schüler übergegangen.

> Eine komplette Rücknahme der umstrittenen Rechtschreibreform ist nach meiner Auffassung nicht möglich, und ein schlichtes Zurück funktioniert auch deswegen nicht, weil sich die Sprache in den letzten sechs Jahren weiterentwickelt hat. Es müsste also erneut eine Kommission gebildet werden oder die alte wieder tagen, die dann monate-, wenn nicht jahrelang diskutiert. Sinnvoller erscheint es mir da, vereinzelte Stilblüten in der Rechtschreibung wieder einzuschleifen, ein Prozess, der langsam vonstatten gehen sollte, um die Betroffenen nicht weiter zu verunsichern.

Ob die Kultusministerkonferenz oder überhaupt die Politik dafür zuständig sein sollte, wage ich zu bezweifeln. Erfahrungen anderer Sprachen, zum Beispiel der englischen Sprache mit dem entsprechenden Wörterbuch dort, empfehlen eher eine Lösung außerhalb des politischen Feldes, aber auch unsere eigenen Erfahrungen mit dem Duden, der ja fast ein Jahrhundert lang das Thema betrieben hat, sprechen eigentlich dagegen, dass wir hier der Politik ein größeres Feld eröffnen. Die Sprache gehört nicht der Kultusbürokratie, heißt es im "Spiegel". Richtig, kann ich da nur sagen, aber sie gehört auch nicht den Medien oder einzelnen Ministerpräsidenten.

Für die Schulen ist eine verbindliche Rechtschreibvorgabe erforderlich. Gleiches gilt auch für die Sprache in unseren Amtsstuben und bei Gericht. Ohne eine geregelte Kommunikationskultur ist eine Verständigung zwischen den Menschen nicht möglich. Deshalb brauchen wir hier Regeln, und diese Regeln müssen sich entwickeln können. Deshalb ist es richtig, bei den neuen, wesentlich vereinfachten Rechtschreibregeln zu bleiben und von Zeit zu Zeit,

wie es der Duden früher allein gemacht hat, Veränderungen in den Sprachschatz aufzunehmen, das heißt, die Wörterbücher neu aufzulegen und Veränderungen dabei mitzuteilen.

Meine Damen und Herren, wir haben große Probleme in unserem Land. Schaffen wir uns nicht durch diese chaotische Rücknahmeforderung noch weitere Probleme! Das sollten wir tunlichst vermeiden. Bleiben wir also bei dem seit sechs Jahren in meinen Augen bewährten Rechtschreibsystem!

Zum Antrag der Koalition möchte ich sagen: Ich freue mich, dass Sie mein Anliegen, in anderen Worten zwar, in der Sache aber identisch, unterstützen. Der einzige Unterschied zu meinem Antrag ist die Erwähnung des Rates für deutsche Rechtschreibung. Aus meinem Redebeitrag können Sie entnehmen, dass auch ich der Meinung bin, dass es so etwas geben muss. Früher hat das der Duden allein geleistet, heute muss dies wohl ein solches Gremium leisten. Die Kultusministerkonferenz oder die politische Ebene sehe ich da weniger am Zuge. Von daher hätte es eigentlich nahe gelegen, wenn Sie von der Koalition mit mir einen gemeinsamen Antrag eingebracht hätten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Sie haben uns ja nicht gefragt!)

Wir hätten aber telefonieren können!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wer hat denn hier angefangen?)

Ich habe angefangen! Sehen Sie! Dann hätten wir theoretisch etwas Gemeinsames machen können, wenn wir schon der gleichen Auffassung sind.

Ich werde meinem Antrag natürlich zustimmen,

(Heiterkeit)

aber ich habe auch kein Problem damit, dem Koalitionsvorschlag zuzustimmen. Herr Dr. Scherf, der jetzt bei der Ministerpräsidentenkonferenz tätig ist, kann sicherlich ein sehr starkes Votum der Bremischen Bürgerschaft zur Beibehaltung der neuen Rechtschreibregeln gut gebrauchen, und das sollten wir ihm dann so von hier aus auch mitgeben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wedler, dass Sie Ihrem eigenen Antrag zustim(C)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) men, ist das Mindeste, was ich hier verlange, denn das ist in diesem Haus eigentlich Brauch.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Wäre etwas Neues gewesen!)

Dass das Thema Rechtschreibung oder neue Rechtschreibung kein Sommerlochthema war, war mir klar, als die "Bild"-Zeitung zum Angriff geblasen hat, und ich glaube, es ging im Kern gar nicht um die neue Rechtschreibung, sondern es ging auch um einen Angriff auf die rotgrüne Bundesregierung, und deswegen fand ich es fatal, dass da auch Schüler und Lehrer instrumentalisiert werden, um auf diesem Weg die Bundesregierung zu kritisieren.

Wir sagen, eine Kehrtwendung bei der Rechtschreibreform würde Verwirrung stiften, Sie haben das angesprochen. Es wäre Quatsch, wenn die Schülerinnen und Schüler, die jetzt in der Schule sind, noch einmal neu umlernen müssten. Das würde allein für Bremen einen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Wir sagen, das Geld muss an anderer Stelle ausgegeben werden. Es würde bei dem Thema Ganztagsschulen fehlen - wir haben in der Stadtbürgerschaft darüber debattiert, wir werden das auch noch im Landtag tun –, es würde für besseren Unterricht, für eine bessere Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und für den Förderunterricht fehlen. Deshalb sagen wir an dieser Stelle: Dieses Geld nehmen wir nicht, um die Rechtschreibung über den Haufen zu werfen, die gar nicht so schlecht ist, wie behauptet wird, sondern wir sagen, das Geld muss man nehmen, um die Bildung zu verbessern!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Man könnte diese Rechtschreibung auch nur ändern, wenn sich alle 16 Ministerpräsidenten einstimmig dafür aussprechen würden. Da das Thema Rechtschreibung bei den Ministerpräsidentenkonferenzen aber schon an den Kamin verlagert wurde, also nicht im öffentlichen Teil mit den ganzen Mitarbeitern der Staatskanzleien, sondern praktisch unter 15 Männern und einer Frau stattfindet, ist zu befürchten, dass es da Auseinandersetzungen und auch keine einheitliche Position gibt. Deshalb wird es auch an dieser Stelle keine Einstimmigkeit geben, diese Rechtschreibreform zurückzunehmen. Außerdem wurde sie auch in schwierigen Verhandlungen mit Österreich und der Schweiz vereinbart. Das wäre ein Projekt wie drei Großflughäfen, wenn man dies jetzt alles wieder zurücknehmen wollte, und ich halte das für einen Aberwitz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber witzigerweise hat sich bis heute auch noch nicht einmal bis zu den Ministerpräsidenten herumgesprochen, dass der Staat dem Volk gar keine Orthographie verordnen kann. Es handelt sich bei der alten wie bei der neuen Rechtschreibung um nicht mehr und nicht weniger als um Schulorthographie. Sie gilt nur für Schüler und Lehrer und die staatlichen Behörden. Ab dem 1. August 2005, Herr Wedler hat darauf hingewiesen, soll die siebenjährige Übergangsphase enden, in der in den Schulen Alt und Neu nebeneinander gegolten haben.

Im Übrigen konnte und kann jeder schreiben, wie ihm beliebt, darauf weisen auch fortschrittliche Verlage hin. Jeder Verlag kann abwägen, ob er den orthographischen Vorlieben seiner jetzigen oder seiner künftigen Leser und Autoren entgegenkommen will, und ich habe manchmal den Eindruck gehabt, das Problem mit der neuen Rechtschreibung ist nicht das Problem der jüngeren Leute, sondern ein Problem der älteren Herren mit Schreibmaschine wie Herr Karasek und Herr Reich-Ranicki, die da richtig zum Sturm auf die Rechtschreibung geblasen haben.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Herr Augstein auch!)

Ja, Herr Augstein auch!

Es ist nicht mein Problem, es ist auch nicht das Problem der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer, sondern es ist ein Problem der Generationen, und ich finde, dass man darüber offen reden muss. Ich will aber Herrn Karasek und Herrn Augstein nicht verbieten, in ihrer alten Rechtschreibung weiter zu schreiben, und deswegen sagen die Grünen, die Übergangsfristen muss man verlängern. Es muss weiterhin so sein, dass man die alte Rechtschreibung neben der neuen stehen lassen kann. Das war immer so, das war auch bei der alten Rechtschreibreform vom Jahr 1901. Meine Oma hat immer noch "frey" geschrieben, während ich schon brav "frei" geschrieben habe. Sie sagte auch immer "Trottoir" statt "Fußweg". Es gibt etliche Beispiele dafür, dass ältere Leute immer anders als jüngere Leute geschrieben haben, wenn eine Reform gekommen ist, und ich finde, wir haben wichtigere Probleme als dieses.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Also: Nur dadurch, dass die allgemeinen Rechtschreibwörterbücher der Schulorthographie folgen müssen, um an den Schulen zugelassen zu werden, breitet sich eben diese Allgemeinheit der neuen Rechtschreibung aus. Falls die Ministerpräsidenten nicht die Rücknahme der Reform verfügen, aber dem Sperrfeuer der "Bild"-Zeitung, der "FAZ" – ich glaube, die haben immer in der alten Rechtschreibung weiter geschrieben – und des "Spiegel" das Ziel nehmen möchten, könnten sie wahrscheinlich ohne lange internationale Entscheidungsprozesse einfach die

(A) Übergangsphase über 2005 hinaus unbefristet verlängern.

Wir Grünen haben munter über die Rechtschreibung debattiert. Es gibt auch bei uns nicht unbedingt einheitliche Meinungen,

(Abg. Bödeker [CDU]: Nicht nur da!)

aber es war doch Grundtenor, dass man sagt, die Übergangsfristen sollten verlängert werden, und damit wäre offiziell anerkannt, was sowieso der Fall ist: Zwei Orthographien existieren nebeneinander.

Alleingänge einzelner Bundesländer in Sachen Rechtschreibreform halte ich für absolut absurd. Bei einem Umzug müssten die Kinder dann von der einen Rechtschreibung auf die andere umschalten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Kleinstaaterei!)

Genau! Was eben richtig war, ist im anderen Bundesland falsch. Im Übrigen wurde die Reform auch, ich habe darauf hingewiesen, mit Österreich und der Schweiz abgestimmt, und ich sage Ihnen, Politik muss an dieser Stelle auch verlässlich sein. Auch zahlreiche Verlage haben ihr komplettes Programm reformgerecht umgestellt. Für sie würde eine Kehrtwende Millionenkosten nach sich ziehen, und ich finde, auch dieses Geld könnte anders besser ausgegeben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte den Kindern nicht zumuten, in ihrer Schulkarriere erst nach den alten Regeln unterrichtet zu werden, dann nach den neuen, und, um die Verwirrung komplett zu machen, dann wieder die alte Schreibweise zum Maß aller Dinge zu machen. Ein wenig Gelassenheit in dieser Debatte würde allen gut tun, auch Herrn Wulff und Herrn Busemann. Die Ubergangszeit, in der beide Schreibweisen akzeptiert werden, muss, das sage ich hier noch einmal eindeutig, verlängert werden, und ich denke, dass sich auch die Ministerpräsidenten auf eine derartige Regelung einigen werden, ich bin da eigentlich ganz optimistisch. Es ist mir eigentlich egal, ob jemand "Delfin" oder "Delphin" schreibt. Ich denke, beide werden sich darauf verständigen, dass sie dasselbe meinen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich am Ende meiner Rede noch einmal darauf eingehen: Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff hat ja gesagt – gestern in der Fragestunde kam es nicht mehr an die Reihe –, Schluss mit der KMK, Niedersachsen findet das zu teuer und zu umständlich, sie wollen jetzt ihr eigenes Ding machen. Ich sage, Herr Wulff sendet ein Signal in die falsche Richtung. Ich weiß

nicht, wie Herr Rohmeyer das sieht. Die KMK ist in der Tat ein Bummelzug, aber zu sagen, jetzt steigen alle Bundesländer aus und machen ihr eigenes Ding, führt die Bildungspolitik auf das Abstellgleis. Das wollen wir Grünen auf keinen Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sagen, wir brauchen einheitliche Bildungsund Leistungsstandards. Wir brauchen ein Gremium, in dem man sich darüber verständigt. Man muss sich darüber unterhalten, wie das Bildungssystem der Zukunft in Deutschland aussehen soll, und wenn die Länder sich nicht verständigen können und sich nicht über Reformen einigen wollen oder können, wie in der Vergangenheit, dann muss aus grüner Sicht der Bund auch Rechte im Bildungssektor erhalten. Ich weiß, dass das ein Streitpunkt mit der CDU sein wird, aber wir haben hier eine eindeutige Position. Es kann nicht so weitergehen, dass die Kinder die Leidtragenden sind und nicht mehr das Recht auf gleiche Bildungschancen in diesem Land haben. Kinder müssen ein individuelles Recht auf gleiche Bildungschancen haben, egal, ob sie in Bremen, in Magdeburg oder in München wohnen. Herr Wulff geht hier den falschen Weg, und ich will nicht, dass wir aus Bremer Sicht auf diesen Zug aufspringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es richtig, wenn Herr Lemke – er wird hier ja vielleicht auch noch etwas dazu sagen – sagt, die KMK muss reformiert werden. Es gibt auch eine Arbeitsgruppe der KMK. Ich finde, man muss die Vorschläge, die dort vorgelegt werden, abwarten. Man wird sich über die Struktur und auch über den bürokratischen Aufwand unterhalten. Ich finde, dass es da viele Punkte gibt, an denen man ansetzen kann, und dadurch, dass Niedersachsen dort jetzt den Ausstieg angekündigt hat, werden wir diese Debatte auch in diesem Haus noch einmal ausführlich führen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. Rohmeyer (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was für Aussagen! "Stoppt die Schlechtschreibreform!" Diese große Kampagne der großen deutschen Tageszeitung mit vier Buchstaben, die ja sonst auch viel Wert auf Grammatik und auf gute Wortwahl legt, hat, glaube ich, diese Debatte, gibt es eine Rücknahme der Rechtschreibreform von 1998 oder nicht, noch einmal in die Öffentlichkeit gezerrt, denn neben dem Axel-Springer-Verlag hat ja nun auch der nicht unbedingt politisch nahe ste-

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) hende "Spiegel"-Verlag gesagt hat, wir kehren zurück. Der Burda-Verlag hat das nicht gesagt, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat im Übrigen schon vor vier Jahren wieder auf die alte Rechtschreibung umgestellt.

Meine Damen und Herren, die Reform der deutschen Rechtschreibung ist ein ganz großes Problem in der Vermittlung gewesen, aber die Reform war im Prinzip richtig.

#### (Beifall bei der CDU)

Darum ist die Debatte, die in diesem Sommer begonnen wurde, ein Jahr vor dem Ende der Übergangsfrist das Ende der Reform einzuläuten, eine falsche Debatte. Ungefähr 80 Prozent dieser Reform sind völlig unstrittig bei allen Sprachwissenschaftlern, und selbst bei den schärfsten Kritikern hat man nicht gehört, dass sie die ganze Reform zurücknehmen wollen. Es geht im Prinzip um einen ganz kleinen Prozentsatz, über den man sicherlich streiten kann, aber die Reform insgesamt in Frage zu stellen ist ein Fehler, und es hat, glaube ich, auch wirklich niemand ernsthaft vor, die ganze Reform zurückzunehmen.

Wir in Bremen haben diese Reform begleitet. Es wurden neue Schulbücher angeschafft, und sechs Jahrgänge haben neue Regeln gelernt. Diese Schülerinnen und Schüler können wir jetzt theoretisch vor die Wahl stellen und sagen: Ihr habt jetzt kurz Zeit, ihr könnt dann neue Regeln lernen – in Klammern: die alten –, und dann ist alles so wie früher. Wir müssten natürlich auch neue Schulbücher anschaffen – der Senator hat ja einen hohen Eckwert und wird uns das Geld sicherlich locker zur Verfügung stellen –, und auch in den Amtsstuben müssen entsprechend neue Formulare, ganz zu schweigen von den Rechtschreibprogrammen in den Computern, angeschafft werden.

(B)

Das alles geht ganz einfach und würde das Ende der Reform bedeuten. Das würde aber auch das Ende jeder Reformbereitschaft in Deutschland bedeuten, denn wenn nicht einmal die Reform der Rechtschreibung in Deutschland hinzubekommen ist, meine Damen und Herren, wo leben wir denn dann? Dann gehen, glaube ich, auch die ganz großen Reformen, die wesentlichen Reformen, über die wir ja zum Beispiel noch gestern gesprochen haben, gar nicht mehr. Darum ist es wichtig, auch an der Reform der Rechtschreibung festzuhalten.

#### (Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die erste "Reform" der Rechtschreibung durch Dr. Martin Luther stieß noch auf wenig Protest bei den Bürgerinnen und Bürgern. Es wurde zum ersten Mal überhaupt ein Schriftdeutsch festgelegt. Die einzigen, die sich aufgeregt haben, waren diejenigen, die

davor überhaupt Latein lesen konnten, denn zum ersten Mal war für die Deutschen ein Sprachschatz festgelegt worden. Viele Jahrhunderte später kamen dann die Gebrüder Grimm und haben mit ihrem Wörterbuch diesen Sprachschatz, der sich mehrere Jahrhunderte frei entwickelt hatte und ganz verschiedene regionale Ausprägungen hatte, neu modifiziert. Nur wenige Jahre später kam dann schon Konrad Duden und hat in sehr viel kürzeren Abständen angefangen, den Sprachschatz zu erheben.

Meine Damen und Herren, vor 103 Jahren, 1901, wurde auf der Berliner Konferenz eine einheitliche Regelung der Rechtschreibung für alle deutschsprachigen Staaten erreicht. Auch bei dieser Reform, die wir zurzeit haben, sind ja nicht nur Österreich und die Schweiz beteiligt, es ist die Republik Ungarn dabei, es ist die Republik Rumänien dabei, das Fürstentum Liechtenstein und die autonome Provinz Bozen-Südtirol der Republik Italien. Meine Damen und Herren, wir reden nicht nur über drei Staaten, wir reden hier über ein riesiges Gebiet in Europa.

## (Abg. Pietrzok [SPD]: Hannover war auch dabei!)

Übrigens ist auch Belgien dabei, wo es auch eine deutschsprachige Region gibt. Mit diesen Staaten ist eine gemeinsame Absichtserklärung erreicht worden, und es ist ein Fehler anzunehmen, dass diese Reform einfach so an einem Kaminfeuer der Ministerpräsidenten oder sonst wo reformiert werden könnte.

Wir sind hier den richtigen Weg gegangen, mit dem Rat für deutsche Rechtschreibung in Zukunft Modifikationen zu erarbeiten. Das ist auch unser Ansatz gewesen. In unserem Entwurf des Antrags, den wir der SPD herübergereicht hatten, hatten wir ganz konkret gesagt, es gibt Probleme in dem Bereich der Groß- und Kleinschreibung, im Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung und auch in dem Bereich der eingedeutschten Fremdwörter, über die man sicherlich reden muss, die zum großen Teil auch dazu beitragen, dass die Akzeptanz bei vielen noch nicht ganz so vorhanden ist.

Ich glaube, dass hier Ergebnisse erreicht werden können, wenn man jetzt nachverhandelt, weil es auch vor 103 Jahren dort viele Probleme gab. Eine große deutsche Rechtschreibreform wurde damals von Kaiser Wilhelm II. verhindert, weil er vermeiden wollte, dass sein Thron in Zukunft ohne h geschrieben wird. Das ist ein ganz konkretes Beispiel, an dem man sieht, dass bei so einer fachlichen Diskussion auch immer persönliche Befindlichkeiten eine Rolle spielen können.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Jetzt weiß ich endlich, was Herrn Wulff bewogen hat!)

In den letzten 103 Jahren sind viele Reformversuche gescheitert. Sowohl in der demokratischen als

(A) auch in der undemokratischen Zeit unseres Landes hat es Versuche gegeben, Reformen der Rechtschreibung voranzutreiben. Erst 1996 hat es im Juli eine Einigung gegeben, die 1998 in Kraft getreten ist. Der Dudenverlag hat zwischenzeitlich viele eigene Projekte oder Versuche gestartet, manche musste er auch zurücknehmen. Es ist gut, dass wir in Zukunft mit einem Rat für deutsche Rechtschreibung, mit dem Institut für Deutsche Sprache und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung verschiedene Fachgremien haben, die die Reform der Rechtschreibung immer begleiten werden.

Meine Damen und Herren, jeder wird in Zukunft schreiben können, wie er will, jeder Abgeordnete in diesem Hause auch. Die Drucksachen der Bürgerschaft werden dann allerdings gegebenenfalls in leicht veränderter offizieller Rechtschreibung gedruckt werden. Ich glaube aber, dass die klare Aussage wichtig ist, dass es hier um die offizielle Orthographie eines Landes geht. Diese entwickelt sich weiter, diese entwickelt sich auch nach dem Sprachgebrauch weiter. Ich glaube, niemand ist so vermessen zu sagen, diese Sprache kann politisch oder administrativ durch irgendeine Verwaltung beeinflusst werden, es ist aber wichtig, dass wir das Signal geben, dass die Weiterentwicklung der deutschen Sprache in geregelten Bahnen erfolgt. Darum wollen wir dies fortsetzen und nicht zurücknehmen. -Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(B) (Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun habe ich in dieser Debatte doch noch etwas gelernt. Das mit dem Sommerloch, Kollege Wedler, das war mir bekannt, das fiel auch eigentlich gleich auf. Es war ja vorher auch schon spannend, wer denn hier die Hoheit über das Sommerloch haben würde. Dass aber Herr Ministerpräsident Wulff Kaiser werden will, das hat sich eben erschlossen, als Herr Rohmeyer seinen historischen Abriss gegeben hat.

Ernsthaft, ganz kurz aus der Sicht der SPD-Fraktion: Zu einer guten Demokratie gehört natürlich Verlässlichkeit. Wir können nicht alle drei Tage die Pferde wechseln. Das, was Herr Wulff dort gemacht hat, finde ich verantwortungslos, eigentlich auch ziellos und chaotisch, teuer und willkürlich. Die Gründe haben meine Kolleginnen und Kollegen hier vorher genannt.

Profilierung hat ganz offensichtlich ihren Preis, und Juristen sagen in so einem Fall, das ist ein Vertrag zu Lasten Dritter, denn die Zeche sollen offensichtlich die Hunderttausende Kinder zahlen, die schon nach der neuen Rechtschreibung gelernt haben. Das allerdings wird nicht klappen, und ich freue mich natürlich sehr, dass der Landtag hier so einmütig und auch die Ministerpräsidenten und die deutsche Öffentlichkeit so verantwortungsbewusst handeln. Wir können beruhigt davon ausgehen, dass die Rechtschreibreform nicht zu einer Rechthabereireformruine verkommt. – In diesem Sinne danke ich Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der Tatsache, dass keiner der Debattenredner hier etwas gesagt hat, das mich nun auffordert, das alles noch einmal zu wiederholen, kann ich mich sehr kurz fassen. Wenn Bundeselternrat, Bundesschülerkonferenz, Lehrerverbände im DGB und im Deutschen Beamtenbund, Schulbuchverlage, das Präsidium der KMK sich im Interesse der vielen Millionen Schülerinnen und Schüler einig sind, die sich auf einen Weg gemacht haben, der nicht von Bildungspolitikern angeschoben worden ist, sondern von Wissenschaftlern, die gesagt haben, wenn man eine gewisse Zeit, mehrere Jahrzehnte an einer Sprache keine Korrekturen vorgenommen hat, sofern diese Korrekturen sinnvoll und notwendig erscheinen, dann denke ich, dass es damals, 1998, richtig war, diese Reform umzusetzen.

Ich habe überhaupt kein Verständnis für die im Sommerloch losgetretene Debatte. Es sind Fragen gestellt worden, warum das so passiert ist, das ist ja politisch durchaus nachvollziehbar, aber es soll uns nicht beeinflussen in unserer Position zu der Reform. Für mich ist allein wichtig, wie die Resonanz aus den Schulen ist. Die Schülerinnen und Schüler, die auch dieser Debatte folgen, werden sagen, wir haben eigentlich keine Probleme mit der Umsetzung dieser Reform, weil sie die Rechtschreibung vereinfacht und nicht erschwert hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist der entscheidende Punkt für diejenigen, die das lernen und damit umgehen.

Deshalb, meine Damen und Herren, nachdem ich hier im Hause keinen Widerspruch bei den verschiedenen Debattenrednern gehört habe, möchte ich noch einmal das zitieren, was Herr Wedler, glaube ich, anfangs auch gesagt hat. Das konnte man vor wenigen Wochen in der internationalen Zeitschrift "The Economist" wunderbar nachlesen. Hier hat derjenige, der das geschrieben hat, in einem Kommentar gefragt: Ja, spinnen die Deutschen eigentlich? Haben sie keine anderen Sorgen, als nach sechs Jahren erfolgreicher Einführung einer Reform diese

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) wieder in Frage zu stellen und damit ein Chaos an den Schulen zu produzieren?

Ich kann diesem Mann nur zustimmen. Wir haben andere Probleme, wir haben im Kampf um mehr Arbeitsplätze und ich im Kampf um besseren Unterricht wahrlich wichtigere Fragen, und auf die gilt es sich zu konzentrieren und nicht auf so eine lächerliche Sommerlochdebatte! – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag des Abgeordneten Wedler, FDP, abstimmen.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Wedler mit der Drucksachen-Nummer 16/374 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Wedler [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(B)

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Ich lasse jetzt über den Antrag der CDU und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/386 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

#### Schutz von Jugendlichen vor Verlockung zu Alkoholkonsum durch Alkopops

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 15. Juli 2004 (Drucksache 16/362)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Knigge.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe junge Gäste! Die Hochkonjunktur der Alkopops macht nicht nur den Eltern von Jugendlichen Sorgen, sondern auch den Politikern. Was sind Alkopops? Ich glaube, ich brauche das nicht mehr ganz ausführlich zu erwähnen. Jeder kennt sie. Es sind wohlschmeckende alkoholische Mixgetränke, gesüßt, bunt und mit einem Alkoholgehalt von fünf bis sechs Prozent. Ich möchte aber gleich zu Anfang deutlich machen, dass es sehr wohl drei verschiedene Gruppen von alkoholischen Mixgetränken dieser Art gibt, und zwar einmal die Limonadengetränke mit Spirituosen, das heißt, bei dieser Gruppe stammt der Alkohol aus Branntwein. Dann gibt es die Biergetränke mit süßen Fruchtauszügen oder Aromastoffen. Hier ist Bier die alkoholische Grundlage. Dann gibt es noch die Weinschorlegetränke mit Limonaden, natürlich mit Wein als alkoholischer Grundlage. Alle gemeinsam schmecken süß, fruchtig und frisch, sie trinken sich wie Limonade, und vor allen Dingen sind sie hip und in, und alle haben einen Alkoholgehalt von fünf bis sechs Prozent.

Seit 1998 sind die Alkopops auf dem Markt, und ihr Marktanteil ist rasant nach oben geschnellt. Bei den Elf- bis Fünfzehnjährigen nehmen sie auf der Beliebtheitsskala den Platz zwei ein. Studien im Auftrag der WHO, der Weltgesundheitsorganisation, belegen einen enormen Anstieg des Alkoholkonsums bei Jungen und Mädchen. Krankenhäuser beklagen deutlich mehr volltrunkene Jugendliche. In den letzten drei Jahren haben sich die Krankenhauskontakte für dieses Indikationsgebiet vervierfacht. Die WHO-Studie stützt im Übrigen den Gedanken, dass durch die Süßgetränke die Jugendlichen schneller an die Alkoholdroge herangeführt werden und das so genannte Kampf- und Komasaufen dadurch noch gefördert wurde.

Alkohol ist für Kinder und Jugendliche schädlich. Alkohol ist ein Zellgift, und vor allen Dingen hat der kindliche Körper noch nicht ausreichend Enzyme entwickelt, die zum Abbau von Alkohol notwendig wären. Es besteht damit eine erhöhte Gefahr, eine Alkoholvergiftung zu bekommen. Darüber hinaus führt das frühe Einstiegsalter im Übrigen zu besonders gravierenden Folgeschäden und macht eine Entwöhnung sehr viel schwieriger.

Verkauft werden dürfen Alkopops nach Jugendschutzgesetz erst an Jugendliche ab 18 Jahren, womit wir beim ersten brisanten Punkt wären, denn nur die branntweinhaltigen Mixgetränke dürfen nur an über Achtzehnjährige abgegeben werden. Bierund Weinmixgetränke mit einem entsprechenden

(A) Alkoholgehalt von fünf bis sechs Prozent darf der Jugendliche bereits ab 16 Jahren erwerben.

In Supermärkten ist die Verfügbarkeit aller Alkopops durchgängig, oft an der Kasse, weit weg von der Spirituosenabteilung, wo sie eigentlich stehen müssten, mindestens einmal die mit dem Branntweininhalt, und man kann auch vielen Untersuchungen glauben, die zeigen, dass Jugendliche überall und zu jeder Zeit in der Lage sind, egal in welchem Alter, an alkoholische Getränke aller Art zu kommen

Im letzten Jahr wurde die Diskussion einer Sondersteuer für diese Getränke eröffnet, für die branntweinhaltigen wohlgemerkt, und als ein sehr wirksames Mittel angesehen, die Verfügbarkeit von Alkohol für Jugendliche einzuschränken, eben über den Preis. Mit dem Blick nach Frankreich hatte man erkannt, dass der Markt für Alkopops, die dort bereits mit einer Sondersteuer belegt sind, zusammengebrochen ist, natürlich wissen wir nicht, ob nicht zugunsten anderer alkoholischer Getränke. Inzwischen, muss man auch sagen, wird schon deutlich, dass die Jugendlichen selbst mischen, denn auch der reine Wodka ist offenbar leicht zu erwerben, und sie steigen natürlich auf bier- und weinhaltige Mixgetränke um, die es inzwischen auch reichlich gibt, und die, so wie ich gerade gesagt habe, sind schon ab 16 Jahren erlaubt. Das Problem früher Alkoholkonsum ist also noch nicht gelöst.

Der Rausch als fester Programmpunkt am Samstagabend bleibt. In einer Studie des Europarates wurde angegeben, dass zwei von fünf Schülern aus den Klassen neun und zehn innerhalb der vergangenen Woche der Befragung zumindest einmal betrunken gewesen sind, und das Besorgniserregendste, meine Damen und Herren, ist eben, dass nicht nur ein bis zwei Gläser getrunken werden, sondern dass teilweise bis zur Komagrenze getrunken wird. Sondersteuer ist vielleicht nicht nur eine geeignete Methode, den Alkoholkonsum zu reduzieren, sondern eine geeignete Methode, aber nicht die einzige und garantiert nicht allein wirksamste.

#### (Beifall bei der CDU)

Wir stellen heute hier nun den Antrag, dass zunächst einmal das Jugendschutzgesetz mit aller Härte sehr viel strenger anzuwenden ist. Es handelt sich hier nämlich um eine Rechtsverordnung, und wir wissen alle, wir haben ein Problem in der Umsetzung dieser Rechtsverordnung. Die Abgabe von branntweinhaltigen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren ist verboten, das ist Gesetz, und ich fordere die Verantwortlichen auf, dies auch zu kontrollieren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das Kinder- und Jugendschutzgesetz enthält in seinen Bestimmungen klare Regelungen zur Abga-

be von Alkohol an Kinder und Jugendlich. Die Ordnungsämter vor Ort müssen nur zu einer strikten und konsequenten Anwendung und Durchsetzung dieser Bestimmungen angehalten werden. Es gibt auch Regelungen im Gaststättengesetz, aber auch hier muss kontrolliert und sanktioniert werden. Polizeikontrollen in den Bars und Kneipen in Bremen haben in der letzten Zeit bereits ihre Wirkung gezeigt. Es halten sich bei weitem nicht mehr so viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in den Bars, Kneipen und Diskotheken auf. Ich werde hier übrigens an dieser Stelle in Kürze nachfragen, wie viele Kontrollen in einem Jahr in Bremen so durchschnittlich durchgeführt werden, und eines, meine Damen und Herren, ist doch klar: Die Jugendlichen selbst wissen sehr genau, was sie dürfen und was nicht. Sie kennen sich aus in dem, was man ab 18 und ab 16 Jahren darf. Darüber brauchen wir keine Aufklärung, da bin ich sicher.

Sehr informativ in diesem Zusammenhang las sich eine Pressemitteilung, allerdings schon im letzten Jahr, in der "Osnabrücker Zeitung". Ein Gaststättenbesitzer verkaufte einem Vierzehnjährigen eine Flasche Wodka. Der Junge hat sich diesen Wodka in einem Orangensaftgemisch mit seinem Freund geteilt. Am Ende lag er natürlich im Krankenhaus. Er hat es überlebt. Der Gastwirt bekam ein Verfahren, aber was passierte? Das Verfahren wurde eingestellt, und der Gaststättenbesitzer hatte 100 Euro zu bezahlen. Begründung der Staatsanwaltschaft: ein ganz normaler Vorgang! Bisher gab es gegen den Betreiber keine aktenkundigen Vorwürfe in dieser Richtung. So ein Vorfall stellt noch lange nicht die Zuverlässigkeit des Betreibers in Frage. Das lasse ich einmal so stehen.

Ein weiterer Punkt in unserem Antrag ist, die Wirksamkeit bereits existierender Aufklärungsmaßnahmen zu prüfen, ebenso Schulungs- und Präventionsmaßnahmen zu überprüfen. Natürlich müssen wir eindeutig auf Aufklärung setzen, auf Prävention und Information, geltende Bestimmungen also konsequent umsetzen und Alkoholprävention mit dem Ziel der Alkoholreduzierung.

Soviel zum heutigen Antrag, aber ich habe auch noch eine Vision für die Zukunft! Vielleicht finde ich da noch ein paar Mitstreiter, wenn es um die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen geht. Ich finde, wir sollten gemeinsam bald einmal diskutieren, ob wir nicht eine einheitliche Altersgrenze brauchen, Alkohol generell erst ab 18 Jahren. Heute orientiert sich die Altersbegrenzung nicht am Alkohol in Volumenprozent, sondern an der Art des enthaltenen Alkohols, das heißt, wird mit Schnaps, Bier oder Wein gemischt, das ist das Kriterium.

Meine Damen und Herren, gibt es eigentlich einen Unterschied in der Wirkung von Alkohol, je nachdem, ob er aus Bier, Wein oder Branntwein kommt? Macht der Alkoholgehalt von fünf Prozent aus Branntwein die Kinder eigentlich kränker, als

(D)

(A) wenn die fünf Volumenprozent aus Bier oder Wein konsumiert werden? Nein, es gibt keinen Unterschied. Der Leber ist es schlicht egal, woher der Alkohol kommt. Damit, meine Damen und Herren müssen wir uns eigentlich nicht nur um die Alkopops beziehungsweise um die Alkopops auf Branntweinbasis kümmern, sondern um die alkoholhaltigen Getränke im Allgemeinen. Der Unterschied im Erwerb für Sechzehn- und Achtzehnjährige verwirrt im Grunde nur alle. Wäre da nicht eine einheitliche Regelung erstrebenswert, Alkohol generell erst ab 18 Jahren?

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen von Zeit zu Zeit die Maßnahmen in Bremen bewerten, wie schon erwähnt die Häufigkeit von Kontrollen anschauen, und steigt der Konsum von selbst gemischten Getränken? Man muss natürlich den Gesamtalkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen betrachten. Viel Zeit haben wir nicht mehr. Schon heute sind 1,6 Millionen Menschen alkoholabhängig und 40 000 sterben jährlich an den Folgen des Alkoholkonsums.

Ganz zum Schluss, meine Damen und Herren, ein Appell von mir an die Getränkeindustrie! Sie sollte selbstverpflichtend auf die entsprechende Präsentation der Produkte in der Öffentlichkeit verzichten. Ansonsten stehen wir hier in Kürze und werden debattieren, ob wir nicht einen erhöhten Verbraucherschutz für bedenkliche Lebensmittel brauchen, ähnlich wie in meinem Bereich das Heilmittelwerbegesetz für Arzneimittel. Das regelt nämlich, wie man wann, wo und für wen für Arzneimittel Werbung betreiben darf, und ich kann Ihnen sagen, mit zahlreichen Einschränkungen.

(B)

Unser Ziel muss sein, die Alkoholprävention und die Konsumreduzierung in den Vordergrund zu stellen, aber eigentlich müssen wir uns nur mit einem einzigen Ziel beschäftigen und uns einem Ziel widmen, nämlich der Gesundheit unserer Kinder.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin, ich möchte mich erst einmal für Ihre Rede bedanken. Sie hat mir nicht nur sehr gut gefallen, sondern ich finde, Sie haben die wichtigsten Punkte hier auch aufgeführt, und ich bin der Überzeugung, dass es ein sehr großer Schritt ist, dass wir hier koalitionär einen solchen Antrag vorliegen haben, der noch einmal deutlich signalisiert, dass man auch über gesetzgeberische Mittel und über zusätzliche Steuern mit solchen alkoholischen Getränken umgehen muss.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mir ist es noch einmal wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir es im Hinblick auf den Alkoholismus bei Jugendlichen nicht nur mit einem Thema zu tun haben, dass die Jugendlichen inzwischen öfter eine Party feiern und dabei auch eine gute Stimmung gemacht wird, sondern es ist wirklich ein gesellschaftspolitisches Problem von einer ganz erheblichen Bedeutung. Mittlerweile orientieren sich ganz viele Jugendliche so, dass sie sich abends den Kopf vollknallen wollen und wirklich dieses Komatrinken betreiben. Das heißt, sie trinken in großen Mengen Alkohol, so dass sie wirklich kurz vor der Besinnungslosigkeit sind oder sie erleiden, und in den Krankenhäusern muss diesen Jugendlichen dann der Magen ausgepumpt werden, damit das nicht noch mehr gesundheitliche Folgen hat. Das ist wirklich eine ganz dramatische Situation, und deswegen finde ich es auch gut, dass wir dieses Problem einmal thematisieren, weil es wirklich brisant ist.

Ich will Ihnen nur einmal ganz persönlich sagen, ich habe heute Abend das Vergnügen, an einem Elternabend teilzunehmen, bei dem es um eine Schulklasse geht, bei der 20 Kinder eine Geburtstagsfeier vorhatten und zehn Flaschen Schnaps da gehabt haben. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, sie hätten die alle getrunken, wie Frau Mohr-Lüllmann das schon sagte! Aufgrund der Tatsache, dass Jugendliche im Hinblick auf die Enzyme gar nicht die physischen Möglichkeiten haben, den Alkohol zu verarbeiten! Das hat nichts mit Gewöhnung zu tun, sondern sie haben die physischen Möglichkeiten nicht, genauso wie man das aus den Westernfilmen kennt, in denen die Indianer früher immer so schnell betrunken gewesen sind, die haben diese Enzyme nämlich auch nicht und können ihn deswegen nicht verarbeiten. Was mit dieser Feier passiert wäre, wenn der Alkoholvorrat nicht bekannt gewesen wäre, muss man sich einmal klar machen.

Wir haben es also hier in der Stadt wirklich mit einem sehr brisanten Thema zu tun, und die Alkopops sind meiner Meinung nach ein ganz brisantes Thema deswegen, weil sie sozusagen als Getränk ein Bindeglied zwischen Jugendlichen und Erwachsenen und Erwachsenenkonsumgewohnheiten geworden sind, denn die Jugendlichen kennen diesen süßen Geschmack von Getränken seit Jahren vom Kindergeburtstag her und verbinden ihn mit dem, was an Alkohol auf Erwachsenenpartys läuft, und das ist das Tückische daran, weil das die Schwelle für die Jugendlichen noch mehr senkt, solche Getränke zu sich zu nehmen. Sie schmecken wie ein Campino-Bonbon, aber wirken genauso wie ein Cola-Whisky, den die Eltern vielleicht in der Kneipe trinken. Das ist das brisante Thema, und deswegen finde ich es auch gut, dass wir uns des Themas Alkopops hier einmal ganz gezielt annehmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, bei dem es genau darum ging, dass man die Alkopops kennzeichnungspflichtig macht. Auf den Flaschen steht mittlerweile ein dickes Schild, dass sie erst ab 18 Jahre verkauft werden dürfen, und wir haben ein Gesetz, das besagt, dass die Preise für diese Getränke über eine Sondersteuer deutlich erhöht werden. Das heißt, diese Alkopops sind in der Regel für die Jugendlichen zu teuer, und jede Kassiererin und jeder Kassierer an der Kasse, in der Tankstelle, im Warenhaus sieht, diese Getränke sind erst ab 18. Das ist ein wichtiges Steuerungselement, und es wirkt, denn die Zahlen sagen deutlich, die Discounter beklagen drastischen Umsatzrückgang bei diesen Alkopops, das heißt, dieses Gesetz war erfolgreich.

#### (Beifall bei der SPD)

Aber das war nicht ganz einfach, dies politisch durchzusetzen. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich die CDU-regierten Länder im Bundesrat die Position der Getränkeindustrie in der Abwägung zu Eigen gemacht und gesagt haben, wir dürfen hier mit der Sondersteuer nicht den Markt insgesamt belasten, das finden wir nicht richtig. Insofern freue ich mich besonders, dass wir hier einen Weg gefunden haben, in einem Antrag zum Ausdruck zu bringen, dass ein solches Gesetz vor dem Hintergrund der positiven Erfahrung ein Mittel ist, mit dem man operieren kann, aber man muss auch über andere Sachen nachdenken. Das wollen wir auch gemeinsam tun, denn ich glaube, dass wir auch gemeinsam den Problemdruck erkannt haben und hier zu einer Lösung kommen wollen.

Ich finde, es ist übrigens ein starkes Stück, dass die Industrie, wenn man in gesellschaftspolitischer Verantwortung diese Alkopops versucht, die Nutzungsgewohnheiten der Jugendlichen über eine Sondersteuer zu beeinflussen, sofort eine Ausweichbewegung macht und sagt, dann machen wir es nicht mit dem Branntweinalkohol, sondern mit dem Weinalkohol, weil es eine gesetzliche Regelung gibt, die das ermöglicht. Ich finde das nicht richtig, dass dieser strategische Weg von der Industrie gegangen wird, weil ich das gegenüber den Kindern und Jugendlichen in unserem Land verantwortungslos finde.

#### (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich freue mich aber auch darüber, dass es der Getränkeindustrie keineswegs gelungen ist, auf diesem Weg zu kompensieren, was sie mit den Alkopops auf der Basis der Branntweingetränke an Verlusten durch das Gesetz einbüßen muss. Es ist nämlich nicht so, dass die Jugendlichen jetzt diese weinhaltigen Getränke kaufen, sondern wir haben es tatsächlich mit einer Reduzierung zu tun.

Ich habe in dem Zusammenhang noch eine Bitte an das Gesundheits- und Jugendressort, und zwar

gibt es aus dem Oktoberfest die Erfahrung, dass das Jugendamt München die Empfehlung an das Oktoberfest gegeben hat, darauf zu verzichten, solche Getränke dort auszuschenken, und für das Oktoberfest in München ein Verbot für diese Getränke verhängt worden ist. Dazu sagt die Festleiterin, Gabriele Weißhäupl, ich darf das zitieren: "Wir sind dieser Empfehlung des Jugendamtes gern gefolgt, denn Alkopops sind Kinderdrogen, und die wollen wir nicht auf dem Oktoberfest."

#### (Beifall bei der SPD)

Ich würde mich freuen, wenn wir hier auch einen solchen Weg für den von uns allen geliebten Bremer Freimarkt gehen könnten in Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen.

#### (Beifall bei der SPD)

Aber noch ganz kurz zu zwei Punkten, die deswegen aber nicht weniger wichtig sind, weil ich sie hier nur kurz benenne! Das Kinder- und Jugendschutzgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche die harten Getränke weiterhin kaufen dürfen und dann die Geschäfte noch ungestraft weiter machen können mit diesem Verkauf. Ich finde es wirklich ungehörig, dass wir eine solche Situation haben. Wir müssen aber auch so ehrlich sein und sagen, der Staat hat nicht die unmittelbaren Zugriffsrechte. Wenn so etwas vorkommt, müssen die Eltern intervenieren, sie müssen es melden. So etwas muss dann auch beweisbar gemacht werden, und dann kann so etwas auch verfolgt werden. Das macht die Sache sehr schwierig.

Ich kann das aus konkreten persönlichen Erfahrungen Ihnen nur einmal schildern, wie schwierig es ist zu ermöglichen, dass dem Staat auch die Waffen in die Hände gegeben sind, dass Geschäfte die Konsequenzen dafür tragen müssen, damit sie einen solchen Weg zukünftig nicht mehr gehen. Ich bitte jedenfalls darum, dass wir uns gemeinsam anstrengen, auch Eltern darin zu unterstützen, dass sie offensiv damit umgehen, wenn Geschäfte mit solchem Verkauf bekannt werden.

#### (Beifall bei der SPD)

Prävention gehört meiner Meinung nach zu den wichtigsten Dingen im Zusammenhang von Alkoholgebrauch bei Kindern und Jugendlichen. Wir werden, da bin ich relativ sicher, nicht dazu kommen, dass Jugendliche keinen Alkohol mehr trinken. Wir haben eine so tiefe Verankerung in unserer Gesellschaft im Hinblick auf den Konsum von Alkohol, dass Kinder und Jugendliche diesen Zugang einfach objektiv auf Dauer haben werden. Das werden wir nicht über staatliche Regeln verhindern

(D)

(A) können, und das werden wir in allerletzter Konsequenz sicher auch alle nicht wollen. Deswegen kann es nur darum gehen, dass wir unter Jugendlichen und Kindern ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es sich um gefährliche Stoffe handelt und dass man sehr bewusst damit umgehen muss.

Es gibt dafür eine ganze Menge an Präventionsangeboten. Man könnte da sicher noch mehr machen, aber Sie wissen alle, dass Prävention ein nicht gerade billiges Angebot ist. Wir müssen auch immer darauf achten, wie viel Geld wir für solche Programme zur Verfügung haben. Aus diesem Grund habe ich mich auch sehr darüber gefreut, dass die Getränkeindustrie gemeinsam mit der Gesundheitssenatorin eine Kampagne gegen den Alkoholkonsum von Jugendlichen ins Leben gerufen hat. Das, finde ich, ist ein richtiger Schritt, auch die Industrie hier in die Verantwortung zu nehmen, und ich möchte Ihnen hier auch noch signalisieren, dass wir uns für die SPD bemühen werden, dass eine solche Kampagne auch dauerhaft weitergeführt werden kann. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Prä-(B) sident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal: Wir, und da, glaube ich, kann ich nach meinen beiden Vorrednern für alle Fraktionen dieses Hauses sprechen, begrüßen das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums, wie es so schön heißt, das die rot-grüne Bundesregierung erlassen hat. Wir glauben, es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Alkopops sind, das ist, denke ich, in dieser Debatte auch klar geworden, nur ein einzelner Bestandteil dieses ganzen Drogenproblems, das wir in unserer Gesellschaft haben und das natürlich bei Kindern und Jugendlichen in einer wesentlich krasseren Form durchschlägt, als es bei Erwachsenen der Fall ist.

Ja, man schmeckt bei den Alkopops den Alkohol nicht wirklich: Ja, sie haben das Image, hip zu sein, trendy zu sein, es ist ein Modegetränk, und ja, die Werbung, die dafür getrieben wird, spricht gerade die Gruppen unserer Gesellschaft an, nämlich gerade Mädchen, die bislang bei den klassischen Alkoholsorten von der Industrie noch nicht so sehr als Zielgruppe erfasst werden konnten! Das heißt, wir haben da eine ganz gefährliche Tendenz.

In Frankreich und in der Schweiz hat die Besteuerung natürlich de facto etwas gebracht. Die große Frage ist sozusagen, und das liegt im Dunkeln: Was wird stattdessen getrunken, nur noch Cola und Sprite oder welcher andere Alkohol?

Wenn die Industrie, auch das wurde gesagt, jetzt gleich wieder in die Absetzbewegung geht und einfach die eine oder andere Mixtur umstellt, so hat sie im Ergebnis gesundheitlich genau die gleichen Auswirkungen. Man sieht aber ganz klar, dass die Industrie sich an der Stelle ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht stellt, sondern dass sie allein den eigenen Profit sieht und sich sozusagen um dieses Gesetz herumlaviert. Ich glaube, darauf muss Politik den Daumen haben und verhindern, dass es der Industrie weiter so gelingt.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir stimmen Ihrem Antrag zu. Wir sehen auch die wesentlichen Handlungsfelder einerseits in der konsequenten Durchsetzung des Jugendschutzes. Bei den Alkopops ist es so, dass 26 Prozent aller Jugendlichen unter 16 Jahren angeben, bereits Alkopops erworben zu haben, ohne dabei an der Kasse in irgendeiner Weise gehindert worden zu sein. Das zeigt, und da braucht man sich nur einmal mit Kassierern oder Kassiererinnen zu unterhalten, wie die praktische Realität an so einer Kaufhauskasse ist: Es wird einfach alles durchgeschleust, man hat wenig Zeit, man ist im Stress, die Schlange an der Kasse ist lang, und dann wird da eben weniger darauf geachtet, wie alt nun der Jugendliche ist. Da lässt man sich eben nicht sicherheitshalber noch einmal den Personalausweis vorzeigen.

Ich glaube, das ist ein ganz massives Problem, und da hat Politik auch eine ordnungspolitische Aufgabe, für die Durchsetzung der eigenen erlassenen Gesetze, die wir richtig finden, auch so zu sorgen, dass dem Handel nichts anderes übrig bleibt, als das Mehr an Aufwand einzugehen und strenger zu kontrollieren.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Genauso stimmen wir andererseits bei dem Punkt der Prävention zu. Im Endeffekt wird das neue Gesetz auf Bundesebene dazu führen, dass in etwa zwölf Millionen Euro jährlich, das ist die Rechnung, zusätzlich in die Suchtprävention gesteuert werden. Ich glaube, das ist eine Summe, mit der man schon einiges anfangen kann, und dass, wenn man das durch spezifisch bremische Initiativen unterstützt, man dann insgesamt ein Klima schaffen kann, da ist natürlich auch das Bildungsressort gefragt, einen kompetenten Umgang mit Drogen bereits den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln.

Es hängt aber auch von jedem von uns als lebenden Vorbildern ab. Wenn der Vater nun einmal jeden Abend nicht vielleicht seine ein oder zwei Gläschen Rotwein, sondern auch noch drei oder vier Flaschen Beck's trinkt, was ja sicher in der einen oder anderen Familie durchaus Realität ist, dann ist es sicher auch ein schlechtes Vorbild.

(A) Ich glaube, das, was Herr Pietrzok sagte, nämlich dass Alkopops gewissermaßen das Bindeglied, das Gelenk zwischen Jugendkultur und Erwachsenenkultur sind, das hängt eben auch viel damit zusammen, dass Jugendliche tatsächlich auf diese Weise nicht nur den gleichen Rausch spüren wollen wie ihre erwachsenen Vorbilder, sondern dass wir da auch eine Vorbildfunktion haben, wo es auch um Nachahmung geht. Da ist jeder von uns gehalten, genauso wie man nicht bei Rot über die Ampel geht, wenn Kinder an der Ampel stehen,

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Auch sonst nicht!)

dass man sich auch einmal über den eigenen Umgang mit Drogen in dem Zusammenhang Gedanken macht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU geht bei Rot über die Ampel!)

Das dritte Aktionsfeld, das wir sehen, und da hat es mich sehr gefreut, gerade von der CDU in diesem Zusammenhang schon erste Signale zu hören, ist die Frage der Werbung für Drogen, und die finde ich ganz zentral. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat eine Umfrage gemacht, nach der Werbung der häufigste Ort ist, an dem Jugendliche mit Alkopops konfrontiert wurden, entweder über das Hören oder visuell. Ich glaube, gerade weil die Industrie versucht, hier ein Produkt zu kreieren, das für Jugendliche möglichst ansprechend ist, und sich auf diese Zielgruppe, der wir das ja gerade noch vorenthalten wollen, spezifiziert und darauf ihr ganzes Werbekonzept ausrichtet, ist Politik in der Verantwortung, auch darauf etwas strenger den Daumen zu haben. Es ist sehr unpopulär, weil es da eine große Lobby gibt und weil es da um wirklich viel Geld geht.

(Zuruf des Abg. Pietrzok [SPD])

Herr Pietrzok wirft ein: 120 Millionen Euro! Ich glaube, man muss sich nur einmal das Weserstadion oder irgendeine andere Sportarena anschauen zum Zeitpunkt des großen Wettkampfs: Es geht auf den Trikots los und hört irgendwie bei den Banden im Stadion auf, wo da überall für diverse Biermarken ganz massiv geworben wird, die zum Teil ja noch gut für den Urwald sind, wenn man sie trinkt! Diese Verknüpfung zwischen einer Idolfigur für Jugendliche und der Wahrnehmung, "ja, die trinken auch Bier, die trinken meine Biermarke, dann probiere ich es auch einmal", das ist meiner Ansicht nach wirklich unlauterer Wettbewerb, der da betrieben wird. Da muss Politik noch stärker als bislang sanktionieren. Beim Tabak haben wir es geschafft, ich

glaube, beim Alkohol müssen wir auch noch stärker vorgehen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zum Schluss noch ein letzter Gedanke: Was passiert, wenn Jugendliche weniger Alkopops trinken? Ich weiß nicht, wer das aus diesem hohen Hause selbst nachempfinden kann, aber man kann natürlich all das, was an Alkopops gemischt wurde, sich selbst auch relativ leicht zu Hause nachproportionieren. Dann nimmt man vielleicht ein bisschen Wodka und ein bisschen Orangensaft,

(Zurufe: Pst!)

gießt dies zusammen, ich will hier keine Geheimrezepte verraten, das ist aber die Gefahr. Deshalb müssen wir das Problem wesentlich breiter angehen. Alkopops sind sozusagen die Speerspitze der Bewegung, die Spitze des Eisbergs, aber ich glaube, das gesamte Feld hält für Politik – und da bin ich froh, dass wir hier in dieser Hinsicht offenbar einen Konsens haben, dass wir da auch weitere Schritte einleiten wollen – noch einige Aufgaben bereit. – Ich bedanke mich!

(Beifall)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der (D) Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwischen 1998 und 2003 hat es einen dramatischen Anstieg des Alkoholkonsums gerade bei Jugendlichen gegeben. Gerade in der Freizeit, im Urlaub greifen immer mehr Jugendliche vermehrt zu den so genannten Alkopops. Darum, und das sage ich hier in aller Deutlichkeit, ist dieser Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/362 "Schutz von Jugendlichen vor Verlockung durch Alkopops" schon längst überfällig, denn schon seit 2001 hat sich der Umsatz dieser fünfprozentigen alkoholischen Mixgetränke um genau, und jetzt hören Sie einmal genau zu, 341 Prozent erhöht.

Das ist eine so dramatische Entwicklung, dass es eigentlich unverantwortlich ist, dass Sie erst heute einen solch wichtigen Antrag verspätet einbringen. Tatsache ist doch, dass fast die Hälfte aller Jugendlichen einmal im Monat zu diesen gefährlichen so genannten Alkopops greift. Bei den Vierzehn- bis Neunundzwanzigjährigen sind es sogar 42 Prozent, die mehr oder weniger regelmäßig diese Alkopops trinken. Damit hat sich die Zahl seit 1998 verfünffacht.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser erschreckenden Zunahme des in Mode gekommenen Rauschtrinkens unter den Jugendlichen mit diesen Mixgetränken ist diesbezüglich ein schneller Hand-

(A) lungsbedarf zum Schutz der Jugendlichen mit effektiven Maßnahmen zwingend erforderlich. Zwar ist die kürzlich erhobene Steuererhöhung auf so genannte Alkopops-Getränke ein kleines Druckmittel zum Schutz von Jugendlichen vor Verlockung dieser Alkoholmixgetränke, darüber hinaus ist es aber dringend erforderlich, verstärkt über die Gefahren und die Gefährlichkeit dieser alkoholischen Getränke frühzeitig aufzuklären, also eine verstärkte Präventionsarbeit zu leisten, zum Beispiel in Jugendherbergen, am Strand, in Schulen, auf Campingplätzen, in Diskotheken, auf Sportveranstaltungen und anderen Veranstaltungen, die hauptsächlich von Jugendlichen besucht werden.

Meine Damen und Herren, erst vor kurzem lief in Norddeutschland in beliebten Feriengebieten eine große diesbezügliche Aufklärungskampagne unter der Übersschrift: "Bist du stärker als Alkohol?" Hier wurden Jugendliche in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg und auf den Inseln Usedom, Rügen und Norderney gezielt über die Gefahren dieser Alkopops-Getränke aufgeklärt. Ich frage Sie, warum eine solch wichtige verstärkte Aufklärungsarbeit in Bremen und Bremerhaven nicht möglich ist. Für diese Verfehlung sind Sie politisch verantwortlich. Darum fordere ich Sie namens der Deutschen Volksunion dringend dazu auf, eine noch stärkere und effektivere diesbezügliche Aufklärungsarbeit in Bremen und Bremerhaven als bisher einzuleiten und durchzuführen.

Selbstverständlich müssen die geltenden Bestimmungen, das wurde ja vorhin schon erwähnt, des Jugendschutzgesetzes noch konsequenter angewendet werden und die bestehenden Straf- und Bußgeldvorschriften noch rigoroser durchgesetzt werden als bisher.

(B)

Meine Damen und Herren, ich werde dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/362 selbstverständlich uneingeschränkt zustimmen, finde es aber allerdings sehr bedenklich und äußerst undemokratisch, dass man mich als DVU-Landtagsabgeordneten 2001 aus dem Bremer Aktionsbündnis "Alkohol setzt Grenzen" intolerant und undemokratisch ausgeschlossen hat.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Aus gutem Grund!)

Diese Tatsache ist so beschämend und entlarvend wie Ihre Toleranz, wie Ihr Demokratieverständnis, dass ich nur hoffen kann, dass diese Toleranz und dieses Demokratieverständnis nicht die Ernsthaftigkeit Ihres heute eingebrachten Antrags widerspiegeln.

Ich denke, es geht um die Zukunft unserer Kinder mit einem Leben ohne Alkohol und um die Mitarbeit, unsere Jugendlichen vor Alkohol zu schützen. Hier sollte es Ihnen doch eigentlich auch egal sein, wer daran beteiligt ist,

> (Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Nein, auf keinen Fall!)

hier sollte es Ihnen einzig und allein nur um die Sache gehen, um unsere Kinder. Dabei sollte niemand ausgeschlossen werden –

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Es gibt auch einen Schutz von Jugendlichen vor Verlockung gegen Rechtsradikale!)

wenn Sie etwas sagen wollen, dann kommen Sie nach vorn! –, wenn diese Person Mitglied der demokratischen Deutschen Volksunion ist, erst recht nicht ein politisch verantwortlicher, demokratisch gewählter DVU-Landtagsabgeordneter. Dieses beschämende Verhalten von so genannten Toleranten und Demokraten zeigt mir deutlich, dass es Ihnen wahrscheinlich nicht um die eigentliche Sache geht, sondern nur um eine einseitige Beweihräucherung und um eine einseitige Selbstdarstellung.

Das aber, meine Damen und Herren, ist der Ernsthaftigkeit dieses ausufernden Problems Alkoholkonsum bei Jugendlichen nicht angemessen. Ich werde Ihrem Antrag aber trotzdem zustimmen, da es mir als Vertreter der Deutschen Volksunion wahrscheinlich im Gegensatz zu Ihnen nur, aber auch nur um die Sache geht, nämlich unsere Jugendlichen vor Alkohol zu schützen.

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. Wedler (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu einem Punkt des Entschließungsantrags oder des Beschlussantrags hier äußern, nämlich zu dem ersten Punkt, der sich mit der Sondersteuer beschäftigt, und an der Stelle etwas Wasser in den Wein gießen, denn bisher habe ich in den Redebeiträgen nur reine Begeisterung über diese Sondersteuer gehört, aber wenn man sich ein bisschen Gedanken macht über die Wirkung von Steuern und wie die Besteuerten darauf reagieren, dann können wir das derzeit bestens sehen und nachvollziehen. Die Wirkung der Steuern ist nicht nur, dass die unmittelbar Betroffenen getroffen werden, die die Steuerlast zu tragen haben, sondern sie überlegen sich auch, wie sie die höhere Steuerlast wegstecken können, entweder indem sie dann andere Getränke zu sich nehmen oder andere Dinge tun, indem sie Steuervermeidung machen oder möglicherweise sogar illegal handeln, Steuerhinterziehung und solche Dinge.

Bleiben wir nur bei dem legalen Teil! Da sind die Stichworte Steuervermeidung und Steuerumgehung relevant, und das können Sie in der Industrie der-

(A) zeit nachvollziehen. Das ist hier schon beklagt worden. Die Industrie stellt die Herstellung dieser Produkte um, weil die Umsätze zusammengebrochen sind. Wenn man das jetzt steuerpolitisch betrachtet, handelt es sich um eine Steuervermeidung. Das heißt, die Industrie stellt möglicherweise ihre Produktion um, wenn sie sich davon ein Geschäft verspricht. Ein Allheilmittel ist eine Steuererhöhung nicht, das ist nur die Aufforderung an die von der Steuer Betroffenen, sich Wege an dieser höheren Steuerlast vorbei zu suchen. Da gibt es legale und illegale, und den legalen Teil haben wir hier schon gesehen.

Deswegen teile ich nicht die Begeisterung, die hier eben zum Ausdruck gekommen ist, dass durch die Sondersteuer jetzt plötzlich höhere Steuereinnahmen beim Staat entstehen. Wenn Steuervermeidung stattfindet, die Industrie Umsatzeinbrüche hat, tritt genau das Gegenteil ein. Die Erwartungen, die man an diese Sondersteuer hat, an die höheren Einnahmen, die man dann für bestimmte Zwecke verwenden will, werden mit Sicherheit so nicht erfüllt. Da sollten Sie sehr vorsichtig sein. Das ist ein sehr komplexer Vorgang, wenn man Steuern erhöht oder senkt, wie sie sich in der Gesellschaft, in der Wirtschaft verteilen und wie dann am Ende die Betroffenheit aussieht. Ich glaube, dass hier die Vermeidungs- und Umgehungsstrategien sehr viel wirksamer sein werden. Die Umsatzeinbrüche deuten darauf hin.

(Glocke)

**Präsident Weber:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Pietrzok?

Abg. Wedler (FDP): Ja!

(B)

Präsident Weber: Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie der Meinung, dass die Steuerumgehung durch die Industrie dazu führt, dass im Prinzip ähnliche Getränke mit ähnlichen Risiken behaftet dann nur unter anderem Steuerrecht weiterhin verkauft werden. Ich frage Sie nur vor dem Hintergrund, dass alle Medien darüber berichten, dass dann diese Steuer dazu führt, dass der Konsum von Alkopops auf Branntweinbasis rapide heruntergegangen und anderer Getränke auf Weinbasis keineswegs hochgegangen ist, sondern dass es da zwar Versuche gibt, die aber bisher nicht erfolgreich sind: Wie bewerten Sie das?

Abg. **Wedler** (FDP): Das ist für mich eine klassische Vermeidungs- oder Umgehungsstrategie.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Aber das funktioniert doch nicht!)

Die Industrie stellt fest, das läuft nicht mehr. Sie stellt jetzt Überlegungen an, wie sie das anders organisieren kann. Ein Stichwort ist gefallen, Alkopops auf Weinbasis zu erzeugen. Das wird versucht. Wenn es im Moment nicht läuft, das Gesetz ist auch erst seit wenigen Monaten in Kraft, insofern ist dieser Vermeidungsprozess noch gar nicht zu Ende. Ich gehe einmal sicher davon aus, dass es so etwas geben wird, und es bleibt für die Betroffenen selbst immer noch die Möglichkeit, sich die Sachen getrennt zu kaufen und sich selbst dann die Mischungen herzustellen, die sie dann brauchen. Ich sehe also kein Allheilmittel in dieser Sondersteuer.

Vielleicht darf ich dann die beiden anderen Ziffern 2 und 3 ansprechen. Ich glaube, das ist vorhin auch schon richtig gesagt worden, dass wir sehr großen Wert und sehr starkes Gewicht auf diese Dinge legen müssen, die in den Ziffern 2 und 3 zum Ausdruck gekommen sind, weil es tatsächlich darum geht, hier Jugendschutzrecht und Kinderschutzregelungen zum Tragen zu bringen. Das muss der Ansatzpunkt sein.

Noch ein paar Punkte, die hier genannt worden sind: Industrie ist nur auf Profit aus. Da frage ich mich natürlich, das ist doch das Geschäft der Industrie! Sie muss Profite machen, wenn sie überhaupt leben will. Das ist deren originäres Ziel. Es ist doch nichts Kritisches oder zu Verdammendes! Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, auch in diesem Bereich, auch wenn Sie das dann möglicherweise in dieser Kombination nicht ganz mögen.

Wir müssen auch sehen, dass es neben dem Alkoholproblem, das ist auch schon gesagt worden, welche Konsequenzen und Wirkungen das hat, es weitere Rauschmittel gibt. Ich erinnere nur an das Stichwort Drogen, und ich glaube, das ist bei den Jugendlichen noch viel verbreiteter als Alkoholismus, wenn ich das richtig weiß. Zigaretten und andere Rauschmittel, das sind alles Dinge, die wir hier in diesem Zusammenhang auch sehen müssen und wo solche Präventionsmaßnamen, die hier in den Ziffern 2 und 3 benannt worden sind, sicherlich auch notwenig sind.

Werbeverbot als letztes Stichwort! Auch das führt in meinen Augen ins Abseits, denn selbst wenn in den deutschen Tageszeitungen oder in den Presseerzeugnissen Werbung vielleicht zurückgedrängt wird oder in den deutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen keine Rolle mehr spielt, dann spielt sie aber gleichwohl eine Rolle in den internationalen Medien. Man kann über die Entwicklung im Medienbereich sehr leicht wieder solche Werbeaktionen zur Kenntnis nehmen. Es ist auch ein Trugschluss zu meinen, über Werbeverbote würde man hier etwas bewirken. Im Übrigen ist hier noch die EU davor, und ob das so umfassend auf der EU-Schiene zu regeln ist, was dann auf Deutschland zurückwirkt, wage ich zu bezweifeln.

(D)

(A) Ich glaube, dass die Freude oder die Begeisterung über die Sonderbesteuerung fehl am Platz ist. Deswegen möchte ich, was mein Antragsverhalten betrifft, darum bitten, dass Sie die Ziffer 1 gesondert abstimmen, denn diese möchte ich ablehnen, den Ziffern 2 und 3 kann ich hingegen zustimmen. – Vielen Dank!

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich am Schluss der Debatte sehr herzlich für die breite Unterstützung und das hohe Problembewusstsein bedanken, das hier zumindest von den Vertretern der drei Fraktionen deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Ich habe nicht ganz verstanden, Herr Wedler, was eigentlich Ihre Position sein soll, denn dass hier gehandelt werden muss, ich glaube, das dürfte unstrittig sein.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer noch ein wenig Nachhilfe im Problembewusstsein braucht, dem empfehle ich nur einen Gang zur Maifeier an den Osterdeich. Der wird sehr schnell sehen, wie groß dieses Problem und wie groß der Handlungsbedarf inzwischen für uns alle geworden sind. Ich habe die Debatte und den Antrag nicht so verstanden, als sei hier ein Allheilmittel auf den Weg gebracht worden, sondern es wurde zu Recht gesagt, diese Sondersteuer ist eine Maßnahme, um dem Alkoholmissbrauch zu begegnen, und wie die Entwicklung zeigt, ist es durchaus eine wirksame Maßnahme gewesen.

(B)

Wenn wir über Steuersystematik sprechen, Herr Wedler, kennen wir alle den Charakter von Steuern, auch in ihrem Wesen als Lenkungssteuer, und hier haben wir ein klassisches Beispiel, wie durch die Erhebung einer Lenkungssteuer eine Entwicklung gestoppt und eine Entwicklung verändert worden ist, und das ist gut so!

#### (Beifall bei der SPD)

Es ist natürlich auch in der Debatte klar geworden, dass diese Maßnahme allein nicht ausreicht, sondern wir brauchen ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um hier gegenzusteuern, und da ist sicherlich auch der Staat gefordert, auch in einer wirksamen Umsetzung des Jugendschutzgesetzes. Wir werden das sehr genau in der Entwicklung weiter beobachten und Ihnen auch berichten, welche Kontrollen wir durchführen. Wir gehen jedem Hinweis nach, und wir werden auch Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz konsequent weiter ahnden. Da sind wir uns mit dem Stadtamt einig, und das Stadt-

amt wird auch, wenn jetzt eine geplante neue Software installiert ist, die Straftaten nach dem Jugendschutzgesetz genau erfassen, so dass wir Ihnen auch genau berichten können, welche Bußgelder konkret in diesem Bereich verhängt worden sind.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch, dass staatliches Handeln allein hier nicht ausreicht, so wichtig dieses Handeln auch ist, sondern wir brauchen hier ein breites Bündnis, ein breites Bewusstsein, das bei den Eltern in erster Linie ansetzt, das stark an die Verantwortung der Eltern für das Verhalten der Kinder appelliert, die Eltern hier auch in die Pflicht nimmt. Wir brauchen eine breite Verankerung dieses Themas, auch Information, auch das Gespräch in der Schule. Ich bin auch sehr froh, dass die Suchtprävention des LIS diese Aufgabe sehr ernsthaft betreibt, das weiß ich aus eigenen Beobachtungen im Zusammenhang mit dem Aktionsbündnis, und ich bin auch der Meinung, dass wir dieses breite gesellschaftliche Bündnis weiter verankern müssen und dieses Bündnis weiter benötigen.

Da ist in der Tat dieses Aktionsbündnis, das wir eingegangen sind auch mit der Industrie und mit anderen Stellen, ein wichtiges Vorbild. Hier ist es uns nicht gelungen, den Missbrauch insgesamt einzudämmen, aber es ist uns mit Kampagnen und Aufklärung doch gelungen, an den verantwortlichen Umgang mit Alkohol zu appellieren, auch mit Plakatserien, mit Informationsserien. Dies ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang immer wieder neuen Herausforderungen stellen, und eine Herausforderung, die sich jetzt auch vor dem Hintergrund der veränderten gesetzlichen Regelung mit der veränderten Kennzeichnung stellt, ist aus meiner Sicht der verstärkte Übergang zu Selbstzahlerkassen in Filialen und Supermärkten. Hier sollten wir in Kontakt mit der Industrie und dem Handel überlegen, ob wir nicht die Erfahrungen aus anderen Ländern auf unseren Handel übertragen könnten. In der Schweiz ist es beispielsweise gang und gäbe, dass an solchen Kassen für Selbstzahler Alterskontrolllampen aufleuchten, so dass Verkäuferinnen und Verkäufer aufmerksam gemacht werden, wenn Jugendliche und Kinder gekennzeichnete Alkoholika oder Tabakerzeugnisse dort einkaufen. Das wäre eine kleine Maßnahme, aber aus meiner Sicht doch auch eine wirksame Maßnahme, die wir brau-

Wir sind auch dankbar für solche Anregungen, Herr Pietrzok, wie beim Oktoberfest, hier mit den Verbänden, mit den Schaustellern des Freimarktes darüber zu reden, wie sie ihrer Verantwortung gerecht werden. Ich wäre auch dankbar, wenn die Mitglieder hier aus dem hohen Haus, die im Marktausschuss tätig sind, dieses Thema aufnehmen würden. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir uns nicht nur als Jugend- und Gesundheitsressort, sondern Sie als

(A) Mitglieder des Marktausschusses im Gespräch mit den Schaustellern dieses Themas annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern möchte ich vorschlagen, meine Damen und Herren, dieses Thema bei Gelegenheit auch wieder in der Gesundheitsdeputation, in der Jugendund Sozialdeputation aufzurufen, denn wir müssen die Entwicklung sehr genau im Auge behalten. Es ist auch wichtig, was von Seiten des Bundes gesagt worden ist, von der Drogen- und Suchtbeauftragten, Frau Caspers-Merk, dass man sich nicht nur mit diesen gesetzlichen Änderungen begnügen wird, wenn sich zeigen sollte, Herr Wedler, dass sich hier ein Vermeidungsverhalten durchsetzt.

Ich persönlich glaube nach den Informationen, die ich habe, nicht daran, dass sich ein solches Vermeidungsverhalten jetzt auf Bier und Weinbasis zeigen sollte, aber wenn es sich zeigen sollte, dann ist der Gesetzgeber hier erneut gefordert, und dann muss er handeln, dann muss er notfalls auch mit neuen Maßnahmen gesetzgeberischer Art tätig werden. Wir werden diese Entwicklung auch sehr genau im Auge behalten, denn das Problem ruft nach Handlung, und wir sind es der Jugend, den Kindern schuldig, dass wir als Staat in unserer jeweiligen Verantwortung das Notwendige tun. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Vom Kollegen Wedler ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Wer der Ziffer 1 des Antrags der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/362 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Wedler [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer  $1\ \mathrm{zu}$ .

Ich lasse nun über die Ziffern 2 und 3 des Antrags der Drucksache 16/362 abstimmen.

Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

(D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch den Ziffern 2 und 3 zu.

(Einstimmig)

Damit ist der gesamte Antrag angenommen.

# Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Wedler [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(B)

## (A) Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Wedler [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(B)

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### Für Asyl-Lager außerhalb Europas

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 3. August 2004 (Drucksache 16/366)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Röwekamp. Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auslöser des Vorschlags von Minister Schily, Asyllager in Nordafrika einzurichten, waren im Meer schwimmende so genannte Flüchtlinge, die das Schlepperschiff Cap Anamur im Mittelmeer aufgegriffen hat. Meine Damen und Herren, fast täglich versuchen Asylbegehrende aus Afrika, im Schlepp von Schleuserbanden über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Erst vor kurzem regte Schily Patenschaften mit afrikanischen Ländern an, doch klare Konzepte wurden bis jetzt noch nicht präsentiert. Darum ist es wohl eine reine Propagandamasche von Minister Schily im berühmten Sommerloch gewesen, denn aufgrund des massiven Widerstandes in den eigenen Genossenreihen und wütenden Attacken der Grünen ruderte der Minister inzwischen zurück. Nun ließ er wissen, Personen, die auf hoher See aufgegriffen werden und nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt

werden können, sollten nun in eine europäische Einrichtung außerhalb der EU gebracht werden.

Dazu bemerkte kürzlich der "Weser-Kurier", Herr Präsident, ich darf zitieren: "Dorthin müssen sie aber erst einmal kommen. Schily will in diesem Zusammenhang den Seenotrettungsdienst ausbauen." Weiter heißt es: "Spötter in Berlin sehen schon ein MS Otto Schily durch das Mittelmeer kreuzen."

Meine Damen und Herren, der ursprüngliche Schily-Vorschlag wäre allerdings ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, um das Zuwanderungsproblem insbesondere für Mitteleuropa zu lösen. Weil Europa außerstande ist, Hunderte von Millionen Menschen aus aller Herren Länder, der so genannten Dritten Welt, aufnehmen zu können, wäre es auch dringend erforderlich, Asyllager nicht nur in Nordafrika, sondern auch in europäischen Regionen einzurichten. In diesem Sinne sollte die Bremische Bürgerschaft den vorliegenden Antrag der Deutschen Volksunion uneingeschränkt unterstützen. Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, hat sogar Minister Schily erkannt. So erklärte er im Juli, ich darf zitieren: "Die falsche Antwort hieße, dem Migrationsdruck einfach freien Lauf zu lassen. Afrikas Probleme müssen in Afrika gelöst werden. "Wo Minister Schily Recht hat, hat er eben Recht!

Meine Damen und Herren, mittlerweile hat sich nämlich herausgestellt, dass über Spanien und andere europäische Mittelmeeranrainerstaaten Millionen Wirtschaftsflüchtlinge mit dem Hauptziel Deutschland und Österreich einreisen wollen. Nach Schätzungen der spanischen Behörden befinden sich allein in Spanien sage und schreibe neben 1,6 Millionen rechtmäßig dort lebenden Fremden bereits nicht weniger als 1,1 Millionen Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis.

Meine Damen und Herren, mit welchen hinterhältigen Machenschaften illegale Einwanderung gefördert wird, zeigt der Vorgang um die angeblichen sudanesischen Flüchtlinge der Cap Anamur. Die stellten erst einmal Asylantrag in Italien, dessen Behörden alle Schwarzafrikaner als Lügner entlarvten. Ihre Ausweispapiere hatten die Scheinasylanten selbstverständlich zuvor vernichtet. Das Problem kennen wir hier in Bremen auch. Hierzu gab die italienische Innenbehörde bekannt, die deutsche Hilfsorganisation habe mit allerlei Lügen dafür gesorgt, dass die Flüchtlinge in Sizilien von Bord gehen durften. Man vermutet, dass die Cap Anamur für Schleuserbanden diesbezüglich einen Präzedenzfall schaffen wollte. Der Justizminister Castelli von der Lega Nord war besonders erbost. Er führte aus, man habe im Zuge der Gutmenschenkampagne den Eindruck in die Welt setzen wollen, dass Italien seine Grenzen nicht kontrollieren kann und das Land Italien der weiche Bauch Europas wäre.

Meine Damen und Herren, mit großer Sorge beobachten Kriminalisten und Sicherheitsexperten in-

(A) nerhalb der EU die anschwellenden Ströme von Asylanten, die sich von Afrika aus in Richtung Europa bewegen. Hunderttausende warten an der nordafrikanischen Küste auf eine Chance zur Überfahrt. Zwischen 500 und einigen tausend Euro müssen die Asylanten für die nordafrikanischen Schlepperbanden bezahlen.

In dieser verzweifelten Lage hat die rotgrüne Chaosregierung ein Zuwanderungsgesetz beschlossen, in dem auch noch geschlechtsspezifische Verfolgung zur Einwanderung berechtigt. Dem Wahnsinn des Zuwanderungsproblems Einhalt zu gebieten wäre aber gerade jetzt das Gebot der Stunde, zumal Deutschland infolge einer verfehlten und skandalösen Politik dieser Bundesregierung immer mehr ausblutet und verarmt. Das habe ich gestern schon ausgeführt, Hartz IV, Agenda 2010 und so weiter. Alte, arme, kranke Menschen werden für diese unsoziale Politik niederträchtig und unerträglich zur Kasse gebeten. Das ist ein Skandal sondergleichen!

Meine Damen und Herren, wem aber das Überleben des deutschen Volkes am Herzen liegt, der muss vor allem auch konsequent für die Lösung des Zuwanderungsproblems eintreten. In diesem Sinne wäre die Zustimmung zum vorliegenden Antrag der Deutschen Volksunion eigentlich nur selbstverständlich

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: So ein Quatsch!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf dem Besucherrang recht herzlich eine Schülergruppe der neunten Klasse der St.-Johann-Schule begrüßen.

Herzlich willkommen!

(B)

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwischenzeitlich sieht es in diesem Haus doch manchmal so aus, als ob der Vertreter der DVU – zumindest versucht er das, er bekommt es aber nicht hin – auch einmal sachliche Beiträge zu den einen oder anderen Themen, die die Menschen wirklich bewegen, hier leistet. Der Beitrag, den Sie gerade gehalten haben, und Ihr Antrag zeigen im Grunde genommen, wes Geistes Kind Sie wirklich sind, Herr Tittmann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Vielleicht brauchen wir das ab und zu, um nicht zu vergessen, wen wir in einigen Landtagen mit Ihnen, mit den Kollegen von der DVU und der NPD heutzutage wirklich sitzen haben. Sie wissen genau, dass diese Reden über das Radio und seit neuestem auch über das Fernsehen, über die Presse in die Bevölkerung verbreitet werden, und Sie wissen auch, dass nicht jede Bürgerin und jeder Bürger die Zahlen und die Fakten so im Kopf haben kann, weil er sich natürlich auch um viele andere Dinge kümmern muss. Sie verbreiten hier in der Tat in Ihrem Antrag schriftlich und auch mündlich, Hunderte von Millionen Menschen aus aller Herren Länder kämen nach Europa, kämen nach Deutschland, um hier als Flüchtlinge Asyl zu suchen oder was auch immer.

Ich nenne Ihnen jetzt gleich einmal die Zahlen für dieses Jahr. Ihre Behauptung ist in diesem Fall nicht nur Schwachsinn, sondern weil es auch in Menschengruppen hinein verbreitet wird, die es vielleicht nicht besser wissen, ist es nicht nur Schwachsinn, sondern es ist Volksverhetzung im reinsten Sinne, was Sie hier betreiben, Herr Tittmann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben für 2004, und jetzt kommen die offiziellen Zahlen, damit Sie einmal sehen, was für einen Blödsinn Sie reden, für Deutschland hochgerechnet von den Asylanträgen, die wir bisher haben, eine Zahl von 35 000 insgesamt, davon 4392 aus Afrika. Wir haben für die gesamte Europäische Union, 20 Länder, für 2004 auch wieder hochgerechnet aus dem Stand, den wir bis September haben, 64 000 Asylanträge, und wir haben für die 30 größten Industrieländer auf der Welt überhaupt pro Jahr 180 000 Anträge, und da reden Sie hier von Hunderten von Millionen! Sie müssen ein bisschen bekloppt sein, um ehrlich zu sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der zweite Punkt, den ich hier zurückweisen möchte: Sie sprechen von einem Schlepperschiff Cap Anamur. Ich weiß nicht, was Sie überhaupt mitbekommen von der Welt und früher mitbekommen haben. Die Cap Anamur hat während des Vietnamkrieges die Boat-People aufgenommen und hat auch in vielen anderen Krisengebieten dieser Welt Minen unter großen Gefahren weggeräumt, auf hoher See unter großen Gefahren Menschen aufgenommen, die in ihren Ländern durch Kriege, Bürgerkriege und andere Dinge vertrieben worden sind. Bei dieser Organisation von einem Schlepperschiff zu sprechen zeigt auch, wie elend es Ihnen gehen muss, dass Sie hier solche Argumentationen bringen, Herr Tittmann, von der DVU.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) (D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es kann sein, und ich glaube, die Organisation Cap Anamur hat sich, wie wir gerade dieser Tage gehört haben, intern sehr intensiv mit diesen Vorgängen befasst, dass dort von einigen Verantwortlichen Fehler gemacht worden sind, dass auch in der Darstellung und auch teilweise in dem, wie diese Aktion im Mittelmeer angegangen worden ist, man dort einige Fehler gemacht hat. Ich glaube, die Organisation hat reagiert, hat das intern sehr wohl qualifiziert diskutiert und hat auch in der Führung ihrer Organisation eine Veränderung vorgenommen. Deswegen von einer Schlepperorganisation zu sprechen ist wirklich absolut unhaltbar, und ich weise es hier noch einmal zurück, Herr Tittmann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich für meine Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, für meine Partei hier in Bremen, aber auch bundesweit für Bündnis 90/Die Grünen noch einmal sagen, dass der Bundesinnenminister Otto Schily mit seinem Vorstoß Anlass für solche Beiträge hier in diesem Hause von der DVU, aber auch für andere Debatten in Europa gegeben hat, macht mich sehr besorgt. Ich habe das wie alle meine grünen Kolleginnen und Kollegen in Bund und Ländern von Anfang an nachdrücklich zurückgewiesen, dass wir die, wie wir alle in den letzten Jahren sehen, dramatisch zurückgehenden Flüchtlingszahlen wieder so nach oben hängen und so als Problem hochspielen, dass wir sogar schon in Staaten wie Libyen und anderen nun außereuropäische Lager einrichten wollen, dass dies ein Vorschlag des Bundesinnenministers in die vollkommen falsche Richtung ist. Auch dies wollte ich hier der Deutlichkeit halber noch einmal sagen. - Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. Herderhorst (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle vorweg, wir werden uns diesem Antrag auch nicht anschließen können, weil er erstens in der Zielrichtung an dem vorbeigeht, was sich in der Diskussion befindet, und zweitens die allgemeine Diskussionslage so kontrovers und unübersichtlich ist, dass man noch keine vernünftigen Schlussfolgerungen daraus ziehen könnte, um zu sagen, die Gründe dafür überwiegen, oder die Gründe dagegen überwiegen. Nicht zuletzt, Herr Tittmann, glaube ich kaum, dass, selbst wenn wir das hier beschließen würden, das in irgendeiner Form auf europäischer Ebene gehört würde und sich danach gerichtet würde. Insofern

halte ich auch diese Diskussionsebene im Grunde genommen für völlig verfehlt.

Meine Damen und Herren, dennoch, der Bundesinnenminister hat mit seiner Initiative natürlich eine Lawine von Diskussionen und Meinungsäußerungen losgetreten, die von voller Unterstützung bis zu strikter Ablehnung reichen. Von der Bundesregierung wird die Forderung nach Flüchtlingsaufnahmezentren - Herr Schily hat sich von Lagern entfernt und sagt nun Flüchtlingsaufnahmezentren -, die Bundesregierung hat sich der Auffassung und der Zielrichtung von Herrn Schily angeschlossen. Der Regierungssprecher Steg hat ausdrücklich betont, dass es keinen Dissens in dieser Auffassung innerhalb der Bundesregierung gebe. Da die Bundesregierung nicht allein mit Sozialdemokraten besetzt ist, sondern auch aus grünen Regierungsmitgliedern besteht, muss man zumindest zunächst einmal unterstellen, dass es innerhalb der Grünen auch keine einheitliche Auffassung gibt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Bundesaußenminister hat sich eindeutig geäußert!)

Ich habe dies aber zur Kenntnis genommen. Wenn ein Regierungssprecher für die Bundesregierung spricht, dann gehe ich davon aus, dass dies auch in der Bundesregierung so mitgetragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Bewertung an sich fällt, wie gesagt, recht unterschiedlich aus. Einige Sozialdemokraten, zum Beispiel der ehemalige Minister Lafontaine oder der innenpolitische Sprecher Wiefelspütz, unterstützen ausdrücklich den Vorschlag von Schily, während wiederum der SPD-Innenexperte Edathy den Vorschlag ablehnt und eine faire Verteilung von Flüchtlingen auf Europa fordert. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Hacker, hält die Idee Schilys für abwegig.

Meine Damen und Herren, die unterschiedlichen Bewertungen, auch auf europäischer Ebene, kommen nicht von ungefähr. Während Frankreich und Schweden weiterhin Bedenken hegen, findet Schily nach der Konferenz der Innen- und Justizminister in Scheveningen in EU-Kommisar Vitorino und UN-Flüchtlingskommissar Lubbers offenbar Kombattanten. Auch besonders der italienische Innenminister Pisano ist sich mit Schily einig, das sicherlich auch, weil gerade Italien erkennbar gewisse Probleme auf dieser Ebene in der letzten Zeit hatte und sich von daher sicherlich auch eher mit dem Vorschlag von Schily anfreunden kann.

Meine Damen und Herren, sollte der Vorschlag von Innenminister Schily realisiert werden, wird bis dahin noch ein sehr schwieriger und holpriger Weg zu überwinden sein. Flüchtlingsaufnahmezentren in

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Nordafrika können auch nur als komplementäre Maßnahme, wie Schily sagt, eingerichtet werden. Bisherige Verfahren bleiben bestehen. Insofern ist der Vorschlag Schilys auch nicht vergleichbar mit dem Vorschlag von Großbritannien, ich glaube, aus dem letzten Jahr, alle Asylbewerberverfahren in Lagern außerhalb der Europäischen Union zu bearbeiten.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, es sprechen einige Gründe dafür, zum Beispiel die Tatsache, dass wir nach wie vor erhebliche Schäden, auch volkswirtschaftliche Schäden, durch Schleuserbanden erfahren, aber insbesondere auch die Betroffenen in den Händen von Schleuserbanden nicht richtig aufgehoben sind und insofern eine andere Lösung möglicherweise vorteilhaft wäre. Die Gefährdung auf den Transportwegen, insbesondere auf diesen überalterten Schiffen, ist groß. Jedes Jahr sterben Tausende von Migranten auf diesen Schiffen, und auch deshalb kann man durchaus Alternativen überlegen.

Nicht zuletzt muss ich auch noch einmal darauf hinweisen, das geht immer ein bisschen unter, dass letztendlich 90 Prozent aller Asylanträge nach wie vor abgelehnt werden. Gleichwohl, Dr. Güldner hat es richtigerweise gesagt, sind, wie man es auch immer bewerten will, erfreulicherweise die Asylbewerberzahlen erheblich zurückgegangen, aber auch von diesen zurückgegangenen Asylbewerberzahlen sind im Schnitt 90 Prozent nicht asylbewerberfähig. Nur wenn die Länder Nordafrikas die Genfer Flüchtlingskonvention anerkennen wie zum Beispiel Libyen, das diese noch nicht ratifiziert hat, wäre ein solches Unterfangen überhaupt erst möglich. Die Finanzierung muss sichergestellt werden, die Ausbildung des Personals für solche Zentren müsste überlegt werden, bezahlt werden et cetera. Es ergeben sich Zuweisungsfragen nach Asylverfahren. Es ist die Frage, wer Herr des jeweiligen Verfahrens ist, und abgesehen davon bleibt es so, dass rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet werden müssen.

Dabei muss man natürlich auch immer wieder im Hintergrund den Grundsatz sehen, niemand hat einen Anspruch darauf, in Europa Asyl oder einen anderen Schutzstatus zu erhalten. Weder in der Genfer Flüchtlingskonvention noch in einem anderen internationalen Vertrag ist der Anspruch verbürgt. Allein bedrohte Menschen vor Folter, politischer Verfolgung und Krieg zu schützen ist Grundlage der Betrachtung.

Meine Damen und Herren, ein absolutes Nein zu diesem Zeitpunkt ist verfrüht. Das Elend und die Probleme Afrikas und anderer Problemregionen können nicht in der EU gelöst und aufgefangen werden. Internationale Hilfe vor Ort ist nötig. Wenn überhaupt, müssten die Handelnden noch große Widerstände überbrücken.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist mir eine wahre Freude, das jetzt ausführen zu dürfen. Herr Dr. Güldner, durch solche blödsinnigen Reden von einer solch unrealistischen Politik der Grünen sorgen Sie dankenswerterweise dafür, dass die Deutsche Volksunion zukünftig auch noch verstärkt in anderen Landtagen vertreten sein wird,

(C)

(D)

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Lüge!)

also auch dank Ihrer Reden und Politik ist mir um die parlamentarische Zukunft der Deutschen Volksunion nicht bange.

(Zuruf von der SPD: Die Zahlen!)

Die Ablehnung des DVU-Antrags zeigt wieder einmal mehr, wie begrenzt Ihre Denkfähigkeit ist, verbunden mit einem Höchstmaß an Verantwortungslosigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist mit den Zahlen?)

Sie wollen oder können nicht begreifen, dass Europa außerstande ist, Millionen Menschen aus Afrika und aus der Dritten Welt aufzunehmen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das ist gelogen!)

Tatsache ist doch, dass Sie die Zeit --.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nehmen Sie doch die Realität zur Kenntnis!)

Hören Sie doch zu!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die Wahrheit mögen Sie nicht hören, das verstehe ich ia!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil es nicht Wahrheit ist, Herr Tittmann! Das wissen Sie ganz genau!)

Aber es ist nun einmal so!

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tatsache ist doch, dass sich seit der Kohl-Regierung ein galoppierender Prozess vollzieht, der das deutsche Volk immer ärmer macht und außerdem nachhaltige Auswirkungen hinsichtlich nationaler Identität zur Folge hat. Beschleunigt wird diese un-

(D)

 (A) heilvolle Entwicklung auch noch verstärkt durch diese rotgrüne Chaosregierung.

Meine Damen und Herren, zwar hat sich nach dem großartigen DVU-Wahlerfolg in den neunziger Jahren die Anzahl der Asylbewerber etwas verringert, dieser begrüßenswerte Fortschritt – –.

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Sie sind dadurch gezwungen worden, eine andere Asylpolitik zu betreiben, und Sie werden auch noch weiterhin gezwungen werden. Es ist doch heute politische Praxis, dass Sie erst durch uns gezwungen worden sind, eine andere Asylpolitik zu betreiben, das können Sie doch nicht abstreiten, indem rund 1,1 Millionen Menschen, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber aus aller Herren Länder, in Deutschland bleiben durften. Hinzu kommen noch die in Deutschland lebenden illegalen Ausländer. Darüber reden Sie gar nicht, das sollten Sie aber. Deshalb muss jeder Schritt zur Eindämmung der unverantwortlichen Zuwanderung zwingend unterstützt werden.

Der ursprüngliche Vorschlag des ehemaligen Grünen, Minister Schily, ist in jeder Hinsicht dem Recht entsprechend, überaus sinnvoll und zweckmäßig, denn die so genannten Flüchtlinge wären in nordafrikanischen Lagern der EU absolut sicher, unter klimatischen Bedingungen, die sie gewohnt sind, und müssten keinerlei Entbehrungen erleiden.

(B)

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Tittmann, wo leben Sie denn?)

Meine Damen und Herren, die deutsche Volksunion wird sich jedenfalls nach wie vor einem Ausländerlobbyismus, mulitkultureller Propaganda oder Überfremdungswahn widersetzen und entschlossen dafür kämpfen und sich einsetzen, dass einer Politik der Weg geebnet wird, die das Überleben des deutschen Volkes in einem sozial gerechten und vor allen Dingen deutschen Deutschland ermöglicht.

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde auch gern am Anfang noch einmal die Bilder in Erinnerung rufen von den Flüchtlingen auf den Schiffen vor der Küste und vor den Häfen Italiens. Ausgemergelt, verängstigt und fast verhungert waren die Menschen. Wir haben nur wenige Tote im Fernsehen gesehen, weil sie die auf der Reise schon über Bord geworfen haben. Ich glaube, dass diese Bilder wirklich für niemanden mehr auszuhalten waren und dass diese Bilder auch für Bundesinnenminister Schily nicht auszuhalten wa-

ren. Deshalb hat er das Gefühl gehabt, darauf reagieren zu müssen in seiner ihm eigenen Art.

(Abg. Tittmann [DVU]: Das ist auch in Ordnung!)

Er hat gesagt, es gehe ihm um die Linderung einer humanitären Katastrophe und nicht um rhetorische Humanität, die sich an Menschenrechtsparagraphen klammert und die Realität ignoriert. Sein Motto: Not kennt kein Gebot! Aus diesem Grund hat er als gemeinsame europäische Initiative diese Auffangzentren für Flüchtlinge in Nordafrika vorgeschlagen.

Meine Damen und Herren, unabhängig davon, ob man die Initiative des deutschen Innenministers für richtig oder für falsch hält, glaube ich, muss man den entscheidenden Unterschied zwischen Schilys Vorschlag und dem ungerufenen und unerbetenen Unterstützer Siegfried Tittmann erkennen und benennen.

(Beifall bei der SPD)

Otto Schily geht es darum, Menschen zu retten, die aus Verzweiflung sogar den Tod im Mittelmeer riskieren.

(Abg. Tittmann [DVU]: Uns auch!)

Tittmann geht es primitiv darum zu spalten, zu hetzen, auszugrenzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sein vergiftetes Lob ist pure verlogene Heuchelei und blanke Volksverhetzung!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will aber auch inhaltlich ein paar Worte zu der Initiative Otto Schilys sagen, die viele Facetten hat und sehr unterschiedliche Bewertungen erfahren hat. Dass er sie europäisch gestartet hat, das erscheint mir einleuchtend, weil sie das Verhältnis Europas zum Nachbarkontinent betrifft und nicht das Verhältnis Deutschlands zu einem Nachbarland. Gravierend finde ich die rechtlichen Bedenken, die geäußert worden sind, Fragen nach der Anerkennung der Genfer Flüchtlingskonvention, Fragen nach ordnungsgemäßen Aufnahmeverfahren und rechtlichen Asylprüfungen, die sowohl nationalen als auch europäischen Standards entsprechen. Ich sage für mich, es scheinen die Bedenken gegen Schilys Pläne an der Stelle durchgreifend zu sein.

Abzuwarten bleibt nicht nur, wie die Ergebnisse der rechtlichen Prüfung ausfallen, sondern auch die

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Vorlage von Planungen, auf die sich die Innenminister offensichtlich geeinigt haben, Projektlager in Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien vorzubereiten und diese zusammen mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat zu bauen.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist für mich die Frage, welchen Nutzen die neuen Einrichtungen im Hinblick auf die anfangs geschilderte Ausgangssituation haben, und da bin ich sehr skeptisch. Armutsflüchtlingen ist nach meiner Überzeugung nur zu helfen, indem in ihren Herkunftsländern Armut bekämpft wird. Welchen Sinn soll es denn eigentlich haben, Armutsflüchtlinge in Lagern am Rande der Wüste zu sammeln? Flüchtlingslager haben wir in Afrika, ich darf nur an Somalia erinnern, mehr als genug.

Politische Flüchtlinge, meine Damen und Herren, haben einen Anspruch darauf, ihr Anliegen in Europa geprüft zu bekommen und hier Schutz zu finden, wenn ihre Prüfung positiv ausfällt, und die Opfer von kriminellen Schleusern sollen sich damit zufrieden geben, in Asyllagern geprüft und zurückgeschickt zu werden? Ich kann das nicht glauben. Die kriminelle Energie von Schleusern wird doch da nicht Halt machen! Die kriminelle Energie von Schleusern wird die Menschen weiter bis an die Küste und bis auf das Wasser bringen. Es wäre also durch solche Lager nichts gewonnen.

(Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Kriminellen muss man entweder den Boden entziehen, oder man muss sie mit polizeilichen Mitteln bekämpfen. Da helfen keine Lager.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, ich gewinne der Initiative meines Bundesministers nicht allzu viel ab, und ich glaube auch, Herr Herderhorst und Herr Dr. Güldnder haben es beschrieben, dass die Zeit durch die Zahlen eigentlich dafür da ist, sich Lösungen vernünftig zu überlegen. Die Zahlen gehen nicht nur in Deutschland und Europa zurück, sondern die Zahlen von Flüchtlingen gehen weltweit erheblich zurück, also kann man da vernünftig planen, zumal wir in Deutschland in der Koalition Kontingente verabredet haben, die noch nicht angesprochen worden sind. Wir könnten zurzeit durchaus auch Menschen aufnehmen und hier ihre Anliegen prüfen. Nach meiner Überzeugung muss man zu solchen Modellen wie Auffangzentren in Nordafrika zurzeit überhaupt nicht greifen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

 $oldsymbol{Vizepr\"{a}sidentin}$  Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/366 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abq. Wedler [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

#### Absage an das Finanzierungsgrab Space-Park!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 10. August 2004 (Drucksache 16/368)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Gloystein, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. Tittmann (DVU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Space-Park ist abgestürzt, die Katastrophe ist jetzt endgültig eingetreten. Im Oktober ist das Raumschiff namens Space-Park endgültig verglüht, und damit haben über 300 Mitarbeiter ihre Arbeit verloren. Ich habe nachweislich als Vertreter der Deutschen Volksunion in unzähligen Redebeiträgen vor diesem unsäglichen und unausgegorenen Projekt namens Space-Park deutlich gewarnt. Darüber hinaus habe ich deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Engagement, insbesondere unseres ehemaligen Wirtschaftssenators, Herrn Perschau, an dieser Stelle falsch war. Klar ist aber auch, dass der ehemalige Senator Perschau für dieses Desaster nicht die alleinige Verantwortung trägt. Tatsache ist doch, dieses Projekt Space-Park war von Anfang an eine Fehlentscheidung. Es ist Ihr politisches Desaster und ein Alptraum aller verantwortlicher Politiker, die an diesem Projekt beteiligt waren, das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.

Meine Damen und Herren, diese Millionen und Abermillionen Steuergelder, die Sie für die Infrastruktur verschwendet haben, hätten wir an anderer Stelle viel effektiver, sinnvoller und zweckmäßiger einsetzen können. Sorgen bereitet mir die Diskussion, und zwar die bundesweite Diskussion, die

(C)

(A) federführend vom Stadtstaat Berlin eingebracht worden ist, welches Sanierungskonzept denn nun das richtige sei, das Sanierungskonzept Schuldenabbau oder das Sanierungskonzept Sparen und Investieren. Wir haben uns im Land Bremen in einem sehr kurzen Zeitraum bereits zwei Pleiten geleistet. Mit Grausen denke ich hier an das Musical Jekyll and Hyde, nicht weil das Musical so ergreifend war, sondern weil sich die hier hart erarbeiteten Steuern im Nebel des Grauens aufgelöst haben.

Am Space-Park will ich es einmal plastisch darstellen. Hier hat man das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler und der Bankenanleger quasi in das Weltall geschleudert. Natürlich werden die Gegner eines solchen Projekts mit dem Sanierungskonzept Sparen und Investieren im Nachhinein Recht behalten, wenn die nächste Pleite kommt, weil zum Beispiel das Auswandererhaus, das Klimahaus und so weiter demnächst vor der Tür stehen werden.

Darum fordere ich den Senat in aller Deutlichkeit dringend dazu auf, die Bürgerschaft (Landtag) möge umgehend über das neue Finanzierungskonzept beim Space-Park informieren, denn die Informationsgremien sind die Deputation und der Landtag und nicht etwa die "Bild"-Zeitung, "Weser-Kurier", "taz" und die schon fast vergessene "Nordsee-Zeitung" oder andere Medien. Machen Sie diesem Grauen endlich ein Ende! Helfen Sie der Wirtschaft, dem Mittelstand, dem Einzelhandel, den Werften, dann haben Sie endlich Investitionen, die sich auch lohnen und bezahlt machen! Dann, aber auch nur dann kann das Sanierungskonzept von Sparen und Investieren für Bremen und Bremerhaven funktionieren.

(B)

Hierfür haben Sie die hundertprozentige Unterstützung der Deutschen Volksunion, aber solange Sie stur wie ein Maulesel mit Scheuklappen vor den Augen ein politisches Desaster nach dem anderen auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler zu verantworten haben und damit die Selbständigkeit unseres Bundeslandes Bremen aufs Spiel setzen, so lange werde ich namens der Deutschen Volksunion Ihre verfehlte, skandalöse Politik im Sinne und im Interesse der Bürger rigoros und demokratisch bekämpfen.

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach gibt es zwei Sorten von Kritik, die eine bemüht sich redlich, nach guten Wegen, nach guten Lösungen zu suchen, und die andere Sorte versucht, von den Fehlern anderer Leute populistisch zu profitieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) Mir ist an dieser Stelle wichtig, und die Diskussionen über den Space-Park sind in diesem Hause, auch in dieser Stadt, in diesem Land nicht neu, deutlich zu sagen, wir haben auch sehr wohl Kritik an dem Projekt Space-Park. Von Anfang an haben wir dieses Projekt sehr kritisch begleitet. Gleichwohl ist die Frage, was macht man denn nun, von Herrn Tittmann überhaupt nicht beantwortet worden. Ich glaube auch, dass der Senat auf die hundertprozentige Unterstützung der Deutschen Volksunion gut verzichten kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wenn ich ganz ehrlich bin, dann wünsche ich mir auch, dass der Senat genau auf diese Unterstützung verzichtet. Ich hoffe aber, dass wir im Weiteren die Frage, wie Wirtschaftspolitik in Bremen denn erfolgreich gemacht werden kann, erfolgreicher gemacht werden kann, tatsächlich im demokratischen Raum diskutieren und nicht als Geisterdebatte der DVU. Mehr will ich an dieser Stelle nicht sagen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. Tittmann (DVU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Möhle, ich weiß gar nicht, warum Sie sich darüber aufregen. Ich habe schon vor Jahren, vielleicht vor den Grünen sogar schon, deutlich davor gewarnt, weitere Steuergelder in dieses Fass ohne Boden, in den Space-Park in einem Anfall des Größenwahns zu verschwenden. Dieser Space-Park war doch von Anfang an eine Lachnummer in ganz Europa. Das ist doch ein Skandal sondergleichen, dass wir jahrelang Steuergelder in ein Projekt investiert und verschwendet haben, das erstens keine Zukunft hatte und das zweitens kein Mensch braucht. Diese ganze Herumeierei war doch nur eine in die Länge gezogene einzigartige Katastrophe, ein Desaster sondergleichen, wofür Sie, außer den Grünen, die will ich davon ausnehmen, die politische Verantwortung tragen.

Ich wiederhole es noch einmal, damit Sie es endlich kapieren: Ein solches politisches Desaster muss auch politische Konsequenzen haben, weil dieser Space-Park ein von Ihnen in Stein gegossenes Denkmal des Größenwahns darstellt, der noch nicht einmal über ein halbes Jahr Bestand hatte. Es wurde doch schon nach über einem halben Jahr von der teuersten Bauruine Deutschlands gesprochen. In diesem Space-Park hat der von Ihnen völlig ruinierte Stadtstaat Bremen und Bremerhaven das wirtschaftliche und finanzielle Denken und Handeln ad absurdum geführt. Es fragen sich doch viele Bürger zu

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Recht: Wer sind die Verantwortlichen, und wer haftet für diese Fehlentscheidungen, und erhalten die verantwortlichen Politiker für ihre Fehlentscheidungen etwa noch überhöhte Abfindungen und Pensionen und so weiter?

Ich sage im Namen der Deutschen Volksunion, begreifen Sie endlich, dass Sie nicht auf Dauer mehr Geld ausgeben können, als Sie einnehmen! Wann endlich ermöglichen Sie unseren Bürgern und dem Bundesland Bremen endlich einmal eine Zukunft, die nicht auf kaum zurückbezahlbaren Schulden und immer höher steigenden Zinsen basiert? Das Bundesland Bremen zahlt im Jahr allein schon nur für Zinsen eine Milliarde DM. Das ist unglaublich, das ist unverantwortlich, das ist ein Skandal sondergleichen und unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr länger zuzumuten! Darum sage ich Ihnen, machen Sie endlich Schluss mit fortwährendem Herumgeeiere! Betreiben Sie endlich eine Politik im Sinne und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes, dafür sind Sie gewählt worden, das ist Ihre politische Aufgabe, und handeln Sie auch danach!

Darum fordere ich Sie namens der Deutschen Volksunion auf: erstens keine weiteren Steuergelder für den so genannten gescheiterten Space-Park, auch für die zukünftigen Projekte oder die, die von anderen Gesellschaften übernommen werden, dafür kein Geld der öffentlichen Hand! Zweitens sollte der Senat nun endlich das Scheitern des von Ihnen in Stein gegossenen Denkmals des Größenwahns öffentlich einmal eingestehen. Drittens möchte ich, wie es im DVU-Antrag steht und formuliert ist, Aufklärung über das skandalöse Finanzgebaren beim Betrieb des Space-Parks, das heißt, Aufklärung über die Fehleinschätzung bei den Besucherzahlen und wie ein Einkaufszentrum ohne einen einzigen Mietvertrag gebaut werden konnte.

Meine Damen und Herren, ich denke, diese wichtigen Fragen dürften Sie und die Bevölkerung auch noch weiterhin interessieren. Darum stimmen Sie dem Antrag der Deutschen Volksunion zu, denn es wäre unverantwortlich, dieses Desaster mit diesen verschwendeten Millionen Steuergeldern quasi einfach beiseite zu legen, ad acta, Papierkorb und auf die Vergesslichkeit der Bürger zu hoffen und vielleicht gleichzeitig schon das nächste finanzielle Desaster auf Kosten der Steuerzahler ins Auge zu fassen, das wäre unverantwortlich!

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, ich habe bei Ihnen wirklich den Eindruck, Sie lesen noch nicht einmal das, was Sie selbst beantragen.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrem ersten Redebeitrag haben Sie über Sanierungskonzepte, über was auch immer, geredet, aber nicht über diesen Antrag, Sie haben es eben fertig gebracht, es in einem Halbsatz noch einmal zu erwähnen. Wenn ich diesen Antrag dann jetzt hier auch in dem Sinne versuche ernst zu nehmen, wie er ernst ja nicht gemeint ist, dann haben Sie schon in Ihren Redebeiträgen deutlich gemacht, dass Sie die Antworten auf die Fragen, die Sie eigentlich stellen wollen, für sich schon längst getroffen haben. Insofern ist das alles nur Show, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich darf noch darauf hinweisen, wir haben hier in diesem Hause diverse Debatten geführt. Wir haben Sitzungen der Wirtschaftsförderungsausschüsse, der Deputation für Wirtschaft, letztens Sondersitzungen gehabt. Wir sind als Koalitionsfraktionen mit den Grünen nicht einig, wir haben eine völlig verschiedene Meinung, aber wir haben diese Meinungen ausgetragen. Wir tragen sie sachlich und inhaltlich aus, wir diskutieren in der Sache, und wir üben uns nicht in Populismus, und das ist genau das, was Sie hier machen. Sie wollen mit falschen Fakten, mit falschen Behauptungen Unruhe schüren, und deswegen lehnen wir selbstverständlich Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schließe mich den Eingangsworten von Herrn Liess und Herrn Möhle an, sie haben gesagt, in welcher Art hier vorgetragen wird. Es ist ein reiner Showantrag, es ist Populismus, und es ist nicht geeignet, um darüber weiter sachlich zu debattieren.

Wir haben das hier oft schon in diesem Hause getan, wir haben das in den Ausschüssen getan, und wir werden auch weiter den Fortgang der Überlegungen mit der EU, auch mit den Bremer Betreibern in den Wirtschaftsförderungsausschüssen besprechen, dort haben wir jede Gelegenheit, uns mit den Problemen auseinander zu setzen.

Ich möchte an dieser Stelle eigentlich nur eines sagen, es ist mir wichtig, dass man gerade der Bremer Gruppe, die sich hier mit großem Engagement für ein mögliches neues Konzept und eine mögliche Fortführung des Space-Park müht, in Ruhe eine Chance lässt und nicht hier mit solchen Sprüchen einen solchen Ansatz am Anfang schon verhindert. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/368, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Damit sind wir am Ende der Vormittagssitzung angekommen.

Ich unterbreche die Sitzung des Landtages bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

\*

(B)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes (BremAbgG) vom 30. September 2004

(Drucksache 16/422)

Die Beratung ist eröffnet.

Zu einer Erklärung rufe ich an das Rednerpult den Präsidenten unseres Hauses.

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Der Vorstand hat Ihnen den Bericht über die Entwicklung der Abgeordneteneinkünfte auf Grundlage des Berichts der Diätenkommission für das Jahr 2004 vorgelegt. Ich schlage dem Parlament im Einvernehmen mit den Fraktionen vor, in diesem wie schon im vergangenen Jahr auf eine Diätenerhöhung zu verzichten.

Ich darf darauf hinweisen, dass die überwiegend neu zusammengesetzte Diätenkommission erstmals als Vergleichsmaßstab die Entwicklung aller Arbeitnehmereinkünfte im Land Bremen herangezogen hat. Sie weist damit nach, dass die Entwicklung der Abgeordneteneinkünfte gegenwärtig nur geringfügig unter der allgemeinen Einkommensentwicklung liegt. Ich will aber ausdrücklich betonen, dass ich die allgemeine Einkommensentwicklung als ganz wichtigen Maßstab für die Abgeordneteneinkünfte ansehe und mich auch klar gegen eine Abkopplung unserer Diäten ausspreche.

Abschließend darf ich der neu konstituierten Diätenkommission für ihre Arbeit danken, ganz besonders möchte ich mich aber auch noch einmal für die langjährige Tätigkeit des ausgeschiedenen Vorsitzenden der Diätenkommission, Herrn Dr. Alfred Kuhlmann, bedanken, meine Damen und Herren!

#### (Beifall)

Gestatten Sie mir aber zum Schluss doch noch eine persönliche Bemerkung, die ich gern einfügen möchte! Wir folgen nun schon zum zweiten Mal nicht der Empfehlung der Diätenkommission und verzichten damit auf die Erhöhung, die von dem unabhängigen Gremium als angemessen bewertet worden ist. Dadurch wird unter anderem die Frage aufgeworfen, welche Rolle der Diätenkommission vor diesem Hintergrund überhaupt künftig zukommt. Es stellt sich die Frage, wie wir auf längere Sicht gesehen eigentlich mit der Vergütung der Abgeordnetenarbeit umgehen wollen. Das Parlament arbeitet in direktem Auftrag der Bremerinnen und Bremer, und es kann eigentlich nicht Sinn der Sache sein, dass am Ende politische Arbeit zu Dumpingpreisen als Weisheit letzter Schluss gilt!

Meine Damen und Herren, wir haben keinen Grund, den Bürgern den Eindruck zu vermitteln, dass unsere Arbeit so unwichtig ist, dass sie nicht angemessen bezahlt werden müsste.

#### (Beifall)

Dieses Themenfeld ist sicher vor dem Hintergrund der Entwicklung in den vergangenen Jahren ein paar genauere Überlegungen wert. Ich rege hier eine solche Diskussion an, bewusst ergebnisoffen! Ich bin sicher, dass die Abgeordneten sich bei etwaigen Erhöhungen ihrer Bezüge in künftigen Jahren natürlich immer ihrer Verantwortung bewusst werden und dabei das gesellschaftliche Umfeld, nämlich die allgemeine Beschäftigungslage, die Gehaltsentwicklung und das Gehaltsgefüge stets fest im Blick haben werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

 $oldsymbol{Vizepr\"{a}sident}$  Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft nach Paragraph 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes Kenntnis.

#### Vereinssport als Wertschöpfungsfaktor

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 12. Juli 2004 (Drucksache 16/356)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 21. September 2004

(Drucksache 16/404)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Röwekamp, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. vom Bruch.

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen.

Das ist der Fall.

(B)

Das Wort hat der Abgeordnete Gerling.

Abg. **Gerling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Vereinssport als Wertschöpfungsfaktor", so lautet der Titel der Großen Anfrage meiner Fraktion. Sie fußt auf der vom Landesportbund in Auftrag gegebenen und von der Deputation Sport mitfinanzierten Studie "Sport und Ökonomie im Bundesland Bremen", die am 20. Januar dieses Jahres vorgestellt wurde. Lassen Sie mich Ihnen einen Überblick über die Ergebnisse dieser Studie geben!

Meine Damen und Herren, natürlich obliegt unserem Stadtstaat mit seinen Gebietskörperschaften die Aufgabe, den Sport für seine Bürger sicherzustellen. Der Staat übernimmt die Gewährleistung dieser Aufgabe unter anderem durch die Bereitstellung von Flächen, Sportstätten und die Zahlung von Zuschüssen. Die eigentliche Aufgabe, Sportmöglichkeiten anzubieten, obliegt den selbstverwalteten Sportvereinen. Die Sportvereine als Non-Profit-Organisationen stellen somit das Bindeglied zwischen den Nutzern im Sportverein und der staatlichen Gewährleistung des Sports dar. Trotz der viel zitierten zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft belegt der heutige Vereinssport, dass er eine Zukunft hat. Gerade Sportvereine sind in der Lage, der Vereinzelung in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Der Vereinssport bedarf deshalb der politischen Zukunftssicherung quer durch alle Fraktionen in diesem Hause.

An dieser Stelle ein paar Worte zu kommerziellen Sportanbietern, zum Beispiel den Fitnessstudios! Bei dieser Art von Sportstätten spielen die Einkommensverhältnisse eine entscheidende Rolle. Über die monatlichen Mitgliedsbeiträge, die hochgerechnet auf ein Jahr oftmals ein Vielfaches des Jahresbeitrages von gemeinnützigen Vereinen ausmachen, erfolgt ein Ausschluss derjenigen, die sich dieses Angebot nicht leisten können. Diese Tatsache spricht für das Sportangebot in gemeinnützigen Vereinen. Die niedrigeren Jahresbeiträge in diesen Vereinen, die einen breiten Zugang von Sportbegeisterten unabhängig von ihrem Einkommen ermöglichen, führen auf der anderen Seite regelmäßig zu finanziellen Engpässen. Daher bleibt es die vordringliche Aufgabe für das Land Bremen, die finanzielle Situation der Sportvereine zu verbessern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Fehleinschätzung einiger Trendforscher aufräumen, die behaupten, die Sportvereine in der heutigen Form stünden in Widerspruch zur voranschreitenden Individualisierung der Gesellschaft! Ich behaupte das Gegenteil! Gerade durch das breite Angebot der Sportvereine erhöhen sich noch die Möglichkeiten individueller Entfaltung. Heute besteht wieder ein Trend hin zur Bindung an einen Sportverein, der zeigt, dass diese auch im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen eine Chance haben. Unsere Sportvereine sind gut beraten, wenn sie neue Trendsportarten in ihr Angebot aufnehmen. Dazu gehören auch die Sportarten, die derzeit kommerziell angeboten werden.

Die Sportvereine müssen sich aber auch in anderer Hinsicht öffnen, und somit spreche ich einen wunden Punkt an. Denken wir dabei an die oft dünne Personaldecke! Ohne Ausweitung der Öffnungszeiten wird vielen Sportwilligen der Zugang versperrt. Die Ausweitung der Öffnungszeiten stellt für die Vereine eine hohe Herausforderung dar. Wegen der am Anfang beschriebenen positiven Wirkung des Sports auf die bremische Wirtschaft und Gesellschaft ist es die moralische Aufgabe unserer Sportpolitik, den Sportvereinen bei der Bewältigung dieser Mehrbelastung unter die Arme zu greifen.

Die durchaus positiven Erkenntnisse der Studie dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vereinslandschaft weiterhin vor großen Problemen steht. Nach unserer Auffassung liegt die Zukunft der bremischen Sportvereine in der Kombination des gemeinnützigen Sportangebots mit zu bezahlenden Zusatzangeboten für externe Nutzer. Dort, wo es die räumliche Nähe erlaubt, ist es äußerst wichtig, darauf zu achten, dass Kooperationen beziehungsweise Fusionen vorgenommen werden. Hinzu kommen muss eine Professionalisierung der Vorstandsarbeit in den Vereinen. Dies muss vor allem im komplizierter werdenden Steuerrecht oder Sozialversicherungsrecht geschehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch ein paar Zahlen und Fakten nennen, die verdeutlichen sollen, welchen Stellenwert der Sport für die Menschen in unserem Bundesland hat. In der Altersgruppe 10 bis 70 Jahre sind 81 Pro-

(D)

(A) zent unserer Bewohner bewegungsaktiv. Dies geht aus einem Zwischenbericht vom Mai 2003 einer Studie zur Sportentwicklung in Bremen hervor. Dieser Anteil liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der sportlich aktiven Menschen nimmt mit zunehmendem Alter allerdings stetig ab. Die höchste Aktivität zeigt die Altersgruppe der Sechzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen.

Interessant ist die Tatsache, dass die Bereitschaft zur Sportbetätigung mit den jeweiligen Einkommensverhältnissen einhergeht. So nimmt sie mit wachsendem Einkommen zu. So waren in den alten Bundesländern im Jahr 1999 41 Prozent der Besserverdienenden sportlich aktiv, wohingegen bei den Geringverdienern nur 21 Prozent regelmäßig Sport treiben. Dieser Abstand zwischen den beiden Einkommensgruppen bezüglich ihrer Sportbetätigung hat sich in den letzten Jahren noch vergrößert. Daher lassen Sie uns gemeinsam mit unserer Sportpolitik dafür arbeiten, diesen Abstand zu verkleinern und den Ausschluss Einkommensschwacher vom Sportangebot zu vermeiden!

(Beifall bei der CDU)

Dies können nur unsere gemeinnützigen Vereine leisten,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Und Ganztagsschulen!)

(B)

die wir für diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe stärken müssen. Die Bindung der Mitglieder an die Sportvereine in Bremen ist hoch. Das durchschnittliche Mitglied ist bereits 14 Jahre lang im Verein aktiv. Erfreulicherweise hat sich der Sportverein nicht nur bei den älteren Menschen durchgesetzt, sondern er ist auch in den Altersgruppen 16 bis 39 Jahre hoch akzeptiert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun genauer auf den Vereinssport als Wertschöpfungsfaktor eingehen! Für den Betrieb eines Sportvereins werden Personal, Investitionen und Produkte des Geschäftsbedarfs benötigt. Damit leisten die Sportvereine einen bisher wenig beachteten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des Landes Bremen. Die Sportvereinsmitglieder wenden einen Teil ihres Einkommens nicht nur für die Mitgliederbeiträge auf. In viel höherem Maße werden Ausgaben für Sportbekleidung und Zubehör aufgewendet. Im Land Bremen werden diese Ausgaben jenseits der Zahlung der Mitgliedsbeiträge auf 42 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Dazu kommen nach Schätzung des Landessportbundes Bremen für die Gastronomie etwa 30 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Die betrieblichen Ausgaben der Sportvereine belaufen sich auf zirka 22 Millionen Euro. Insgesamt generieren die Sportvereine in Bremen jährlich Ausgaben in Höhe von etwa 112 Millionen Euro, die der bremischen Wirtschaft zugute kommen. Der Vereinssport sichert der Sportwirtschaft also satte Umsätze und leistet einen positiven Beitrag zur ökonomischen Wertschöpfung sowie zur Beschäftigung.

An den eben genannten Zahlen sehen wir deutlich, dass über den individuellen Nutzen für die Sporttreibenden selbst die Gesellschaft und die Wirtschaft durch den Sport profitieren. Unsere Politik muss es daher sein, eine angemessene finanzielle Absicherung des Vereinssports zu leisten. Eines muss uns dabei klar sein: Die öffentliche Finanzierung des Vereinssport ist nicht mit reinen konsumtiven Ausgaben gleichzusetzen, im Gegenteil, die Unterstützung des Vereinssport, trägt zur Stärkung unseres Stadtstaates bei.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend festhalten: Unsere durch Bürgersinn und Bürgerengagement geprägte bremische Gesellschaft ist auf Zusammenhalt und somit auf Netzwerke bürgerlicher Beteiligung angewiesen. Der Sport im Land Bremen mit seinen vielfältigen Vereinen integriert weit mehr Menschen als andere Organisationen wie Parteien oder womöglich noch Gewerkschaften. Darüber hinaus rekrutiert der Sport die weitaus meist ehrenamtlich tätigen Bremerinnen und Bremer. Zudem fördert der Sport den Leistungsgedanken und vermittelt gleichzeitig wichtige Werte wie Eigenleistung, Begeisterung, Engagement und Motivation. Die hohe Bedeutung des Sports für Bremen dürfte somit deutlich geworden sein.

Diese Leistungen des Sports wurden durch die vom Landessportbund in Auftrag gegebene Studie "Sport und Ökonomie im Land Bremen" erstmals systematisch erfasst und bewertet. Sie bietet eine gute Grundlage dafür, im Interesse des bremischen Sports Politik zu machen. Die Sportpolitik in diesem Haus muss im stärkeren Maß als bisher die Dynamik der Sportpolitik berücksichtigen, die notwendigen Rahmenbedingungen sichern und fortentwickeln. Dafür lasst uns alle arbeiten! – Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, nach dem Vortrag des Kollegen Gerling, der ja vollkommen berechtigterweise noch einmal gewürdigt hat, dass die Studie, die erstmals in der Bundesrepublik auf eine Untersuchung, eine Bewertung der Tätigkeit und auch der Wertschöpfung des Vereinssports abhebt, eine außerordentlich wichtige Dokumentation ist, auf die wir in der Sportpolitik insgesamt auch zukünftig unsere politischen Eckdaten und Rahmenbedingungen auszurichten haben, lassen Sie mich bitte noch einmal daran erinnern: Heute ist der Tag des Ehren-

(A) amtes! Ich glaube, dass dann eine Debatte über Sportpolitik und Sportvereine gut angebracht ist.

Ich möchte in meinem Beitrag für unsere Fraktion noch einmal über Möglichkeiten und auch Notwendigkeiten und Schlussfolgerungen aus dieser Studie und aus der Antwort des Senats eingehen.

#### (Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig ist, noch einmal zu verdeutlichen, dass das Produkt Sport ein öffentliches Gut ist. Die Leistungen des Vereinssports sind für die soziale Integration und für das Zusammenleben in den Stadtteilen von deutschen und ausländischen Mitbürgern und von Jung und Alt ein ganz wichtiger Faktor. Man kann ihn nicht hoch genug bewerten. Deshalb ist auch der Sport vollkommen zu Recht als Staatsziel in unsere Landesverfassung aufgenommen worden, und er hat einen sehr aktuellen Wert.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion sehen es so, dass diese Studie in den Verbänden, im Landessportbund und in der Auswertung auf dem schon genannten Zukunftsforum des Landessportbundes im Januar dieses Jahres ein Bestandteil dessen ist, wie wir in einen konstruktiven Dialog kommen, um auch in Zukunft die Arbeit der Sportvereine so zu organisieren, dass sie auch in den vollkommen richtigerweise von Herrn Kollegen Gerling angesprochenen Konkurrenzsituationen mit privaten Anbietern bestehen können und dass wir eine verlässliche und zukunftsweisende Grundlage für den Vereinssport haben. Deshalb gestatten Sie mir noch einmal darauf einzugehen, dass neben den eben schon benannten direkten und indirekten ökonomischen Effekten des Vereinssports insbesondere für uns wichtig ist, dass in der Perspektive einer zukünftigen Sportpolitik auch unter den Rahmenbedingungen der Sanierungspolitik unseres Bundeslandes in einer angespannten Haushaltslage die Rahmenbedingungen für den Sport gesichert bleiben! Dafür stehen wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion, und wir werden dies auch in Zukunft mit all unserer Kraft unterstützen und durchsetzen.

#### (Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir, noch einmal auf die Antwort des Senats einzugehen! Es gibt ganze Passagen, die wortwörtlich aus der Studie der Wissenschaftler übernommen worden sind. Ich finde, dass das noch einmal eine Wertschätzung dessen ist, was dort erarbeitet worden ist, aber man hätte dies von Seiten des Senats vielleicht kennzeichnen können, dass es in einem größeren Umfang Originalzitate aus die-

ser Studie sind. Ich finde das überhaupt nicht schlimm, aber in Zukunft sollte man das vielleicht tun!

Für uns gilt es aber noch über Konsequenzen zu diskutieren und Fragen zu stellen, wie wir in Zukunft gemeinsam unsere Ziele noch besser auf diese Situation einzustellen haben. Einmal geht es um die Frage: Wie können wir, und das ist auch sehr wichtig für die Tätigkeit und Existenz der Vereine bei der Neuorganisation des Liegenschaftswesens, diese Probleme lösen? Wir haben schon öfter darüber gesprochen. Wir haben es am Einzelproblem gesehen, wir haben es in den Fragestunden öfter an einzelnen Standorten von Schulturnhallen in Bremen und Bremen-Nord hier besprochen. Ich glaube aber, es ist insgesamt eine notwendige Sache für die Politik, dies zu regeln.

Ich erinnere daran, dass wir dies in dem Koalitionsvertrag der beiden Koalitionsparteien benannt haben. Ich möchte auch selbstkritisch hier benennen, dass wir da noch nicht genügend vorangegangen sind. Es ist ein Stück Erkenntnis auch aus dieser Diskussion und noch einmal belegt durch diese Studie, dass dies absolut notwendig ist, dass wir dies organisieren müssen. Das heißt: Wie kommen wir zu einer verlässlichen Form eines Managements, weit über die Vereinsgrenzen hinweg, in enger Kooperation auch mit Bildung und mit den einzelnen Vereinen, dass wir auch zu einer verlässlichen Form, aber auch zu einer optimalen Ausnutzung der Hallenkapazitäten in allen Bereichen unserer Stadt kommen? Eine ganz wichtige Frage!

#### (Beifall bei der SPD)

Bei den vielen Ehrenamtlichen, die in diesem Bereich als Übungsleiterinnen und Übungsleiter tätig sind, bei den Vereinsverantwortlichen ist das ein Problem, das unmittelbar unter den Nägeln brennt, und hier müssen wir, und das ist noch einmal die Anforderung an das Sportressort, Vorschläge machen. Wir sind gern bereit, das mit zu unterstützen. Wir erwarten vom Senat, dass er konkrete Schritte vorangeht.

Ein zweiter ganz entscheidender Punkt ist, und mein Vorredner hat es benannt, dass es auch weiterhin eine verlässliche Unterstützung im Rahmen der Sportförderung geben wird. Hier wird ein Eckpunkt sein: Wie gehen wir um mit den Wettmitteln? Wird es auch in Zukunft so sein, und dazu haben wir uns verpflichtet, und da gibt es eine klare Aussage, dass wir dies auch in Zukunft so machen wollen, weil es ein vernünftiges Verfahren ist? Es ist aber auch notwendig. Diese Mittel sind für die Entwicklung der Vereine, für ihr aktuelles Vereinsleben, bei der Förderung, aber auch bei Investitionen in die Zukunft notwendig, und wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden hier weiterhin auf der Position stehen, dass diese für die Vereinsarbeit zur Verfügung stehen, und wir hoffen, dass

(D)

(A) wir dies alles gemeinsam in den parlamentarischen Gremien durchsetzen.

Meine Damen und Herren, ein Eckpunkt ist, und das ist in dieser Studie auch benannt, eine ganz wichtige Errungenschaft in unserem Bundesland, das Sportförderungsgesetz. Das ist für uns eine Voraussetzung dafür, dass der Sport hier auf gleicher Augenhöhe, auch in Konfliktsituationen mit anderen Angelegenheiten unseres Gemeinlebens, seine Position durchsetzen kann.

Wir alle wissen, dass in der Vergangenheit und auch aktuell der Sport immer sehr verantwortungsbewusst mit seinen Positionen umgegangen ist. Wir betonen aber, dass dieses Sportförderungsgesetz eine wichtige Errungenschaft ist und dass wir mit allen seinen rechtlichen Möglichkeiten dahinter stehen und dieses Gesetz auch für die Zukunft, für ein gedeihliches Nebeneinander und Miteinander zwischen Staat und dem freien Sport notwendig ist und dass wir dies auch sehr bewusst gegen alle Angriffe, die sich irgendwelche Institutionen hier überlegen, verteidigen. Dies einzugrenzen, das wird es mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht geben!

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Studie hat einen weiteren Punkt benannt, ich hatte im ersten Teil meines Redebeitrags auch schon einmal darauf hingewiesen, das ist die Frage: Wie bekommen wir es insgesamt hin, dass das Liegenschaftsmanagement dafür zu sorgen hat, dass eine Hallennutzung wirklich optimal organisiert wird? Das nehmen wir mit, auch in die Arbeit der Fachdeputation, dass wir dies noch einmal begleiten und auch den Sportsenator auffordern, hier konkret Schritte zu unternehmen.

(B)

Insbesondere sehen wir auch bei der Entwicklung, dem Umbau und der Weiterentwicklung unseres Schulwesens hin zu Ganztagsschulen, dass hier eine riesige Chance für die Sportvereine besteht. Wir wissen, dass dies oftmals in Konkurrenz gesehen wird, und sie ist auf den ersten Blick auch real vorhanden, wenn nämlich nachmittags Sportangebote in den Hallen im Rahmen der Ganztagsschulen gemacht werden, dann sind diese Zeit- und Raumkapazitäten nicht für die Vereine da. Ich glaube aber, wir müssen dafür werben, dass hier die Kooperation zwischen Schule und Sportverein noch weiterentwickelt wird. Wir sind frohen Mutes und auch guter Hoffnung, dass die positiven Effekte, wo Vereine dies erkannt haben, wo es aber auch ein Zugehen von Seiten Bildung gibt, wo sie sich aufeinander zu bewegen, eine riesengroße Chance bieten, insbesondere auch bei der Förderung von jungen Menschen, bei der Gewinnung auch von jungen Menschen für die Vereinsmitglieder! Ich glaube, das müssen wir nutzen, und das sollten wir hier auch wirklich so entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist, und damit möchte ich noch einmal aufgreifen, was der Kollege Gerling gesagt hat, die Veränderung auch von Seiten der Vereine. Es ist auch eine hohe Errungenschaft unseres Bundeslandes und in der Bundesrepublik, dass wir den freien Sport haben. Das ist auch noch eine Lehre und Erkenntnis aus der Zeit des Faschismus, dass gesagt wurde: Nach 1945 ist der freie Sport ein sehr hohes Gut. Wir stehen auch dahinter und sagen, dass es nicht Aufgabe der Sportpolitik ist, in die Sportvereine und -verbände hineinzuregieren. Trotzdem unterstützen wir aber und weisen darauf hin, dass es auch Veränderungen und Modernisierungsprozesse im Bereich der Vereinslandschaft geben muss. Hier gibt es noch Reserven.

Aufgabe der Sportpolitik muss es sein, mit ihren Förderungsmöglichkeiten und ihrer Unterstützung diese Prozesse zu beschleunigen und in einem gemeinsamen Dialog hier den richtigen Weg aufzuzeigen, denn nur in bestimmten Bereichen einer Professionalisierung, Konkretisierung und auch Bündelung von personellen und ökonomischen Kräften ist es möglich, auch die Sportvereine für die Zukunft fit zu machen.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne möchte ich noch einmal ausdrücklich dem Landessportbund danken, dass er diese Initiative gestartet hat. Diese Studie haben wir über alle Parteigrenzen hinweg in der Deputation ausdrücklich unterstützt. Sie bettet sich ein in die breite Diskussion über die Erarbeitung eines Thesenpapiers des Landessportbundes mit dem Ziel, Thesen zu erarbeiten, wie der Sport im Jahre 2010 aussieht. Ich glaube, da ist das ein ganz wichtiger Bestandteil. – Danke schön!

#### (Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Schöne, Positive an der Sportpolitik ist ja, jedenfalls ich schätze es sehr, dass hier ganz deutlich wird, wie sehr sich alle politischen Kräfte doch sehr stark bemühen, an einem Strang zu ziehen, um dem Sport im Lande Bremen zu nutzen, und ich denke, dass das auch heute in dieser Debatte wieder zum Ausdruck kommen wird. Ich finde, das ist etwas Positives, was man hier durchaus auch einmal erwähnen sollte.

Anlass für diese Große Anfrage, so konnte man es zumindest von der zeitlichen Nähe her vermuten, war wohl ein etwas leicht verunglückter Auftritt des

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Bürgermeisters Henning Scherf beim Empfang des Landessportbundes. Damit will ich mich hier aber gar nicht weiter befassen, weil ich es für richtig halte, in dieser Großen Anfrage sozusagen nicht bei diesen Konflikten stehen zu bleiben, sondern in die konkreten Punkte zu gehen, was wir hier tatsächlich für den Sport im Lande Bremen tun können.

Ich glaube, zu diesem Spruch, den wir überall auf den Plakaten und in den Anzeigen lesen "Sport ist im Verein am schönsten", wurde hier zu Recht gefragt: Ist es eigentlich wirklich so, dass im Zeitalter der Individualisierung, der Vereinzelung der Verein ausgedient hat? Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall, dass nämlich gerade wegen der Vereinzelung und wegen der Individualisierung wir hier eine Renaissance der Sportvereine erleben, dass also umgekehrt ein Schuh daraus wird, nämlich gerade, weil so viele Menschen allein leben, weil so viele Menschen so wenige Kontakte haben, wird der Sportverein in unseren beiden Städten immer wichtiger, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, im Grunde genommen muss man diesen von den Werbetextern erfundenen Spruch "Sport ist im Verein am schönsten" ergänzen und muss sagen: Sport ist im Verein am schönsten, aber wer ihn individuell betreiben will, da ist er auch am schönsten, weil beides zusammengehört, und beides ist sozusagen Teil der gleichen Landschaft!

Zu der Großen Anfrage Vereinssport als Wertschöpfungsfaktor: Das finde ich ein bisschen problematisch, vor allen Dingen in unserer Außenwirkung, da erstens nicht jeder so richtig versteht, was damit gemeint sein soll. Sportler und Sportlerinnen sind praktische Menschen, wenn sie lesen, Vereinssport als Wertschöpfungsfaktor, dann wissen sie nicht so richtig, worum es geht, und wenn man dann in die Große Anfrage schaut, geht es ja auch um ganz viele andere Dinge wie die gesellschaftliche Rolle des Sports und vieles andere.

Ich finde auch gerade den Teil, in dem man jetzt relativ akademisch, relativ wissenschaftlich versucht zu berechnen, dass dann, wenn man nun alle Aktivitäten im Sport auf hauptamtliche Vollzeitstellen umrechnen würde, dabei über 2000 Stellen herauskämen, zwar ganz interessant zu lesen, aber dem Sport bringt er so richtig wirklich nichts, weil sich natürlich kein Sportverein, kein Sportler, keine Sportlerin etwas dafür kaufen kann, zu wissen, dass es im Grunde das Äquivalent von über 2000 Stellen ist! Das heißt aber für unsere konkreten Probleme in den Vereinen und vor Ort gar nichts, sondern da müssen wir die Probleme lösen, die sich auch tatsächlich stellen, und nicht so ein akademisches Problem, wie es hier am Anfang aufgeworfen wird.

Ich finde auch etwas schwierig, und hier wird ja, wie der Kollege Pohlmann sagte, teilweise die Stu-

die zitiert, teilweise antwortet uns der Senat, dass an einigen Stellen immer auf den Landessportbund oder die Vereine verwiesen wird, die da etwas tun sollen. Ich finde, wir haben auch nicht zuletzt einen Sportsenator, der heute nicht da ist, aber seinen Staatsrat geschickt hat, wir haben eine Sportbehörde bei der senatorischen Behörde, wir haben ein kommunales Sportamt in Bremen, und auch in Bremerhaven haben wir die entsprechenden Dienststellen, wir haben die Sportpolitik in der Deputation und in den Fraktionen. Wir können nicht alles auf den Landessportbund abwälzen und sagen, nun macht einmal schön, sondern hier ist natürlich auch die staatliche Unterstützung, die politische Unterstützung gefordert, hier aus diesem Haus und auch von der zuständigen senatorischen Stelle! Das fehlt mir etwas in der Antwort auf diese Frage. Es sieht ein bisschen so aus, als ob der Sportsenator nur für das Geldverteilen zuständig ist, und für diese schwierigen Anpassungsprozesse, die die Vereine durchleben, sind sie selbst oder der Landessportbund zuständig. Das kann so nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie diese Anpassungsprozesse in der Großen Anfrage beschrieben sind, teile ich das, was der Kollege Gerling und der Kollege Pohlmann gesagt haben. Ich glaube, dass die Vereine überhaupt nicht darum herumkommen, sich diesen Anpassungsprozessen zu stellen und so eine Art Mischung zu werden aus dem alten und bewährten, traditionellen Verein mit seinem Gemeinschaftsleben, aber auch aus freien Angeboten für diejenigen, die sich nicht so intensiv an den Verein binden wollen, sondern die nur punktuell ein bestimmtes Sportangebot wahrnehmen wollen, denn, und das ist nicht zuletzt dann wieder die Frage der Finanzierung, auch diese Menschen, die sich punktuell nur für bestimmte Angebote interessieren, ohne am sozialen Vereinsleben teilzunehmen, bringen natürlich auch Geld in die Vereinskasse, womit dann auch wieder das soziale Vereinsleben gestärkt werden kann.

Sie wissen auch, dass im Prinzip nur Deutschland dieses Mitgliedswesen kennt, also dass man wirklich teilweise lebenslang Mitglied in einem Verein, in einer Organisation ist und das nicht so flexibel ist. Dass man verschiedene Angebote wahrnehmen kann, das, finde ich, kann man als Prinzip beibehalten, aber es muss ein starkes Element der Öffnung für in der heutigen Zeit gewünschte Angebote auch beinhalten. Hier sind die Vereine nur zum Teil auf einem guten Weg. Die, die sich auf diesen Weg gemacht haben, prosperieren und denen geht es gut, die, die so ein bisschen in diesem alten Modell allein verharren, haben Probleme finanzieller Art, und die müssen wir deswegen umso mehr unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(A) Zu dem Punkt der sozialen Integration: Ich fand es sehr bemerkenswert, dass hier in der Antwort noch einmal gesagt worden ist, dass für die soziale Integration, ob nun für Migranten oder für andere Gruppen, die nicht so sehr in die Gesellschaft integriert sind, der Sport eine ungeheuer große Leistung erbringt! Ich darf aber einmal mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: "Diese soziale Wirkung ist bei den meisten Vereinen kein festgeschriebenes Ziel, das heißt, es wird kein spezielles Programm angeboten. Die sozialen Funktionen werden gleichsam durch das Angebot an sportlicher Aktivität erzeugt."

Das finde ich aber sehr gut so, dass das so ist. Ich kann mich daran erinnern, als Daniel Cohn-Bendit Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt war, stammte von ihm der Spruch: "Ein Fußball kann oft sehr viel integrativer sein als ein ganzer Integrationskurs." Ich finde nach wie vor, da hat er Recht, weil die Menschen ja auch so praktisch orientiert sind, dass sie über die praktische Tätigkeit zusammenfinden und weniger über einen großen Überbau, den man darüber stülpen müsste, und über große Seminare und so weiter. Das, was hier festgehalten ist, das ist gut so, dass der Sport an sich diese integrative Wirkung hat und wir gar nicht erst zusätzlich noch einmal etwas dafür tun müssen, meine Damen und Herren.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Das heißt natürlich nicht, dass wir an bestimmten Brennpunkten nichts tun müssen. Das tut ja vor allen Dingen der Landessportbund, das wird hier auch erwähnt, mit seinem Programm "Integration für Sport ". Dort, wo der Sport allein durch das einfache Tun, durch das einfache Fußballspielen, Turnen, Leichtathletik Treiben und so weiter, diese Integration nicht schafft, haben wir ein besonderes Programm in Bremen. Schade ist nur, dass hier zwar erwähnt wird, dass dieses Programm sehr erfolgreich ist, aber nicht erwähnt wird, dass dieses Programm, das von Bund und Ländern finanziert wird, ständig und praktisch permanent finanziell gefährdet ist. Man kann nicht auf der einen Seite etwas loben. ohne es finanziell auch tatsächlich auf stabile Beine zu stellen, und gerade dieser Aspekt, den wir alle so schätzen, muss hier auch in Zukunft auf stabile Beine gestellt werden, meine Damen und Herren.

#### (Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir noch einmal erlauben, zum Schluss auf den Aspekt einzugehen, den der Kollege Pohlmann angesprochen hat, nämlich Schulturnhallen! Ich glaube, wir haben schon ein Problem mit den Schulturnhallen und den Sportvereinen. Wir kennen das Problem des Kreissportbundes mit den Listen, wo oben immer ein paar Lösungen weggenommen werden, aber unten sozusagen wie nachwachsende Rohstoffe ein paar Probleme wieder auf die Liste

kommen. In der Praxis ist es sehr problematisch für die Vereine. Nur, sehr verehrter Kollege Pohlmann, wir werden ganz sicher, nicht nur unter Umständen, noch ein viel größeres Problem bekommen, weil sehr bald in diesem Hause ein so genanntes Schulschließungskonzept auf der Tagesordnung steht.

# (Zuruf der Abg. Frau $H \ddot{o} v e l m a n n$ [SPD])

Das ist ein bildungspolitisches Thema, aber, Frau Hövelmann, das ist auch ein sportpolitisches Thema, denn wenn wir Schulen schließen und auch die Sporthallen, dann sind es in der Regel Sporthallen, die auch von den Vereinen genutzt werden. Ich finde, hierauf müssen wir einmal im Vorfeld schon sehr gründlich achten, dies nicht nur bildungspolitisch, sondern im Sinne der Antwort auf diese Anfrage auch sportpolitisch so zu diskutieren, dass die Vereine unter diesem Schulschließungskonzept nicht leiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Hövelm ann [SPD]: Wir wollen einmal keine schlafenden Hunde wecken!)

Frau Hövelmann ist sich sicher, dass es da keine Probleme gibt, ich bin mir nicht so sicher, Frau Hövelmann!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nein, ich habe gesagt, Sie sollen keine schlafenden Hunde wecken! – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind schon längst wach!)

Nein, ich muss gar keine schlafenden Hunde wecken, weil Schulschließungen in jedem Fall vor der Tür stehen, so ist der Bildungssenator hier immer verstanden worden, und weil Sie ganz genau wissen, dass die Sportvereine auf diese Turnhallen angewiesen sind. Wir hatten in der Vergangenheit ja auch schon Probleme an Standorten, wo dies dann der Fall war!

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es reicht nicht, wenn es auch verdienstvoll ist, alle diese Punkte theoretisch zu formulieren und in schöne Worte zu kleiden. Bei Haushaltsberatungen, bei konkreten Entscheidungen wie bei Schulschließungsentscheidungen und bei konkreten finanziellen Entscheidungen in den zuständigen Gremien werden wir sehr stark darauf achten, dass dies, was hier im Hause auch gemeinsame Haltung ist, jetzt tatsächlich auch in die Tat umgesetzt wird, und dann haben wir gemeinsam etwas für den Vereinssport in Bremen getan. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

(A) Staatsrat Dr. vom Bruch\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich erst einmal sagen, dass ich mich freue, weil wir unabhängig von tagespolitischer Aktualität, aber durchaus mit Bezug darauf im Rahmen dieser Debatte einige grundsätzliche Anmerkungen zum Sport in unserer Gesellschaft im Allgemeinen und in Bremen im Besonderen machen können.

Die Kernfrage ist die: Wie positioniert sich der Sport in zunehmend ökonomisierter und von finanziellen Verteilungskämpfen geprägter öffentlicher Diskussion? Wenn es richtig ist, dass insbesondere das Bedeutung hat, was auch ökonomischen Nutzen hat, ist es richtig, sich auch im Sport mit dieser Frage zu befassen. Hierzu hat die Studie, auf die sich die Große Anfrage bezieht, einen, wie ich meine, sehr wichtigen Beitrag geleistet.

Die Diskussion hat durchaus vom Mechanismus, nicht vom Inhalt her Vorbilder. In der Vergangenheit wurde die Kulturförderung vorwiegend mit kulturellen Selbstzwecken begründet. In der Gegenwart ist hingegen klar, dass Kultur als wichtiger Standort- und Imagefaktor für unser Gemeinwesen eine durchaus wichtige wirtschaftspolitische Dimension hat. Dies lässt sich auch auf den Sport übertragen, das hat die Studie gezeigt. Dies heißt nicht, dass Sport nur noch auf wirtschafts- oder finanzpolitischer Basis betrachtet werden soll, andererseits aber auch nicht ein schlichter Geldverbraucher ist.

Welche Bedeutung hat nun Sport als Wertschöpfungsfaktor? Dies kann hier nur in Stichworten wiedergegeben werden. Herr Abgeordneter Gerling hat es im Einzelnen ausgeführt. Die Studie macht deutlich, dass über 112 Millionen Euro Wertschöpfung durch Ausgaben des Vereinssports entstehen. Er hat außerdem deutlich gemacht, dass ein Arbeitsaufwand bewältigt wird, dem über 2000 Arbeitsplätze in Bremen entsprechen würden.

(Abg. Günthner [SPD]: Herr Pohlmann aber auch!)

Ja, Herr Pohlmann auch!

Zu diesen direkt quantifizierbaren Größenordnungen kommen nicht mehr monetär bewertbare Nutzen, die insbesondere im Bereich präventiver, gesundheitspolitischer und sozial integrativer Beiträge des Vereinssports liegen und nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Konkret: Sport ist aktive Gesundheitspolitik, indem Krankheiten vorgebeugt wird, ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Prävention vor Gewalt und Kriminalität. Dies ist natürlich zunächst von gesellschaftlicher und sozialer Bedeutung, trägt schlussendlich volkswirtschaftlich gesehen aber auch zur Vermeidung von Kosten bei.

Schließlich ist auch der Imagegewinn nicht zu unterschätzen. Nicht nur, aber auch Werder Bremen hat

Lassen Sie mich aber auch die Kehrseite der Medaille einer solchen Betrachtung benennen: Wenn wir hier selbstbewusst den wirtschaftlichen Nutzen des Vereinssports herausstellen, wird auch deutlich, dass damit das Bild der Vereine selbst verändert wird. Sie sind nicht nur eine gesellschaftliche Organisationsform für sportpolitische Veranstaltungen und Angebote, sondern werden zunehmend auch wirtschaftliche Subjekte, Objekte des Markts selbst. Das wiederum heißt, dass sie Prinzipien wie Angebot und Nachfrage, Konkurrenz miteinander und gegenüber gewerblichen Anbietern und Nachfrage und kundenorientiertes Verhalten bei der Angebotsgestaltung offensiv und gestalterisch annehmen müssen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass die Studie demgegenüber aber auch klar zum Ausdruck bringt, dass sich die Grundpfeiler sportlicher Organisationsformen sehr bewährt haben. Dies ist insbesondere die Organisation des Sports in Vereinen auf ehrenamtlicher Basis, eingebunden in Verbände und gleichsam umrahmt von öffentlicher Förderung und gesetzlicher Rahmensetzung. Diese Grundpfeiler gilt es nicht in Frage zu stellen, sondern zu stärken, weiterzuentwickeln und auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Auch eine ökonomische Diskussion stellt dies nicht in Frage, sondern öffnet hier nur den Blick für eine weitere Dimension und ist somit ein wichtiger Beitrag für ihre zukunftsbezogene Diskussion.

Welchen Arbeitsfeldern müssen wir uns unter einem solchen Blickwinkel stellen? Der Sport wird nicht durch den Staat organisiert beziehungsweise veranstaltet. Die öffentliche Hand setzt mit ihren finanziellen Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung aber wichtige Akzente. Hierbei ist klar, dass vor dem Hintergrund der finanziellen Situation unseres Bundeslandes auch im Sport Einschnitte unabweisbar sein werden. Wichtiger aber noch als die Höhe der Förderungsbeiträge ist ihre Transparenz, Verlässlichkeit und Planbarkeit. Der Sport hat in seiner ganzen Tradition bewiesen, dass er Selbstorganisation und Eigenverantwortung zur Grundlage seiner Arbeit gemacht hat. Dabei müssen wir ihn unterstützen und bewährte Strukturen erhalten und weiterentwickeln.

Stütze des Vereinssports, das belegt auch die Studie, wird auch weiterhin und zukünftig das Ehrenamt bleiben. Diesem dürfen wir nicht nur dann, wenn wir haushaltspolitisch wieder einmal in Schwierigkeiten sind, unsere besondere Wertschätzung ausdrücken, sondern es muss als ein Kerngedanke einer Bürgergesellschaft Anerkennung und Unterstützung finden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(D)

Bremen bundesweit sportpolitisch in den Mittelpunkt rücken lassen. Auch die kleinen Vereine und ihre Aktiven sind wichtige Botschafter Bremens und Sympathieträger unseres Gemeinwesens.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Gerade der Staat, der alles kann und will, ist auf Engagement seiner Bürger angewiesen. Diesen ideellen Kern des Ehrenamtes dürfen wir nicht aushöhlen, sondern müssen ihn mit einer ebenso wichtigen und neuen Forderung nach Professionalisierung, zum Beispiel auch im Vereinsmanagement, verbinden. Nur so können Vereinsstrukturen gestrafft, verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vereinen untereinander, aber auch zum Beispiel zu gewerblichen Anbietern von Sport und zu Krankenkassen organisiert werden oder auch eine höhere und zusätzliche Qualifizierung der in den Vereinen Tätigen erreicht werden.

Angemerkt werden muss, dass dazu auch angemessene rechtliche Rahmenbedingungen gehören. Sie müssen einfach, klar und handhabbar sein oder werden. Vereinsvorstände dürfen nicht in der Gefahr leben, sich im Geflecht von Haftungs-, Steueroder Arbeitsrecht so zu verstricken, dass ihre Risiken fast unüberschaubar und ihre Positionen von vornherein unattraktiv werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine solche Diskussion wie die heutige ist mit der Vorlage der Studie und der Antwort des Senats auf die Große Anfrage natürlich nicht beendet, ganz im Gegenteil. Wenn wir die ökonomische Dimension des Sports betrachten, verbinden wir damit den Dank an diejenigen in den Vereinen und Verbänden, die sich diesen zusätzlichen und zum Teil neuen Herausforderungen stellen. Wir müssen herausstellen, dass sie nicht Objekte oder gar Opfer marktwirtschaftlicher Mechanismen sind, sondern dass sie sich aktiv agierend Chancen erarbeiten können, die wir initiativ ergreifen und anpacken müssen. Dabei werden wir ihnen, und das haben mehrere Redner auch im Vorgriff schon betont, jede Unterstützung zukommen lassen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

(B)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/404, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

#### Gesetz über die Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 17. August 2004 (Drucksache 16/369) 1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Wedler.

Abg. Wedler (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass wir hier heute in der ersten Lesung eines Gesetzentwurfes auch diskutieren wollen und sollen. Das war ursprünglich so nicht vorgesehen. Mein Verständnis einer Gesetzesberatung ist eigentlich, dass wir bei ersten Lesungen diskutieren und dass wir in der Zwischenzeit bis zur zweiten Lesung über die Argumente, die gefallen sind, nachdenken und wie dann bei der zweiten Lesung mit zwischenzeitlicher Ausschussberatung vielleicht ohne Debatte auskommen. Deswegen habe ich darauf beharrt, dass wir heute debattieren und ich dann auch von meinem Rederecht in dem Zusammenhang Gebrauch mache.

Ich gehöre nicht dem Rechtsausschuss an, das ist ein weiteres Argument in diesem Zusammenhang, denn die Diskussionen, die hinter dieser Gesetzesvorlage stehen, habe ich nicht mitverfolgen können. Auch aus diesem Grund habe ich natürlich ein Bedürfnis, dass wir hier darüber diskutieren. Ich möchte einige Anmerkungen zu dem Gesetzesvorschlag machen, und ich möchte zugleich auch einige Anmerkungen und Bemerkungen zur Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit ganz allgemein machen.

Mit dem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Bundesland Bremen soll das eigenständige Arbeitsgericht in Bremerhaven aufgehoben werden. Stattdessen soll es eine bis mehrere auswärtige Kammern des neu strukturierten Arbeitsgerichts Bremen/Bremerhaven geben, die ihren Sitz in Bremerhaven haben sollen. Im Ergebnis bedeutet das, dass nicht nur eine Präsidialabteilung, sprich Leitungsebene, eingespart wird, zufälligerweise einmal wieder, muss ich leider sagen, in Bremerhaven. Es bedeutet auch, dass es nach Bremerhaven abgeordnete Richter geben kann.

Ich habe nichts gegen die Abordnung von bremischen Beamten und Richtern nach Bremerhaven, ganz im Gegenteil. Ich habe auch nichts gegen die Neustrukturierung von Verwaltungen und Gerichten, ich habe aber etwas dagegen, dass solche Entscheidungen ohne sichtbares Gesamtkonzept und ohne Rücksichtnahme auf die besonderen Strukturprobleme in unserem Bundesland getroffen werden. Allein ressortbezogene Gesichtspunkte spielen in diesem Fall offensichtlich eine Rolle.

Es ist im Übrigen auch nicht das erste Mal. Allein in dem einen Jahr, in dem ich hier tätig bin, hatten wir es schon mit mehreren Fällen dieser Art zu tun. Mit der Justizvollzugsanstalt ging es in Bremerhaven los, mit dem Hafengesundheitsamt und der Gewerbeaufsicht ging es weiter, jetzt ist das Arbeitsgericht an der Reihe. Veterinäramt, Eichamt sowie die Wasserschutzpolizei sind ebenfalls im Spiel. Wir können den Katalog möglicherweise auch bald fort-

(A) setzen, denn wenn wir im November in der nächsten Sitzung debattieren, können wir vielleicht noch andere Behörden nennen, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Nichts gegen das Sparen, aber dieses eng ressortbezogene, konzeptionslose und, wie ich finde, bremerhavenlastige Sparen ist von Übel. Besser als mit solchen Entscheidungen können dieser Senat und diese Koalition ihr angebliches Engagement für Bremerhaven nicht dokumentieren. Als Bremerhavener glaube ich schon lange nicht mehr an Zufall und an Unbedachtsamkeit, das ist, muss ich leider feststellen, System, System zu Lasten Bremerhavens.

Das liegt im Übrigen auf der gleichen Linie wie die ständigen Ausflüchte, wenn es um die Hoheitsfrage bei den stadtbremischen Hafengebieten in Bremerhaven geht. Das werden wir nachher sicherlich auch noch einmal thematisieren, aber das hängt alles offensichtlich zusammen. Das ganze Gerede von der besonderen Fürsorge und Stärkung Bremerhavens entlarvt sich hier als heiße Luft.

Sie wissen, dass für uns als FDP das Sparen einen großen Stellenwert hat. Mit Ihrem Vorschlag zur Aufhebung des eigenständigen Arbeitsgerichts Bremerhaven leisten Sie zugegebenermaßen einen Sparbeitrag. Er könnte aber, und das sage ich in Richtung Justizsenator und Finanzsenator, die beide jetzt nicht hier sind, noch viel größer sein, dann nämlich, wenn die Arbeitsgerichte als Fachgerichte bei den ordentlichen Gerichten angesiedelt würden, dann würde man nämlich drei Präsidialabteilungen einsparen, eine in Bremen, eine in Bremerhaven und zusätzlich auch noch beim Landesarbeitsgericht. Man könnte viel besser mit den Arbeitsmengen bei den betroffenen Gerichtszweigen umgehen. Es gibt heute, im Jahre 2004, nach meiner Auffassung keinen Grund mehr für eine eigenständige Arbeitsgerichtsbarkeit, das hat sich, für mein Verständnis, längst überholt.

Der Bundesrat hat vor wenigen Tagen einstimmig, also auch mit den Stimmen Bremens, zwei Gesetzentwürfe beschlossen, mit denen die Organisationsstrukturen im Bereich der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit grundlegend geändert werden sollen. Darin ist vorgesehen, den Ländern die Möglichkeit einzuräumen, die Gerichte der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit zu einer einheitlichen Fachgerichtsbarkeit zusammenzulegen. Nun ist der Bundestag am Zug, und ich hoffe, dass dort die beiden Gesetzentwürfe des Bundesrates zur Zusammenfassung der drei Fachgerichte eine Mehrheit finden werden. Dann kann die bremische Gesetzgebung dazu stattfinden.

Wie ich der Presse entnommen habe, will der Senat diesen Weg gehen, das heißt, die drei Gerichte zu einer einheitlichen Gerichtsbarkeit zusammenfassen, und das, finde ich, ist ein richtiger Weg, der hoffentlich auch bald möglich wird, wenn der Bundesgesetzgeber entschieden hat.

Leider hat der Bundesrat sich nicht mit dem Vorschlag anfreunden können, die Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit zu integrieren, das heißt, die beiden Gesetzentwürfe entsprechend zu erweitern. Wir von der FDP bedauern dies, weil wir schon lange der Auffassung sind, dass die Arbeitsgerichte zur Justiz und zur ordentlichen Gerichtsbarkeit gehören. Die gleichen Argumente, die man für die Zusammenlegung der drei genannten Fachgerichte ins Feld führt oder führen kann, gelten nach meiner Auffassung auch für die Integration der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit: Man kann die Arbeitslast besser steuern, man kann Kosten sparen, und man kann Synergieeffekte erzielen. Das würde auch unserem kleinen Bundesland Bremen sehr gut tun. Man könnte damit auch, glaube ich, das Problem der ungleichen Verteilung von Behörden im Bundesland Bremen, an dieser Stelle zumindest, vielleicht nicht beseitigen, aber zumindest entspannen.

Auch vor dem Hintergrund des immer enger werdenden Europas ist es sinnvoll, die verschiedenen parallel laufenden Gerichtsbarkeiten enger zusammenzufassen. Ein Blick nach Europa zeigt nämlich, dass unsere derzeitige gerichtliche Vielgestaltigkeit nicht mehr zeitgemäß ist und dringend der Anpassung bedarf.

In der Vorbereitung auf diese Debatte hatte ich einen eigenen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Lande Bremen mit unserem Zusammenfassungsgedanken vorbereitet. Nachdem der Bundesrat sich aber auf die Seite derjenigen geschlagen hat, die der Auffassung sind, dass das Grundgesetz für die Zusammenfassung von Gerichtsbarkeiten geändert werden muss, verzichte ich auf die Einbringung meines Antrags. Stattdessen habe ich den Antrag gestellt, der Ihnen allen vorliegt und den wir nach den Absprachen im Vorfeld heute nicht weiter debattieren, sondern in der nächsten Sitzung behandeln werden.

Dem Gesetzentwurf des Senats werde ich aufgrund der verfassungsrechtlichen Festlegung des Bundesrates jetzt zwar zustimmen, ich halte die darin gefundene Lösung zur Zusammenfassung der beiden Arbeitsgerichte allerdings nicht für optimal, auch nicht unter regionalpolitischen Gesichtspunkten. Das Thema Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit bleibt auf der Tagesordnung, und deswegen betrachte ich diesen Gesetzentwurf, über den wir heute beraten, auch nur als Zwischenstation für eine nachfolgende, weitergehende Lösung die diesen Zusammenfassungsgedanken vielleicht mit beinhaltet. Damit möchte ich schließen und mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

(C)

(A) Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wedler, ich bin schon sehr überrascht, gestern ziehen Sie Ihren Dringlichkeitsantrag zurück, und heute nutzen Sie die Debatte, um inhaltlich über diesen Dringlichkeitsantrag zu reden, über die Zusammenlegung beziehungsweise die Öffnungsklausel, die im Bundesrat verhandelt wurde, also, das finde ich schon reichlich seltsam. Ich denke, heute geht es um eine ganz andere Geschichte. Ich bin darüber wirklich sehr verwundert.

Dann haben Sie die Debatte dazu benutzt, über die vielen Verlagerungen von Ämtern nach Bremen und Bremerhaven, die Aufteilung zu reden. Sie wissen, auch ich bin als Bremerhavenerin sehr darüber verärgert, insbesondere über das Gewerbeaufsichtsamt, aber ich denke, das Thema heute ist nicht dazu geeignet, um darüber zu diskutieren. Diese Verlagerung von Ämtern muss man jetzt einmal näher beleuchten, gerade in dieser Situation, über die wir heute reden.

Heute geht es um die Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Bremen und Bremerhaven. Worum geht es? Wir haben zwei Arbeitsgerichte mit unterschiedlicher Auslastung. In Bremerhaven sind nicht so viele Klagen eingereicht worden wie in Bremen, von daher ist die Arbeitsbelastung unterschiedlich. In Bremerhaven haben wir nur eineinhalb Richterstellen. Dazu kommt, dass seit dem 31. Mai 2003 im Rahmen der Altersteilzeit der Direktor des Arbeitsgerichts in Bremerhaven freigestellt worden ist, und dankenswerterweise übernimmt der Direktor des Arbeitsgerichtes in Bremen diese Aufgabe.

(B)

Wie Sie wohl wissen, ist es nicht üblich, dass man Richter von einem Gericht zum anderen einfach abordnen kann. Innerhalb eines Gerichts ist so etwas möglich, aber nicht von einem Gericht zum anderen. Wir brauchen die Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Land Bremen, um die Arbeit effektiver auf beide Gerichte zu verteilen. Das finde ich auch sinnvoll, gerade wenn solche Engpässe beispielsweise durch Elternzeit entstehen, und das finde ich einfach auch vernünftig.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mich hat schon ein bisschen geärgert, dass Sie die Debatte hier benutzen, um zu sagen, die Ämter müssen gerechter aufgeteilt werden. Sie tauchen hier sozusagen als Robin Hood von Bremerhaven auf, um dieses Thema dazu zu nutzen.

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen, weil wir ihn für sinnvoll halten. Wie gesagt, es handelt sich um einen Ausgleich der Arbeitsbelastung zwischen den Ämtern, und das finde ich auch richtig. Diese Gesetzesgrundlage brauchen wir, um die Arbeit auch gerecht zu verteilen. Deshalb finde ich es

auch sinnvoll, wenn man das so macht, um effektiver arbeiten zu können. – Vielen Dank!

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. Grotheer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast möchte ich im Anschluss an meine Vorrednerin sagen, lieber Kollege Robin Hood aus Bremerhaven, die SPD-Fraktion hat sich gerade vor 14 Tagen auf einer Sitzung in Bremerhaven mit den Strukturproblemen in dieser Stadt besonders beschäftigt und hat Vorschläge gemacht, wie man einen gerechten Anteil an den Führungspositionen der wichtigen öffentlichen Einrichtungen auch für Bremerhaven sichern kann. Die Überlegung, die Vorschläge zu überprüfen, ob man im Rahmen der Neuordnung etwa das Statistische Landesamt oder das Landesamt für Verfassungsschutz nach Bremerhaven verlegen könnte, ist ja Ausfluss dieser Gedanken. Das, was Sie hier zum Arbeitsgericht ausgeführt haben, Herr Wedler, liegt völlig neben der Spur. Das passt überhaupt nicht zu diesem Thema.

#### (Beifall bei der SPD)

Die Arbeitsgerichte haben eine ganz wichtige gesellschaftliche Funktion, und wir denken gar nicht daran, hier eine Umorganisation zu Lasten Bremerhavens durchzuführen. Die Arbeitsgerichte sind bekanntermaßen zuständig für bürgerlichrechtliche Streitigkeiten zwischen den Tarifvertragsparteien, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, über Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Betriebsverfassungsgesetz anfallen, und für viele andere wichtige Dinge mehr. Wir wollen die Funktionsfähigkeit dieser Gerichtsbarkeit auch für Bremerhaven selbstverständlich sicherstellen. Sie sehen schon an dieser Aufzählung, wie wichtig die Arbeitsgerichte sind. Übrigens betreffen 60 Prozent aller Verfahren vor den Arbeitsgerichten Kündigungsschutzverfahren.

Nun ist es so, dass die Anzahl der Verfahren im Land Bremen sehr ungleichmäßig verteilt ist, Frau Hoch hat es erwähnt. In Bremen sind es pro Jahr etwas über 5000 Eingänge, und zwar relativ gleichmäßig über die Jahre verteilt. In Bremerhaven gibt es sehr starke Schwankungen zwischen den einzelnen Geschäftsjahren, und deshalb hatten wir in Bremerhaven Probleme, das Gericht zeitweise richtig auszulasten, zum Teil gab es auch Personalmangel im Richterbereich. Die Personaldecke bei den Arbeitsgerichten im Land Bremen reichte insgesamt übrigens gerade aus, die anfallenden Verfahren zu erledigen.

Nun stellt sich die Frage, wie man diese Probleme löst. Die Lösung ist ganz schlicht und verblüffend einfach, nämlich dass die beiden Arbeitsgerichte Bremerhaven und Bremen zu einem Gericht zu-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) sammengefasst werden. Dann muss man nämlich nicht bei schwankenden Eingangszahlen Richter versetzen oder abordnen, sondern dann ist es eine Einrichtung, die intern entscheidet, wie sie ihre Arbeit organisiert.

> Künftig wird es so sein, dass es eine oder mehrere Kammern, je nachdem, wie es notwendig ist, des Arbeitsgerichts Bremen/Bremerhaven in Bremerhaven geben wird. Es wird in Bremerhaven auch eine Rechtsantragsstelle geben, und dies ist die beste Lösung, die man sich auch für Bremerhaven überhaupt vorstellen kann. Sie wissen bestimmt, Herr Wedler, dass es ja auch für andere Gerichtsbarkeiten besondere Vorkehrungen für die Arbeit in Bremerhaven gibt. Das Landgericht Bremen hat eine auswärtige Kammer, die zwar hier in Bremen sitzt, aber Sitzungen in Bremerhaven durchführt. Das ist auch eine gute Lösung. Es gibt eine auswärtige Strafkammer des Landgerichts in Bremerhaven, und auch die anderen Gerichte, also das Verwaltungs- und das Sozialgericht, halten Sitzungstage in Bremerhaven ab.

> Es ist eben nicht möglich, dass in einem Bundesland wie Bremen alle Einrichtungen gleichermaßen in Bremen und Bremerhaven bestehen. Da muss man günstige und effektive Lösungen finden, und das ist hier der Fall. Deshalb ist es ein guter Gesetzesvorschlag, der hier aus dem Haus des Justizsenators auf den Tisch gekommen ist.

Ich möchte noch Folgendes erwähnen, um deutlich zu machen, dass wir uns sehr wohl auch in der Justizpolitik um Bremerhaven ganz besonders kümmern. Wir haben ja in Bremen diese schöne neue Einrichtung des Justizzentrums, in dem die Fachgerichte zusammengefasst werden und zusammengefasst worden sind, das wird noch weiter ausgebaut. Auch für Bremerhaven sind wir nicht untätig, sondern wir sorgen dafür, dass in Bremerhaven das alte Rathaus in Lehe zu einem kleinen Justizzentrum ausgebaut wird, in dem dann auch die auswärtige Kammer des Arbeitsgerichts Bremen/Bremerhaven in einer besseren und attraktiveren Lage ihre Arbeit tun wird. Wir tun dort etwas, was dem Wunsch der Stadt Bremerhaven entspricht und was auch gut für die Prozessparteien ist, die dieses Gericht in Anspruch nehmen. Ich glaube, dass dies eine gute Lösung ist, die wir hier für Bremerhaven finden, und ebenso eine gute Nutzung für das vorhandene Gebäude und für das Gericht.

Das, was Sie hier angesprochen haben, nämlich die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit, ist ein ganz anderes Thema, das mit unseren bremischen Problemen zunächst einmal nichts zu tun hat, denn es ist ja eine Entscheidung, die auf Bundesebene getroffen werden müsste. Sie wissen, dass die Mehrheit der Bundesländer die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit ablehnt, und ich meine auch, dass das so richtig ist. Es mag sein, dass aus Sicht der FDP die Arbeitsgerichte vielleicht über-

flüssig sind. Es mag auch sein, dass Sie vielleicht sogar das ganze Arbeitsrecht für überflüssig halten, weil es sich ja weitestgehend auch um Schutzrechte für Arbeitnehmer handelt. Wir sehen das aber ganz anders.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch überhaupt keinen Grund, eine solche Lösung auf Bremen bezogen ins Auge zu fassen. Wir haben in Bremen ein Amtsgericht, an dem etwa 50 Richter tätig sind. Es gibt ein Amtsgericht in Bremerhaven, das eine sehr effektive Größe hat, wir haben dort acht bis neun Richter im Einsatz, es gibt ein sehr effektiv arbeitendes Amtsgericht in Bremen-Blumenthal mit auch etwa acht Richtern. Diese Größe von Amtsgerichten ist arbeitsfähig, und die bremischen Ergebnisse lassen sich im Bundesvergleich immer sehen. Welchen Sinn macht es dann, das Arbeitsgericht Bremen/Bremerhaven, das auch acht Richter umfasst, in das Amtsgericht in Bremen zu integrieren? Das hat überhaupt keine Effektivitätsgewinne und sonstigen Vorteile.

Diese beiden Themen miteinander zu verbinden, halte ich nur – dass muss ich an dieser Stelle so sagen, Herr Wedler – für Schaumschlägerei! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt haben wir schon relativ lange über eine Sache gesprochen, die eigentlich in diesem Hause gar nicht streitig ist, und ich glaube nicht, dass es dem Parlamentarismus dient, lange Debatten über Punkte zu führen, über die zwischen allen Fraktionen Einigkeit herrscht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herr Wedler, Sie haben selbst zum Abschluss Ihrer Rede gesagt, dass Sie dem Gesetzentwurf in der ersten Lesung zustimmen werden. Insofern sollten Sie sich auch selbst fragen, ob Sie sich in diesem Hause beliebt machen, wobei ich nicht weiß, ob es erstrebenswert ist, sich in diesem Hause beliebt zu machen, aber Sie haben auch keine guten Chancen dafür.

Ich weiß auch nicht, ob es so erstrebenswert ist, eine Debatte über einen Punkt anzustrengen, über den Einigkeit herrscht, und hier vorzugaukeln, dass Bremerhaven etwas weggenommen wird. Genau dies ist nicht der Fall! Bremerhaven wird nichts weggenommen! Die Arbeitsgerichtsbarkeit bleibt in Bremerhaven bestehen. Die Bürger haben genauso wei-

(C)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) terhin die Möglichkeit, in Bremerhaven ihre Klagen einzureichen und ihre Prozesse zu führen. Sie müssen deswegen nicht nach Bremen fahren und sich auch nicht mit anderen Richtern auseinander setzen, außer dass eben ständig ein Wechsel im Gericht stattfinden kann, und das, denke ich, gehört nun einmal zur normalen Gerichtsbarkeit.

Es wird Flexibilität erreicht, und es ist kostengünstiger, und ich glaube, dass wir das in der heutigen Situation, in der sich das Land Bremen befindet, eben auch berücksichtigen müssen und dann nicht aus reiner – ich finde jetzt kein nett umschreibendes Wort dafür – Egomanie hier eine Debatte anzustrengen, die wirklich zu nichts führen wird. Ich glaube, wir sollten uns wirklich in der Sache auseinander setzen, und da gibt es viele Punkte im Justizbereich, die sehr wohl streitig sind, und es gibt auch sehr viele Punkte, die man aus Bremerhavener Sicht mehr in den Vordergrund rücken kann.

Herr Kollege Grotheer hat das Justizzentrum in Bremerhaven angesprochen. Das, finde ich, ist ein wichtiger Punkt, damit Bremerhaven mit seiner Gerichtsbarkeit in den Vordergrund kommen kann, und es ist eine wichtige Initiative für Bremerhaven, dort weiter voranzukommen. Die Beschlüsse sind hierzu im Senat und auch in der Bürgerschaft entsprechend gefasst worden. Ich glaube, es ist da viel wichtiger, dass wir unsere Kraft gemeinsam darauf richten, wirklich etwas für Bremerhaven zu tun, was Bremerhaven auch nützt, und nicht an Punkten, wo es Bremerhaven eigentlich nichts bringen wird, weil sich an dem Zustand nichts ändert.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(B)

In Ihrer Rede haben Sie auch deutlich gemacht, dass es Ihnen im Prinzip gar nicht um diesen Punkt ging, sondern Sie wollten Ihren Antrag hier begründen, den Sie zu spät eingereicht haben und der deshalb nicht mehr auf der Tagesordnung der regulären Sitzung der Bürgerschaft steht. Deshalb war auch der Schwerpunkt Ihres Beitrags darauf gerichtet, inwieweit die Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit eingegliedert werden kann.

Herr Wedler, ich finde, man sollte niemals Debatten auf einem fundierten Halbwissen führen. Ich finde, dass das zu relativ wenig führt. Man kann sich in der Sache mit Themen auseinander setzen, und man kann sich in der Sache auch mit der Initiative, die im Bundesrat gelaufen ist, auseinander setzen, aber mir nichts dir nichts innerhalb von ein paar Tagen einen Antrag einzureichen, der eine Grundgesetzänderung nötig macht, zu der eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig ist, und den einmal hier schlankweg abstimmen und debattieren zu lassen, ist, wie ich finde, der Sache nicht angemessen und dient auch nicht dem Parlamentarismus in der Bremischen Bürgerschaft. Ich finde, Sie sollten die Debatten wirklich etwas fundierter mit etwas mehr Wissen führen.

Wir werden uns im Rechtsausschuss sicherlich mit dieser Thematik noch weiter auseinander setzen. Wir haben das Thema bereits erörtert, das die Zusammenlegung von Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten anbetrifft, und die Debatte ist sehr eingehend geführt worden und wird auch noch weiter im Rechtsausschuss geführt. Darüber hinaus kann man über Sachen streiten, aber ich finde, nicht auf dieser Basis.

Ich finde, dass es sich auch nicht gehört, das in dieser Art und Weise zu tun. Sie selbst betonen ja immer Ihre Rechte. Sie betonen, dass Sie sich als Abgeordneter, und das ist auch vollkommen verständlich, hier nicht mit Anträgen auseinander setzen können, die Sie erst einen Tag vor den Debatten bekommen haben. es ist Ihr gutes Recht, hier anzuführen, dass Sie längere Vorbereitungszeiten brauchen. Aber ich finde, genauso sollten Sie dieses Parlament nicht dazu missbrauchen, eine Rede zu diesem Tagesordnungspunkt zu halten, die mit diesem Tagesordnungspunkt im Prinzip nichts zu tun hat, weil Ihr Debattenpunkt heute nicht mehr an die Reihe kommt. Ich finde, das gehört auch nicht zum Parlamentarismus.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Insoweit sollten Sie sich da auch ab und zu einmal an die eigene Nase fassen.

Wenn wir dieses Thema im Rechtsausschuss diskutieren werden, und da wird es sicherlich auch hingehören und diskutiert werden können, sind Sie natürlich herzlich eingeladen, sich an dieser Debatte zu beteiligen und sie auch dort zu führen, aber dann, wie schon gesagt, in einem ordnungsgemäßen Verfahren, so wie es sich gehört.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Wedler.

Abg. Wedler (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Punkten, die mir gegenüber hier so vorwurfsvoll vorgetragen worden sind, Bemerkungen machen. Die Verknüpfung der beiden Tagesordnungspunkte, erste Lesung dieses Gesetzesvorhabens und mein Dringlichkeitsantrag zu der, wie ich fand, gleichen Thematik, habe ich ja nicht vorgeschlagen, weil ich die Argumentation, die Sie vorgetragen haben, dass Sie sich gründlicher vorbereiten wollen und auch müssen, eingesehen habe. Deshalb habe ich ja gestern Morgen diesen Verbindungsantrag gar nicht gestellt. Insofern geht dieser Vorwurf, den Sie mir da machen, an der Sache vorbei

Die Dringlichkeit für meinen Antrag bestand deswegen, weil sein Thema Gegenstand der ordentlichen Debatte, also der ersten Lesung dieses Gesetz-

(A) entwurfes war. Das ist ja auch nichts Ungewöhnliches in diesem Hause, das machen andere Fraktionen genauso. Insofern, denke ich, war das legitim. Wie gesagt, ich habe mich der Argumentation, dass man diese Themen, schwierige Themen, zugegeben, auseinander ziehen sollte, ja nicht verschlossen. Wir befinden uns in der ersten Lesung, und da muss es legitim sein, dass man auch debattiert. So verstehe ich jedenfalls Gesetzesberatungen.

> (Abg. Knäpper [CDU]: Aber zum Thema!)

Deswegen habe ich das ja auch hier gemacht.

Insofern bin ich natürlich etwas irritiert, wenn jetzt kritisiert wird, dass ich hier die Debatte verlängere oder mich unparlamentarisch verhalte. Ich bilde mir ein, mich sehr parlamentarisch verhalten zu haben, indem ich eben diese Trennung akzeptiert habe und indem ich auch versuche, hier etwas bei der ersten Lesung zu sagen. Bei der zweiten Lesung kann das durchaus anders aussehen, dass man dann tatsächlich ohne Debatte, weil zwischenzeitlich alles geklärt ist, dieses Thema weiter diskutieren kann.

Den Vorwurf der reinen Egomanie möchte ich zurückweisen. Ich will das nicht bewerten, aber dieser Vorwurf ist falsch. Das hat mit Egomanie gar nichts zu tun. Es ist schlicht und einfach meine Überlegung, dass man, wenn man ein Gesetz in erster Lesung debattiert, dann auch debattiert und es nicht einfach ohne Debatte durchwinkt und bei der zweiten Lesung vielleicht das Gleiche macht und dann ein Gesetz ohne Debatte über die Bühne geht. Das kann nicht richtig sein!

> (Abg. Focke [CDU]: Kann durchaus sein!)

Wenn "Robin Hood von Bremerhaven" ein Vorwurf gewesen sein soll, dann verstehe ich diese Bezeichnung nicht. Wenn er ein Kompliment gewesen ist, dann nehme ich ihn gern entgegen. Ich bin Landtagsabgeordneter aus Bremerhaven, insofern bin ich dem Land insgesamt verpflichtet und fühle mich dann natürlich auch entsprechend hier in meinem Engagement bestärkt. "Robin Hood" kann ich als Kompliment entgegennehmen, aber nicht als Vorwurf.

Ich komme noch einmal zu dem Justizzentrum und zu den anderen Punkten! Sie wissen, dass der Oberbürgermeister von Bremerhaven andere Vorstellungen öffentlich geäußert hat, die die Arbeitsgerichtsbarkeit angehen. Er hat nämlich die andere Überlegung gehabt, die Gerichtsbezirke über die Landesgrenze hinaus auszudehnen, um zu größerer Auslastung zu kommen.

Das ist ein anderer Vorschlag, der nicht auf der Linie dessen liegt, was ich Ihnen hier vorgetragen habe. Ich möchte innerhalb des Landes bleiben und

habe überlegt, wie ich die schwankenden oder zu geringen Fallzahlen besser ausgleichen kann. Dann gibt es eben den Gedanken, Arbeitsgerichte als Fachgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit zu integrieren. Das ist auch kein neuer Gedanke, denn er wird bei uns schon lange diskutiert, und deswegen habe ich ihn aufgenommen und hier entsprechend vorgetragen.

Ich und meine Partei, um den Vorwurf von Herrn Grotheer aufzunehmen, haben überhaupt nichts gegen die Arbeitsgerichte. Es geht auch nicht um die Abschaffung oder das Überflüssigmachen der Arbeitsgerichte. Das ist ein falscher Vorwurf, der an der Sache vorbeigeht, sondern mein oder unser Gedanke ist ja, die Arbeitsgerichte als Fachgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit zu integrieren, also die Arbeitsgerichtsbarkeit der Justiz zuzuordnen und sie in die ordentliche Gerichtsbarkeit zu integrieren. Das sind die Grundgedanken. Das ist das Gegenteil von dem, was Abschaffung oder Überflüssigmachen oder so etwas anbetrifft. Insofern möchte ich diesen Vorwurf nicht gelten lassen.

Das ist eine ernsthafte Debatte, das will ich gern zugestehen, und das ist auch streitig in der Diskussion in meiner Partei. Nur hier in Bremen haben wir uns mehrheitlich auf diesen Tenor festgelegt. Das möchte ich hier zur Erwiderung sagen. – Vielen Dank!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Land Bremen, Drucksachen-Nummer 16/369, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

#### Entwicklung der BLG Logistics Group

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 12. Juli 2004 (Drucksache 16/357)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 24. August 2004

(Drucksache 16/377)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Gloystein.

(D)

(A) Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Bürgermeister, ich frage Sie: Möchten Sie die Antwort mündlich wiederholen?

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Wenn ich darauf verzichten kann, gern!)

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen.

Das Wort erhält der Abgeordnete Bödeker.

Abg. Bödeker (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Die Anfrage "Entwicklung der BLG Logistics Group" der CDU-Fraktion ist, glaube ich, eine Anfrage, die auch in der Diskussion, die gerade entsteht, zur richtigen Zeit kommt, nämlich in der Diskussion zwischen Bremen und Bremerhaven, wie der Kollege Wedler es gerade wieder angesprochen hat. Hier zeigt es sich, dass die große Koalition in Bremen vernünftige Entscheidungen getroffen hat, vernünftige Entscheidungen für Bremen, aber auch wichtige Entscheidungen für Bremerhaven. Ich denke, das zeigt die gute Zusammenarbeit. Insofern ist der Streit, der hier immer wieder angeführt wird, eigentlich keiner. Es geht nur gemeinsam, und gerade die Antwort auf diese Anfrage zeigt das deutlich auf.

#### (Beifall bei der CDU)

(B)

Die große Koalition ist hier auf dem richtigen Weg. Die Schwierigkeiten der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft bis 1997, wir erinnern uns, mit sinkenden Umschlagszahlen, mit großen Verlusten, sind zurückgefahren worden. Es ist eine Umstrukturierung geschehen, die vernünftig und auch für jeden sichtbar ist. Ich glaube, wenn man über die Umstrukturierung zur BLG Logistics Group redet, dann muss man zwei Namen erwähnen, das sind Hartmut Perschau und Josef Hattig, die beide federführend in diesem Bereich tätig gewesen sind und die die Strukturen in diesem Bereich geändert haben, so dass die Gesellschaften zukunftsfähig geworden sind.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass der neue Hafensenator Peter Gloystein diesen Weg weiter vorantreiben wird. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass wir auf diesem Weg noch weiterhin viel verändern, um die Häfen zukunftsfähig zu gestalten. Die Bremer Häfen haben 2003 deutlich zugelegt, und in der reinen Statistik der Seegüter haben wir die 50-Millionen-Tonnen-Grenze erreicht. Auf die BLG Logistics Group entfallen 36 Millionen Tonnen, das sind in etwa 74 Pro-

zent. Das zeigt die große Bedeutung dieser Unternehmensgruppe.

Die Frage nach der Umschlagszahl ist auch die nach dem Hauptgeschäft Container, und da gibt es natürlich die Frage nach der Lokoquote. Die Antwort auf die Anfrage zeigt eindeutig: im Bereich von Stückgut eine sehr gute Quote, im Bereich von Containern eine schwache Quote. Da ist es, wo wir ansetzen müssen, da ist es, wo wir Handlungsbedarf haben, und ich glaube, da müssen wir weiter vorankommen, denn es ist wichtig, wenn Container, die in Bremerhaven angelandet werden, dort Waren abliefern, dass diese dort auch verarbeitet und bearbeitet werden und nicht nur auf einen Lkw kommen und abtransportiert werden.

Im gleichen Bereich der Region sind die Fragen, die beantwortet werden, wie Arbeitsplätze geschaffen worden sind und wie sich diese Arbeitsplätze entwickelt haben. Die Zahlen in der Antwort auf die Große Anfrage zeigen deutlich auf, dass hier auch Erfolge erzielt worden sind. Arbeitsplätze sind nicht abgebaut worden wie in anderen Bereichen, Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Das ist ein großer Erfolg für die Bremer Häfen, aber auch für die Stadtbremer Häfen in Bremerhaven, denn das ist nicht nur für Bremerhaven wichtig, das ist auch für die Region wichtig. Insofern glaube ich, dass wir eine vernünftige Ausgangsposition haben.

Ich glaube, die Standbeine der BLG Logistics Group, nämlich Logistics Contract, Logistics Automobile und Logistics Container, sind richtig gewesen, und auch die Zusammenschlüsse, die erfolgt sind, sind die richtigen. Ich erinnere nur daran, dass es auch im Bereich von Automobiltransporten bei Logistics Automobile einige große Probleme gegeben hat, und die Verschmelzung mit der Harms-Gruppe war vernünftig. Sie funktioniert heute auch hervorragend. Die Zahlen sind positiv, sie sind im Moment nach der Anfrage nicht steigend, aber ich glaube, sie sind gehalten worden, und die Aussagen der Zuständigen bedeuten, dass dort wieder Steigerungen erwartet werden.

Im Bereich der Container haben wir mit der Verbindung von Eurokai und BLG zu Eurogate eine richtige Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung ist auch in der Frage der Standorte wichtig, weil wir europaweit Standorte haben und jetzt der Versuch unternommen wird, die osteuropäischen Märkte zu erreichen. Auch da werden wir zukunftsweisend tätig werden, auch da werden wir Verkehrsströme vernünftig lenken. Insofern glaube ich, auch da sind gute Entscheidungen getroffen worden.

Die Umschlagserlöse, die auch in der Anfrage erwähnt werden, sind im erheblichen Maße steigend, und auch da zeigt die Anfrage, dass der Weg vom Staatsunternehmen zum privaten Unternehmen der richtige gewesen ist, und auch da glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(A) Die nächste Frage ist, und das hat Frau Linnert gestern ja einmal bei Herrn Tittmann gesagt, wie es mit Exporten und Importen ist. Wir haben natürlich größere Zahlen im Export. Insofern sind die Häfen für uns wichtig. Ich habe mich gefreut, dass Bündnis 90/Die Grünen das anerkennt. Ich frage mich natürlich – wir kommen gleich im nächsten Punkt ja noch einmal zu der Diskussion –, wie man das allerdings erreichen will, wenn Kajenanlagen nicht ausgebaut werden, wenn die Schiffe, die die Waren transportieren, unsere Häfen nicht mehr erreichen. Da ist ein klassischer Widerspruch, aber das wird Ihr Sprecher gleich aufklären können.

Bei der Frage der Verkehrsanbindungen haben wir eine wichtige Position, nämlich zum einen die weiteren Planungen der Anbindung auf der Weser, also der Wasserweg, und hier ist es wichtig, dass die Weser weiter ausgebaut wird. Entscheidungen dazu bis Brake sind ja schon getroffen. Ich glaube allerdings auch, dass wir zum anderen die Anbindung auf dem Schienennetz verbessern müssen. Die Y-Trasse ist da ja ein wesentlicher und wichtiger Punkt. Ich denke, das Kreuz Bremen muss ausgebaut werden, und wir müssen versuchen, möglichst viele Transporte insbesondere im Containerbereich auf Schiene und Schiff zu bekommen.

Trotzdem glaube ich, dass die Verkehrsanbindung auch auf der Straße weiter ausgebaut werden muss. Da ist Bremerhaven im Moment in der Pflicht. Wir müssen auch dort eine Entscheidung treffen, wie die Hafenzufahrten gestaltet werden. Es ist ein wesentlicher und wichtiger Punkt. Die Entscheidungen des Senats sind ja getroffen. Die Koalitionsvereinbarung, die übrigens auch von Siggi Breuer mit unterschrieben worden ist, macht da eine eindeutige Aussage. Insofern muss Bremerhaven sich irgendwann entscheiden, möglichst in nächster Zeit, denn es ist ein wesentlicher und wichtiger Punkt. Da gibt es Handlungsbedarf, und da kann man nicht immer auch bei Protest von einzelnen Bevölkerungsgruppen kneifen. Irgendwann muss man als Politik auch einmal den Mut zum Handeln haben. Der Senat hat entschieden, die Koalitionsvereinbarung ist eindeutig, und Bremerhaven hängt hinterher. Das ist, denke ich, ein großer Fehler.

Insofern, meine Damen und Herren, sind wir auf dem richtigen Weg. Ich bin außerordentlich dankbar für die Anfrage. Sie wissen ja, wie das im parlamentarischen Bereich ist. Man stellt eigentlich immer Anfragen, wenn man die Antworten schon ahnt. Hier haben die Antworten aber unsere besten Hoffnungen noch übertroffen, insofern ist das einmal eine gute Diskussion für Bremen und für Bremerhaven, denn wir haben gezeigt, die Umwandlung vom Staatsbetrieb zu einem privatwirtschaftlichen Betrieb mit der Möglichkeit der Beteiligung hat funktioniert. Hartmut Perschau, es waren mutige Entscheidungen, die damals getroffen worden sind, es waren Entscheidungen, die auch heftig diskutiert worden sind,

und jeder hatte die Befürchtungen, dass es vielleicht doch nicht funktioniert. Es hat hervorragend funktioniert. (C)

(D)

Unsere Häfen in Bremen und in Bremerhaven sind zukunftsfähig und funktionsfähig gestaltet und werden auch die Zukunft meistern, wenn wir es denn schaffen, auch gemeinschaftlich die Baumaßnahmen, die nötig sind, umzusetzen. Da ist die große Koalition auch stark genug, wenn andere es nicht mittragen. – Insofern herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

#### (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält der Kollege Günthner.

Abg. Günthner (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Man kann, glaube ich, insgesamt feststellen, dass die Restrukturierung der BLG ein großer Erfolg war, allerdings, Herr Bödeker, finde ich, ist das eine Gemeinschaftsleistung gewesen. Wenn man Gemeinschaftsleistungen hervorhebt, sollte man auch alle dabei nennen, also nicht nur die eigenen Personen, oder nur den eigenen Personen auf die Schulter klopfen, sondern eben schon darstellen, dass wir uns alle zusammen für diesen Weg entschieden und diesen Weg dann auch beschritten haben.

Die BLG hat sich mit der Restrukturierung von einem eher traditionellen Umschlags- und Lagerunternehmen zu einem modernen Logistik-Provider mit weltweiter Orientierung gewandelt. Das ist aus unserer Sicht eine richtige Wandlung und hat sich insbesondere auf drei operative Hauptgeschäftsbereiche ausgerichtet, die die Basis für die gesamte Wertschöpfungskette von der Beschaffung über Transporte und wertsteigernde Leistungen bis hin zur Distribution abdecken sollen.

Dass diese Entwicklung erfolgreich ist, Herr Bödeker hat eben schon darauf hingewiesen, zeigt die Umsatzentwicklung, aber Sie haben den Schlenker dann ja noch hinbekommen. Ich habe ein bisschen gedacht, Sie reden nur über Umschlagsentwicklung, Container, Lokoquote und alles andere, aber Sie reden nicht über die Beschäftigungszahlen im Unternehmen, das haben Sie dann ja noch knapp geschafft. Aber auch die Umsatzentwicklung ist schon sehr positiv. Wenn man sich die Jahre 1998 bis 2003 anschaut, dann steigert sich der Umsatz in dieser Zeit von 250 Millionen Euro auf knapp 566 Millionen Euro im Jahr 2003. Das ist, finde ich, ein durchaus beeindruckendes Ergebnis.

Im Geschäftsbereich Automobile entwickelte sich die BLG mit ihrem Netzwerk für die Fertigfahrzeug-

(B)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) logistik zur Marktführerin in Deutschland. Hier bietet das Unternehmen vollständige Logistikketten für Fahrzeuge von den Werken der Hersteller bis zu den Händlern im Bestimmungsland an. Damit die BLG diese Spitzenposition in Deutschland auch weiterhin halten kann, war die Entscheidung zum Ausbau des Osthafens eine richtige Entscheidung und ein Meilenstein.

Ich finde aber, die Frage der Finanzierung der Kaiserschleuse und natürlich auch die Lösung hierfür muss ebenso ganz oben auf die Tagesordnung. Herr Bürgermeister Dr. Gloystein, da kann ich Sie an der Stelle direkt ansprechen. Es war gute Tradition, vor allem bei Ihren beiden letzten Vorgängern, bei Herrn Senator Hattig und bei Herrn Senator Perschau, dass man regelmäßig in Bremerhaven aufgetreten ist, sich die Kaiserschleuse angeschaut hat, festgestellt hat, dass sie in einem eher bedauerlichen Zustand ist, anschließend Luftblasen in den Bremerhavener Himmel geschickt hat, und es ist nichts mehr davon gekommen.

#### (Zurufe von der CDU)

Ich habe die Hoffnung, und das ist auch die Hoffnung meiner Fraktion, dass Sie als Senator dort einen anderen Weg gehen werden und die Sanierung der Kaiserschleuse, die insbesondere für den Automobilumschlag in Bremerhaven dringend notwendig ist, vorantreiben werden.

#### (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B)

Wenn man sich den zweiten wesentlichen Bereich der BLG anschaut, nämlich den Bereich Contract, dann muss man feststellen, dass das Highlight im Bereich Contract im Jahr 2003 die Inbetriebnahme des Hochregallagers am Neustädter Hafen für den Großkunden Tchibo war, der seine Logistik am Standort Bremen konzentriert hat. Da ist uns, glaube ich, ein richtiger Coup gelungen, und dadurch kommen natürlich auch weitere Aufgaben und weitere Beschäftigungsimpulse an den Standort Bremen. Gerade wenn man sich die Situation der stadtbremischen Häfen in Bremen anschaut, war diese Entscheidung von Tchibo, das Hochregallager dort zu bauen, natürlich auch ein wichtiger Beschäftigungsimpuls für die Stadt Bremen und aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Punkt.

#### (Beifall bei der SPD)

Der Bereich Container der BLG ist mit der Gründung des Gemeinschaftsunternehmens Eurogate im Jahr 1999 zu einer ziemlichen Erfolgsgeschichte geworden. Eurogate ist inzwischen die Nummer eins in der europäischen Containerlogistik und hat diesen Spitzenplatz mit der Gründung vom NTB, aber auch mit der Kooperation, die jetzt mit MSC eingegangen wird, weiter gefestigt.

Ich habe eingangs schon gesagt, Herr Bödeker hat dann den Schwenk zu den Beschäftigungszahlen noch hinbekommen. Die Frage, die sich uns natürlich immer stellt, wenn wir uns die Entwicklung solcher Unternehmen anschauen, ist: Umsatz super, Gewinn super, aber leider keine Jobs? Das ist ja oft eine Situation, vor der wir stehen.

Allerdings kann man bei der BLG feststellen, dass die BLG-Gruppe sich zu einer Jobmaschine gemausert hat. So ist der Personalbestand der BLG seit 1998 kontinuierlich gestiegen. Nur um ein paar Zahlen zu nennen: 1998 waren im BLG-Konzern 2596 Mitarbeiter beschäftigt, am 31. Dezember 2003 waren es schon über 6300 Arbeitsplätze. Wenn man das auf die Standorte Bremen und Bremerhaven verteilt, bedeutet das, in Bremen stieg der Personalbestand von 935 Mitarbeitern im Jahr 1998 auf 1048 im Jahr 2003, am Standort Bremerhaven stieg die Anzahl der Beschäftigten von 1643 auf 2426. Darüber hinaus werden an den BLG-Standorten in Bremen und Bremerhaven durchschnittlich im Jahr 1000 Mitarbeiter des Gesamthafenbetriebsvereins ebenfalls eingesetzt, so dass also der BLG-Konzern insgesamt ein wichtiger Arbeitgeber im Land Bremen ist und man diese Funktion deutlich herausstreichen muss an dieser Stelle.

#### (Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt: Neben der Erweiterung der Arbeitsplätze hat der BLG-Konzern ebenfalls die Anzahl der Ausbildungsplätze deutlich gesteigert, fast verdreifacht, und dieser Trend wird auch in diesem Jahr fortgesetzt. So sind bereits bisher 50 neue Ausbildungsplätze geschaffen worden. Das zeigt einfach, wenn der Wille da ist bei einem Unternehmen und wenn auch das Verständnis da ist, dass qualifizierte Arbeitskräfte in der Zukunft gebraucht werden, dass dann entsprechend ausgebildet werden kann. Ich kann von Seiten der SPD-Fraktion hier nur sagen, dass gerade auch diese Zahl im Ausbildungsbereich mich sehr positiv stimmt und dass wir insgesamt glauben, dass die BLG da auf einem richtigen Weg ist.

#### (Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch betonen, dass die positive Entwicklung natürlich eng mit dem Vorstand verbunden ist, insbesondere mit dem Vorsitzenden Dethold Aden. Sein Ziel, sein eigentlich als Vision formuliertes Ziel, weg vom reinen Umschlags- und Lagerunternehmen hin zum weltweit operierenden Logistik-Provider ist im Rückblick eindrucksvoll auf guten Weg gebracht worden und erweist sich auch als die richtige Zielvorgabe. Dieser Weg muss natürlich weiter fortgeführt werden.

Die Politik muss diesen bisher erfolgreichen Weg durch die Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, weiter unterstützen. Als Beispiele sind

(A) da zu nennen die Außen- und Unterweservertiefung, der Bau des CT IV in Bremerhaven, der Neubau der Kaiserschleuse. Mit diesen Umsetzungsschritten, mit dieser Stärkung des Hafens insgesamt stellen wir die Weichen, wichtige Weichen, für mehr Zukunft für die bremischen Hafenstandorte in Bremerhaven und Bremen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben im Wesentlichen, was die Benennung der Zahlen betrifft, durchaus Recht. Auch wir sehen mit großer Zuversicht die Entwicklung der BLG. Gleichwohl muss man natürlich anmerken, dass bei aller Erfolgseuphorie die Frage der Umstrukturierung, wie haben Sie eben gesagt, vom Staatsbetrieb zum privaten hin, erstens meiner Auffassung nach nicht bis zum Ende entwickelt ist, dass zweitens aber, und das ist der viel entscheidendere Punkt, dem damaligen Betrieb die Pensionslasten durch die Freie Hansestadt Bremen abgenommen sind. Ohne diese Abnahme der Pensionslasten wäre eine solche Entwicklung überhaupt nicht denkbar, überhaupt nicht möglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kastendiek [CDU]: Aber die BLG zahlt weiter ein in die Kasse!)

Die Pensionsverpflichtungen wären aus dem Jahr 1996 mit 207,6 Millionen Euro ausgerechnet. Das hätte es der Staatskasse bringen müssen, Herr Kastendiek, und genau das zahlt die BLG natürlich in der Form überhaupt nicht ein.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Natürlich! Sie zahlen die jährlichen Raten! Das ist doch nicht richtig, was Sie da erzählen!)

Das ist Unfug! Hören Sie doch erst einmal zu!

Was wir wollen, ist ein starker Hafen, und wir wollen vor allen Dingen auch einen ökologischen Hafen. Das scheint widersprüchlich zu sein, ist es im Kern aber nicht. Auch aus Sicht der Grünen ist natürlich das Schiff eine ökologische Transportvariante.

Die Frage jetzt, was die Weservertiefung betrifft, ist eine Abwägungsfrage. Hier wird einmal eben salopp gesagt, das muss man machen, Außenweser, Mittelweser, Unterweser, alles muss man erweitern, vertiefen und schöner machen. Ich glaube, dass das Unfug ist, weil die Außenweserfrage ja in der Prüfung ist. Bundesminister Trittin untersucht das ge-

rade. Da wollen wir doch erst einmal die Untersuchung abwarten, weil man bei all diesen Maßnahmen, Eingriffe in die Tiefe der Außenweser, aber auch der Mittel- und Unterweser, natürlich eine ökologische Abwägung vornehmen muss.

Wollen Sie ausschließlich aus hafenpolitischen Gründen eine solche Situation haben wie damals das Hochwasser an der Elbe? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Man muss auch in dieser Frage eine sehr sorgfältige, eine sehr gründliche Abwägung vornehmen, um sich dann zu entscheiden, welche Variante wir wählen. Tun Sie nicht so, als gäbe es den Sachzwang, so wie vielleicht auch gestern bei dem Hotelbau gesagt wurde, entweder so oder gar nicht! Es gibt auch Hafenentwicklungsmöglichkeiten, die anders sind, als einfach nur zu sagen, tiefer, tiefer und noch einmal tiefer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kastendiek [CDU]: Aber nicht am Standort Bremerhaven!)

Doch, auch und gerade am Standort Bremerhaven!

Den Grünen wird permanent vorgeworfen, sie würden verhindern. Jetzt sage ich einmal ganz deutlich, wir haben in der Frage Außenweser noch Prüfungsbedarf. Wir wollen einmal sehen, wie das am Ende ausgeht. Wir haben der Y-Trasse zugestimmt, wir haben der A 281 zugestimmt, wir haben diesen Maßnahmen, die für den Hafen wichtig sind, zugestimmt. Tun Sie um Himmels willen nicht so, als würde die grüne Partei dafür sein, den Hafen nicht ernst zu nehmen!

Auch wir wissen, dass der Hafen zentrale Achse, vor allen Dingen in Bremerhaven noch mehr als in Bremen, ist. Bremerhaven ohne Hafen ist aus Bremer Sicht nicht denkbar. Wir arbeiten aber sehr sorgfältig daran zu sehen, wie können wir die Hafenentwicklung so voranbringen, dass sie tatsächlich das vereinigt, was ich gesagt habe, eine ökologische Transportmöglichkeit – der Seeweg ist nämlich eine ganz ökologische Möglichkeit des Transports – zu verbinden mit einer Wirtschaftlichkeit, die wir in diesen Bereichen gern haben wollen. Das ist unsere Botschaft an dieser Stelle.

Ansonsten haben Sie diese Frage, wie hat Herr Bödeker gesagt, nur gestellt, weil Sie irgendwie schon ahnten, wie geantwortet werden würde. Ich habe das Gefühl, Sie wollten vielleicht dem alten, meinetwegen auch jetzt dem neuen Senator Gelegenheit geben, sich auch einmal ein bisschen positiver darzustellen als in allen anderen Projekten in dieser Stadt. Herzlichen Glückwunsch dazu! Wir werden die Entwicklung des Hafens weiterhin kritisch im Auge haben und Sie auch an bestimmten Stellen ein bisschen pieksen. Gleichwohl sage ich auch ganz deutlich, wir sind mit der bisherigen Ent-

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) wicklung der BLG durchaus zufrieden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat Herr Bürgermeister Dr. Gloystein.

Bürgermeister Dr. Gloystein: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, da hat Herr Möhle ganz Recht, freue ich mich natürlich, hier etwas Positives verkünden zu können aufgrund der Anfrage der CDU und der SPD. Was wir hier haben, ist eine Erfolgsgeschichte, das ist eben schon geschildert worden. Diese Erfolgsgeschichte hat an der Spitze zwei Namen, ich zögere gar nicht, sie hier zu nennen, Hartmut Perschau und Josef Hattig, aber ich zögere auch nicht zu nennen, dass es natürlich eine Gemeinschaftsleistung der Fraktionen hier und auch der Bürgerschaft war, dies auf den Weg zu bringen.

Ich habe das von außen verfolgt, weil das ja schon interessant ist, dass eine aus dem Staatsbesitz kommende Gesellschaft sich plötzlich auch der Aufmerksamkeit der internationalen Kapitalmärkte erfreut. Es waren zahlreiche Delegationen schon einmal da, wie gesagt, das habe ich in meiner alten beruflichen Tätigkeit aus dem Augenwinkel mitverfolgt, die sagten: Hier ist eine Sache, die auch für die internationalen Kapitalmärkte interessant ist, da können wir uns beteiligen, es an die Börse bringen und so weiter. Das ist jetzt gar nicht beabsichtigt, aber so sahen die Märkte es, und das ist eben auch ein objektives Gütesiegel, was wir an diese Geschichte setzen können. Aus dieser Sicht können wir das sehen.

(B)

Ich möchte noch einmal einige allgemeine Elemente hervorheben, die hier sehr schön deutlich werden. Wir haben ein Geschäft, das eine große historische Basis hat, und dieses Geschäft, das auch Altlasten hatte, das ist hier ja auch beschrieben worden, haben wir gedreht. Was ist denn da passiert? Ich glaube, hier haben wir eine wirtschaftspolitische Lehrstunde, die wir auch für anderes, wenn es uns dann gelingt, gut verwenden können. Wir haben es aus den öffentlichen Strukturen herausgenommen, wir haben es in privatwirtschaftliche Strukturen gegeben, aber noch die volle öffentliche Eigentümerschaft behalten. Wir haben ein vernünftiges, ein sehr gutes Management eingesetzt. Wir haben eine Umstrukturierung gemacht, die zunächst einmal auch Arbeitsplatzverluste beinhaltete, aber sehr schnell auf einen positiven Pfad kam. Wir haben den Horizont, der ja zunächst einmal nur Bremen war, über Bremen hinaus erweitert, wir haben Systemmanagement eingesetzt, und wir sind auf verschiedene Märkte, nicht nur auf die Bremer Märkte, zugegangen und haben hier eben relativ schnell einen großen Erfolg gehabt.

Es ist ganz interessant, dieser Erfolg fand in einer Traditionsbranche statt. Das ist jetzt keine Weltraumfahrerbranche, in der wir uns hier bewegen, sondern in einer ganz uralten Traditionsbranche, in der wir vernünftiges Management, vernünftige Systeme angesetzt haben und eine vernünftige Basispolitik, und siehe da, innerhalb weniger Jahre gibt es eine hervorragende Marktstellung. Das sind ja nicht nur Einmaleffekte, sondern auch eine positive Beschäftigungsentwicklung, Gewinnentwicklung und so weiter. Das alles bei relativ geringem Kapitaleinsatz, das muss man auch einmal sehen! Ich glaube, dies ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn es uns in anderen Bereichen gelänge, ein solches Kompetenzzentrum durchaus in traditionellen Bereichen zu schaffen und dies hier derart national und international zu vernetzen, wie uns das bei der BLG Logistics gelungen ist, dann ist das ein sehr gutes Beispiel für die zukünftige Wirtschaftspolitik.

Erfolg ist nicht garantiert. Bis jetzt haben wir eine Erfolgsgeschichte. Wir müssen diesen Erfolg absichern. Die Bereiche der Absicherung, das ist schon in verschiedenen Beiträgen hier deutlich geworden, sind einmal natürlich im Containerbereich die CT-IV-Geschichte, die Kapazitätsausweitung, die Anbindung der Cherbourger Straße, die Erhöhung der Lokoquote und so weiter, und ich glaube auch die Vertiefung der Außenweser.

Ich meine, wir müssen uns darüber ja im Klaren sein, Herr Möhle, Sie sagten, wir sagen immer, es gibt nur dies und keine Alternative. Auch hier ist es natürlich so, wenn wir das wettbewerbsmäßige Alleinstellungsmerkmal erreichen wollen, dass wir ab 2007 der einzige deutsche Hafen sind, in dem die neuen 400 Meter langen 10 000-Containereinheiten-Schiffe landen können, dann ist das nicht einfach wegzuwischen. Wir kommen in einem späteren Tagesordnungspunkt zu dieser Frage. Diese Chance haben wir hier. Der Hafen würde auch weiter bestehen, wenn diese Chance nicht da wäre und die Schiffe nach Hamburg oder Wilhelmshaven oder Rotterdam führen, natürlich. Nur ist diese Möglichkeit, an einem ganz wichtigen Markt ein Alleinstellungsmerkmal zu haben, das niemand anders hat, ein ganz wichtiger Punkt.

Wir können nur hoffen, dass wir in einigen anderen bremischen Bereichen dies auch schaffen, denn dann haben wir die Basis für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung, von der wir wissen, dass sie in vielen Bereichen bei uns leider nicht gegeben ist und schon gar nicht in Bremerhaven.

Im Automobilbereich haben wir natürlich auch etwas zu tun, leider, muss ich hier sagen, doch sehr kapitalintensiv. Wir müssen die Kaiserschleuse angehen. Ich erneuere die politische Willenserklärung hier, die auch meine Vorgänger gegeben haben. Wir sind auf einem guten Weg, da zu einer finalen Beschlussfassung zu kommen. Da sind wir im Augenblick noch nicht, aber bald.

(A) Die andere Geschichte, die wir machen müssen, ist der Osthafen, um einfach die Kapazität für den Automobilbereich zu erhöhen. Im Kontraktbereich sind die Ansätze, die wir hier haben, sehr ordentlich, dass wir in dem Schwerpunktmarkt Südeuropa und Osteuropa hier auch eine Struktur bekommen, die, wenn sie einmal da ist, von anderen sehr schwer herausgefordert werden kann. Das ist eben das Geheimnis der Logistik und des Systemgeschäftes. Der Aufbau ist nicht einfach, aber wenn er einmal gegeben ist, dann ist es sehr schwer für Außenstehende, da hineinzukommen. Hier ist die BLG Logistics auf einem sehr guten Weg.

> Letztendlich muss das Management das selbstverantwortlich betreiben. Das macht es auch gut, aber es wird auf jeden Fall von der politischen Seite und von der Infrastrukturseite unsere nachhaltige Unterstützung haben. - Vielen herzlichen Dank!

> > (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/377 auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion Kenntnis.

(B)

#### Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/222)

Wir verbinden hiermit:

#### Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler

Bericht und Antrag des staatlichen Haushaltsund Finanzausschusses vom 3. September 2004 (Drucksache 16/384)

Meine Damen und Herren, die Mitteilung des Senats "Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler" vom 27. April 2004, Drucksache 16/222, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 20. Sitzung am 4. Juni 2004 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/384 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den getroffenen Festlegungen des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den getroffenen Festlegungen des staatlichen Haushaltsund Finanzausschusses bei.

#### (Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/222, und von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 16/384, Kenntnis.

#### Schnelle Umsetzung der Außenweservertiefung durch den Bund

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 6. Oktober 2004 (Drucksache 16/426)

Wir verbinden hiermit:

#### Bremen muss nationales Seehafenkonzept mit entwickeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2004 (Drucksache 16/420)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Gloystein.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Günthner.

Abg. Günthner (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wenn man von der Küste kommt, dann weiß man, dass immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel eine wichtige Voraussetzung ist für die Menschen, für das Leben hier und für alles, was hier läuft. Das heißt natürlich auch, dass der Hafen damit Lebensnerv ist und dass der Hafen gerade für Bremerhaven ein Lebensnerv ist. Ich muss hier vermutlich niemandem erklären, was es bedeutet, wenn man einen Lebensnerv abklemmt, das ist insgesamt schlecht. Daher spricht sich die SPD-Fraktion hier auch natürlich mit Nachdruck für die dringend notwendige Vertiefung der Außen- und Unterweser aus.

Die durchgeführten Untersuchungen haben den eindeutigen Beweis erbracht, dass keine nachhaltigen Veränderungen zu erwarten sind. Weder ist die Deichsicherheit gefährdet, noch wird es zu nennenswerten Auswirkungen auf die Wasserstände der Weser kommen. Volks- und regionalwirtschaftliche Untersuchungen haben zu positiven Ergebnissen geführt, alle Voraussetzungen für eine positive Ent-

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) scheidung zur Vertiefung der Außenweser sind gegeben. Das hat natürlich das Bundeskabinett auch bei dem Beschluss, der gefasst worden ist, geleitet.

Wenn man sich anschaut, dass schon jetzt 45 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt abhängig sind vom Containerterminal in Bremerhaven, dann versteht man deutlich, was das Wort Lebensnerv bedeutet, das ich eingangs gesagt habe. Wenn man sich anschaut, dass wir in der Region teilweise eine Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent haben, dann ist es aus Sicht der SPD-Fraktion absolut verantwortungslos, die ökonomische Basis der Region zu schwächen. Wenn wir auf dem Seeweg nicht mehr uneingeschränkt erreichbar sind, werden künftige Ladungsströme aus dem Bremer Hinterland zu unserer Konkurrenz umgeleitet. Die Folge wäre, dass ein Großteil der Arbeitsplätze abwandert. Der ökonomische Aspekt hat daher für uns eine herausragende Bedeutung.

Gleichzeitig dürfen aber Ökonomie und Ökologie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir nehmen die ökologische Seite des Projekts sehr ernst. Aus unserer Sicht hätte es jedoch der besonderen Betonung des naturschutzfachlichen Planungsauftrags im Kabinettsbeschluss nicht bedurft. Diese Fragen sind nämlich im Vorfeld alle abgeklärt worden. Hier wird medienwirksam weiße Salbe für die Klientel der Grünen verschmiert. Aber wir müssen nicht den selbsternannten Hafenfachmann Trittin in Berlin überzeugen, sondern die Menschen vor Ort, die sich Sorgen um die Deichsicherheit machen, die aber auch gleichzeitig Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Diese Fragen sind ebenfalls von uns entsprechend beantwortet worden.

(B)

Bremen hat aus Sicht der SPD-Fraktion starke Verbündete in Berlin. Der Bundesverkehrsminister Stolpe hat bereits einen Tag nach dem Beschluss des Kabinetts die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes mit den Detailplanungen und Untersuchungen zur Fahrrinnenanpassung der Außenweser beauftragt. Dieser uneingeschränkte Planungsauftrag zeigt, welche Bedeutung die Regierung der Vertiefung der Weser zumisst. Mit Stolpe und Schröder hat Bremen zwei starke Verbündete in Berlin.

Auch Trittin scheint inzwischen nicht mehr so ganz von der Klugheit seiner bisherigen Position überzeugt zu sein, erklärte er doch in einem Gespräch mit der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", dass er neue Baggerungen in der Außenweser für weniger kritisch halte, auch wegen der Kosten, und bis die dicken Pötte Wilhelmshaven anlaufen könnten, müsse ein vergrößerter Umschlagplatz an der Nordsee angeboten werden.

Im wörtlichen Zitat sagte Trittin, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: "Jade Weser Port und Ausbau der Weser sind perspektivisch gedacht ein gemeinsames Projekt." Wenn das nicht eine deutliche Aussage des grünen Bundesumweltministers zum Jade Weser Port, Ausbau des CT in Bremerhaven und einer Vertiefung der Außenweser ist! Aber den Aussagen Trittins müssen, das ist klar, nun auch Taten folgen. Taktieren und Hinhalten – und den Eindruck kann man im Moment stark gewinnen, dass es da um Taktieren und Hinhalten geht – sind schlecht für Bremen und Bremerhaven.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Hafenkonzept 2010 sagen, das die Grünen hier nun hochhalten!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Genau! Das ist das Problem!)

Konzepte machen aus unserer Sicht nur Sinn, wenn das Bestehende weiterentwickelt wird, wenn Strategien entwickelt werden, wie die Positionen der Häfen an der deutschen Nordseeküste ausgebaut werden können. Die SPD hat ein klares Hafenkonzept im Land Bremen. Für uns bedeutet ein klares Hafenkonzept Ausbau des Containerterminals, Vertiefung der Weser, Stärkung unserer Stellung im Autoumschlag und letzten Endes dann den Bau des Jade Weser Port in Wilhelmshaven.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Geld wächst auf Bäumen,
Herr Günthner!)

Das unterscheidet uns deutlich von den Grünen, Frau Linnert. Ich glaube, Herr Dr. Güldner hat gestern gesagt, wir warten erst einmal und prüfen, Herr Möhle hat eben gesagt, wir warten und prüfen, wollen es aber nicht.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist ja vorgesehen in der Umweltverträglichkeitsprüfung, dass man das vorschaltet!)

Herr Lehmann sagt, ich bin eigentlich gegen die Außenweservertiefung. Es hat bei Ihnen jeder eine andere Meinung, und Sie müssen sich schon einmal irgendwann die Frage stellen in der grünen Fraktion, wem am meisten Blockaden und Papierschlachten in Deutschland um die Hafenpolitik nützen, und das sind letzten Endes unsere Konkurrenten, denen die nützen.

Ich versuche es einmal mit dem Beispiel eines Fischbrötchens zu sagen: Während wir als SPD-Fraktion und auch die CDU-Fraktion noch versuchen, um den Fisch zu konkurrieren mit den Konkurrenzhäfen an der Nordseeküste,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, in einem völlig leergefischten Meer! Ohne ökologisches Verständnis!)

mit Rotterdam, wollen Sie ihnen den Fisch kampflos geben. Das hätte zur Folge, wenn wir den Fisch, also

(A) in diesem Fall den Containerumschlag, kampflos den Konkurrenzhäfen überlassen, das wäre nämlich die Folge Ihres Konzeptes, dann hätten wir am Ende nämlich kein Fischbrötchen mehr, sondern ein trockenes Ökobrötchen, an dem sich die Hafenarbeiter verschlucken würden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Mein Gott noch mal!)

Das wollen wir als SPD-Fraktion auf jeden Fall nicht!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal wollen wir von den Backwaren wieder wegkommen,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das finde sogar ich gut!)

hin zur Frage der Außenweservertiefung. Ich glaube, um den maritimen Standort Bremerhaven, das maritime Bundesland Bremen in der Arbeitsmarktsituation deutlich abzusichern, benötigen wir eine Erreichbarkeit der Häfen. Ich habe gestern mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass Herr Dr. Güldner sagte, bei der Außenweservertiefung seien wir noch nicht so weit, obwohl die Vorprüfungen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Aurich da ja eine deutliche Sprache sprechen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit den Grünen gehen die Lichter aus, Herr Bödeker!)

Aber ich sage Ihnen auch, und das verwundert mich dann doch, was nützen uns große Schiffe, die nach Bremerhaven kommen, wenn sie weder wenden können, weil auch der Wendekreis vertieft werden muss, noch wenn sie nach Bremerhaven kommen können, weil die Wassertiefe nicht genügt. Ich denke, wenn man Hafenpolitik betreibt, muss man sie konsequent betreiben, und konsequente Hafenpolitik heißt Hafenanlagen und die Vertiefung der Außenweser.

Jetzt hat es ja einen Kabinettsbeschluss gegeben, über den man auch geteilter Meinung sein kann, weil natürlich auf der einen Seite dadurch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Aurich in die Planung hineingehen konnte. Das begrüßen wir außerordentlich, das beschleunigt die ganze Sache, aber auf der anderen Seite gibt es natürlich auch den einen oder anderen Angelhaken. Sie selbst stellen ja einen Antrag, Bremen muss ein nationales Seehafenkonzept mitentwickeln. Ich denke, ein Hafensenator in Bre-

men wird sich nicht Gesprächen verschließen, wenn sie auch mit anderen Hafenstandorten geführt werden. Ich meine aber schon, dass wir da nicht federführend sein sollten und dass es ein außerordentlich schwieriger Weg ist. Ich habe den Verdacht, dass Sie über diesen schwierigen Weg versuchen, die Weiterentwicklung der bremischen Häfen in Bremerhaven zu erschweren und zu verhindern. Das ist nicht gut, und deswegen werden wir Ihren Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das Interview, das Ihr Minister Trittin in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" gegeben hat, spricht eine deutliche Sprache. Es zeigt auch die Gefahr, auf der einen Seite eine gemeinsame Planung der Hafenaktivitäten aller Hafenstädte in Deutschland, und auf der anderen Seite kommt von Ihrem Minister die ganz klare Aussage, dass er sich die Weservertiefung wohl vorstellen könnte, er aber natürlich bei der Elbevertiefung Riesenprobleme hat. Ich denke, hier soll ein Keil getrieben werden, das können wir so nicht mittragen, und das halten wir auch für außerordentlich gefährlich.

(Beifall bei der CDU)

Das, was der Kollege Günthner gesagt hat, ist richtig. Wir müssen schnell handeln. Die großen Schiffe stehen bald zur Verfügung. Sie müssen unsere Hafenanlagen erreichen. Sie müssen auf das, was wir vorhin diskutiert haben, auf die vernünftige Hafenwirtschaft zurückgreifen können. Wir haben die Strukturen geschaffen. Wir haben die Entscheidung für CT IV getroffen, und wir müssen schnellstmöglich die Erreichbarkeit der Häfen jetzt sichern, nämlich die Außenweservertiefung. Deswegen ist der Antrag, der gemeinsam von SPD und CDU hier vorgelegt wird, der richtige, auch als Signal nach der Kabinettsentscheidung. Der Antrag vom Bündnis 90/ Die Grünen ist wegen dem, was sie ideologisch versuchen, nämlich durch die Hintertür eine Verzögerung zu erreichen, von uns abzulehnen.

Die Bürgerschaft hat heute in einer längeren Debatte einmal zur BLG, einmal zur Außenweservertiefung gezeigt, dass der Hafenstandort Bremen mit Bremerhaven von uns anerkannt wird und die Wichtigkeit für die Arbeitsplätze, für die Steuerkraft der Stadt, des Landes und der Region von uns noch einmal unterstrichen worden ist. Insofern glaube ich, dass auch hier die große Koalition und unser Hafensenator vernünftige Arbeit leisten. Unterstützen Sie uns bei unserem Weg!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Tittmann.

(D)

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU "Schnelle Umsetzung der Außenweservertiefung durch den Bund" werde ich uneingeschränkt zustimmen. Die klare und eindeutige Position der Deutschen Volksunion in Bezug auf Weservertiefung und CT IV habe ich hier auch anhand eines dementsprechenden DVU-Antrags und nachweislich unzähliger Redebeiträge in der Bürgerschaft sowie in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven deutlich zum Ausdruck gebracht.

Meine Damen und Herren, die Vertiefung der Weser hat eine herausragende Bedeutung für die gesamte Hafenwirtschaft im Bundesland Bremen. In den vier Jahren ist der Containerverkehr in Bremerhaven mit zum Teil zweistelligen Zuwachsraten gestiegen. Meine Damen und Herren, ohne eine erforderliche Weservertiefung können die großen Containerschiffe Bremerhaven nicht mehr uneingeschränkt anlaufen. Diese Tatsache dürfte sogar Bündnis 90/Die Grünen einleuchten.

Das heißt also, wir haben wachsende Anforderungen durch größere Schiffe. Dieser politischen Verantwortung und Aufgabe müssen wir uns allerschnellstens stellen, um die jetzt schon sehr schwierigen Wettbewerbsbedingungen gegenüber den holländischen Häfen zu halten oder sogar auszubauen. Wenn aber Bremerhaven auf dem Seeweg nicht mehr uneingeschränkt zu erreichen wäre, würden die Container oder anderes Frachtqut zu unseren ausländischen Konkurrenten abwandern, und ein Großteil der für Bremen und ganz besonders Bremerhaven wichtigen Arbeitsplätze würde dadurch verloren gehen. Die schlimme Folge wäre eine noch höhere, unverantwortlichere Arbeitslosigkeit in Bremen und ganz besonders in Bremerhaven. Das, meine Damen und Herren, können Sie sich mit Sicherheit nicht erlauben und politisch länger verantwor-

(B)

Der Antrag ist ein wichtiger und richtiger Antrag, dem ich, wie eben erwähnt, namens der Deutschen Volksunion zum Wohle und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen uneingeschränkt zustimmen werde, denn jede andere Entscheidung hätte schreckliche und unübersehbare Folgen für das Wachstum und die Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven.

Wenn ich dann diesbezüglich großartig lesen muss vom Rekordwachstum der bremischen Häfen, dann darf bei dieser erfreulichen Tatsache nicht vergessen werden, dass das Land Bremen diese guten Wirtschaftsdaten und Rekordzahlen nur durch den enorm steigenden Auto- und Containerumschlag in Bremerhaven erreicht hat, denn allein der Containerumschlag in Bremerhaven ist in den Jahren 1998 bis 2003 enorm gestiegen, um sage und schreibe 80 Prozent. Daran sollten Sie immer denken, wenn die Stadt Bremerhaven durch eine Bremer Politik wieder einmal finanziell und wirtschaftlich überdimen-

sional stark benachteiligt wird, also praktisch von Bremen übers Ohr gehauen wird. Sie sehen, meine Damen und Herren, Sie werden die Selbständigkeit Bremens nur mit Bremerhaven erhalten können. Das sollten Sie bei allen politischen Entscheidungen gegenüber der Stadt Bremerhaven sehr stark berücksichtigen.

Herr Möhle, Sie haben vorhin gesagt, Sie wüssten, dass der Hafen gerade für Bremerhaven ein wichtiger Faktor ist. Da möchte ich Sie fragen: Warum handeln Sei dann politisch genau gegensätzlich, also gegen die Interessen der hafenpolitischen Entwicklung Bremerhavens, die wir dringend benötigen? Sich hier für die Wichtigkeit des Hafens auszusprechen, aber dann politisch anders zu handeln, dient mit Sicherheit nicht der Absicherung von wichtigen Arbeitsplätzen in Bremerhaven und schon gar nicht den dringend benötigten neuen Arbeitsplätze, die die Stadt Bremerhaven braucht. Sie haben sich und Bündnis 90/Die Grünen damit wieder als eine wirtschaftsfeindliche Partei demaskiert.

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lehmann.

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Kollegen von SPD und CDU! Es geht im Bereich der Hafenpolitik nicht um ein Ausspielen von Ökonomie und Ökologie. Hafenpolitik ist nämlich Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik zugleich. Dies wird ganz besonders deutlich in der momentanen Situation, in der es um eine entscheidende Zukunfts- und Entwicklungsfrage der deutschen Seehäfen geht. Die entscheidende Frage ist nämlich: Wie finanzieren wir die Weiterentwicklung der Seehäfen in Deutschland bis mindestens zum Jahr 2020? Hier müssen Lösungen gefunden werden.

Das von den Grünen geführte Bundesumweltministerium stieß diese Frage der Weiterentwicklung der deutschen Seehäfen vor kurzem öffentlich an, das haben Sie ja auch mitbekommen, Herr Bödeker und Herr Günthner. Dies ist ein Novum in der deutschen Bundespolitik. Die Antwort auf diese Frage ist und kann nur sein: ein deutsches Hafenkonzept. Dieses Konzept greift die Problematik auf, dass wir die Seehäfen weiterentwickeln müssen, aber bei begrenzten finanziellen Mitteln des Bundes nicht alle von den Ländern angestrebten Flussausbauten durchführen können.

Mehr als 350 Millionen Euro müssten vom Bund für die Vertiefungen an Elbe und Weser ausgegeben werden bei einer Unterfinanzierung der Flussausbauten im Bundesverkehrswegeplan von rund vier Milliarden Euro. Da tut sich doch eine große Diskrepanz auf. Ein gemeinsames Konzept würde nicht unter das Motto gestellt werden können "Al-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) les für alle!", sondern es muss das Optimum für Bund und Länder bei begrenzten finanziellen Mitteln und unter bestmöglicher Berücksichtigung des Umweltschutzes austariert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der Entwicklung des Hafenkonzeptes geht es nicht darum, dass die Hafenstandorte ein Konzept übergestülpt bekommen. Alle Hafenstandorte sollen an einem Konzept mitarbeiten. Auf diese Weise kann dann eine gut abgestimmte Ausbaustrategie verwirklicht werden. Diese würde dann der gesamten deutschen Nordseeküste zugute kommen, das heißt dann eben auch Bremen und Bremerhaven.

Hafenfinanzierung ist zwar Ländersache, aber die Fahrwege wie Wasserstraßen und Hinterlandanbindungen sind Bundesangelegenheit. Dies muss man zu einem nachhaltigen Konzept verbinden, das dann auch für alle Hafenstandorte tragfähig ist. Eben das greift auch der Beschluss der Bundesregierung vom 15. September auf, den Sie, Herr Bödeker und Herr Günthner, hier ja schon zitiert haben. Doch wie sieht dieser Beschluss im Einzelnen aus?

Umweltplanerische Angelegenheiten müssen vor Baubeginn geklärt sein. Man wird dann feststellen, welche Maßnahmen machbar sind und welche nicht. Das Konzept wird durch das Umweltministerium erstellt. Es stimmt sich mit dem Arbeits- und Verkehrsministerium ab, danach befassen sich die Länder damit. Dabei geht es hauptsächlich darum, ob tiefe Schiffe alle großen Häfen der deutschen Küste anlaufen können oder ob Containerschiffe ab einer bestimmten Schiffstiefe nur noch höchstens einen deutschen Hafen anlaufen. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen sehen es als sinnvoll an, wenn tiefe Schiffe nur noch einen Hafen anlaufen. Das Hafenkonzept des Umweltministeriums zeigt den Weg zu einer deutschen Seehafenstrategie auf. Damit wäre bis 2020 die Entwicklung in der Schifffahrt gemeinsam und effizient zu bewältigen. Das ist aus unserer Sicht ein zukunftsweisendes Konzept, und das unterstützen wir.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht in dem Hafenkonzept aus dem Umweltministerium nicht darum, Hafenstandorte zu schließen, sondern nach wie vor die bestehenden Standorte zu stärken, nur eben akzentuierter. Das begrüßen wir vom Bündnis 90/Die Grünen auch. Die Devise muss nämlich heißen: Mehr Hafen für weniger Geld statt alles für alle! Dies war ja bisher die Praxis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Denkweise alles für alle hat uns bisher als Bundesländer tief in die Verschuldungsfalle getrieben, und das Ergebnis ist jetzt sichtbar: ein stark erhöhtes Hochwasserrisiko an Elbe und Weser. Doch wie bekommen wir mehr Hafen für weniger Geld bei gleichzeitiger Schonung der Umwelt? Ein Hafenkonzept muss von den Hafenstandorten Bremen, Hamburg und Niedersachsen als Chance gesehen werden. Wenn die deutschen Seehäfen in eine nationale Arbeitsteilung eintreten, nutzt das nämlich allen betroffenen Häfen. Jeder Hafen kann dann nach wie vor seine Vorteile auf die Waagschale legen, Herr Bödeker. Die Vorteile der deutschen Seehäfen werden weiterhin groß bleiben. Der osteuropäische Markt zum Beispiel ist von Bremerhaven und Hamburg aus besser zu erreichen als von Rotterdam. Mit Wilhelmshaven hat man möglicherweise ab 2010 einen Tiefwasserhafen an der deutschen Bucht. Das reicht, mehr darf man unseren Haushalten nicht zumuten.

Langfristig, aber doch sehr visionär ist eben zwischen den deutschen Seehäfen der Nordrange eine bessere Abstimmung notwendig. Die Nordrange beinhaltet die Häfen von Rotterdam bis Hamburg. Ein Seehafenkonzept à la Bundesumweltministerium bringt außerdem geringere Auswirkungen auf die Umwelt mit sich, und zwar durch eine geringere Anzahl an Eingriffen an den Wasserstraßen. Weitere Ausführungen dazu wird hier in dieser Debatte noch meine Kollegin Frau Dr. Mathes machen. Bevor nämlich unabgestimmt losgeplant wird, sollen die Ausbauprojekte an Elbe und Weser mit besonderem naturschutzfachlichem Planungsauftrag versehen werden. Wir Bremer Grünen stützen daher den Bundesumweltminister Trittin in seinen Forderungen auf der gesamten Linie. Er war es ja gerade, der wesentlich Aspekte in das Bundeskabinett gebracht hat wie abgestimmtes Handeln und bessere Beachtung der Umweltauswirkungen in der deutschen Hafenpolitik.

Wir fordern daher den Senat auf, an dem nationalen Seehafenkonzept konstruktiv mitzuwirken. Er möge dem Bund mitteilen, wie sich die bremischen Häfen als Teil des nationalen Hafenkonzeptes weiterentwickeln können. Ferner fordern wir vom Senat, dass er vor einer Festlegung auf eine weitere Vertiefung der Außenweser und der Unterweser die naturschutzfachlichen Prüfergebnisse abwartet und diese den entsprechenden Gremien zur Beschlussfassung vorlegt. Die zuständigen Gremien sollen auch von weiteren Ergebnissen zur Konzepterarbeitung informiert werden. Das dient der Weiterentwicklung Bremens und seiner Häfen, und dies wollen ja nicht nur wir vom Bündnis 90/Die Grünen, sondern alle Fraktionen in diesem Hause, wie sie hier heute sitzen. Stimmen Sie also unserem Antrag zu, und entscheiden Sie sich damit für eine nachhaltige und effiziente Hafenpolitik! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

(D)

(A) Abg. Wedler (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! CT III a ist jetzt Gott sei Dank seit einiger Zeit in Betrieb. CT IV ist inzwischen genehmigt, und die Bauarbeiten haben begonnen, wie man sehen kann, wenn man da spazieren geht. Das finde ich als Landespolitiker aus diesem Parlament heraus für unser Bundesland sehr gut, und als Bremerhavener finde ich das natürlich ganz besonders gut.

(Abg. Breuer [SPD]: Super gut!)

Insofern finden wir das ganz wunderbar.

Wenn dann die anderen Dinge im Inneren des Hafengebiets, von denen vorhin schon die Rede war, Kaiserschleuse und solche Sachen, auch noch folgen werden, dann, denke ich, haben wir für Bremerhaven und auch für dieses Bundesland einiges getan, was uns zukunftsfähig und auch nachhaltig zukunftsfähig macht.

Mit Zuwachsraten im Containergeschäft kann gerechnet werden, das sagen uns alle, zumindest diejenigen, mit denen man darüber redet, die Kompetenz in diesem Bereich haben. Das heißt, die Investitionen, die wir in diesem Bereich getätigt haben und noch tätigen werden, sind von daher gesehen richtig und notwendig. In welcher Zeit diese Investitionen sich allerdings rechnen, will ich hier einmal offen lassen. Da werden die Fristen ja ständig verändert, im Zweifel verlängert, aber das will ich hier einmal offen lassen. Auf jeden Fall denke ich, dass das eine rentierliche Investition ist, was man nicht von allen Investitionen in diesem Bundesland sagen kann.

(B)

Zu den Häfen gehören unter anderem auch Wasserstraßen, in unserem Fall also die Weser, speziell die Außenweser.

(Abg. Breuer [SPD]: Wasser macht sich nicht schlecht bei Häfen!)

Na ja, auch die Hinterlandanbindungen, Eisenbahn, Autobahn, aber eben auch Wasserstraßen! Um auf das Thema Weser und Außenweser zu kommen – das war, denke ich, der Aufhänger –, denn die Schiffe müssen ja irgendwo hinkommen, ihre Ladung abladen beziehungsweise neu aufnehmen und sich dann auch wieder entfernen können!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist zwingend und gehört wie die beiden Seiten einer Münze zusammen und kann nicht ohne Weiteres getrennt werden. Deswegen ist es richtig, dass man sich mit dem Thema Außenweservertiefung oder Unterweservertiefung, wenn man sich die Strecke nach Bremen vorstellt, beschäftigt.

Die Außenweservertiefung ist nach allem, was man hört, offensichtlich nötig. Sie ist nach unserem

Verständnis nötig, um Schiffe mit größerem Tiefgang abfertigen zu können. Sie ist offensichtlich, was man so liest und hört, auch machbar, ohne, das sage ich ausdrücklich in Richtung Bündnis 90/Die Grünen, unbeherrschbare Probleme beim Küsten- und Hochwasserschutz zu bekommen. Sie scheint nach den angestellten Untersuchungen, die mir zugänglich sind oder von denen ich gehört habe, auch einen hohen Nutzwert zu haben, einen, der für eine Realisierung spricht. Deswegen haben auch die beiden Kabinette in Bremen und in Niedersachsen richtig gehandelt, als sie sich für die Außenweservertiefung stark gemacht haben. Insofern kann ich ohne Weiteres dem Antrag der Koalition hier zustimmen, ebenfalls mit dieser kleinen Änderung der Neufassung, die notwendig geworden ist.

Das Bundeskabinett, jetzt komme ich zu dem Antrag der Grünen, hat am 15. September zur Fahrrinnenvertiefung in Elbe und Weser, wie ich finde, einen sibyllinischen Beschluss gefasst. Einerseits hat es beschlossen, dass die Detailplanungen zu den Fahrrinnenanpassungen der Außenweser und der Unterund Außenelbe aufgenommen werden können, Planungen, die Basis für jedes Planfeststellungsverfahren ohnehin sind. Zugleich wurden die beiden Verfahren mit einem besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrag versehen, der die besonderen ökologischen Belange und die Deichsicherheit betrifft.

Beides sind Gesichtspunkte, die nach meinem Verständnis und nach meiner Kenntnis der Dinge ohnehin Bestandteil eines jeden Planfeststellungsverfahrens sind. Da können alle Verbände ihre Argumentationen einbringen, die müssen dann berücksichtigt werden, und dann muss in dem entsprechenden Beschluss auch darauf eingegangen werden. Beides sind für mich Selbstverständlichkeiten in einem solchen Verfahren. Allerdings macht es mich misstrauisch, wenn man sie in dem Kabinettsbeschluss des Bundes liest, denn da, denke ich, haben sie sicher nicht die Bedeutung, dass sie Bestandteil eines Planfeststellungsverfahrens sind, sondern müssen irgendwie eine zusätzliche Bedeutung haben.

Da bin ich mir nicht ganz sicher, wie das gesehen wird. Ich habe Zweifel, ob das der Beschleunigung der Angelegenheit dient oder ob das eher eine Bremse ist, und da tendiere ich eher zum Letzteren. Ich denke, dass es eher als Bremse zu verstehen ist, vor allen Dingen, wenn man sich überlegt, wer in diesem Fall am Schalthebel sitzt. Das ist also nicht sehr förderlich für diese ganze Geschichte.

Zugleich wurde die Erstellung eines deutschen Seehafenkonzeptes als gemeinsame Plattform des Bundes und der Küstenländer angekündigt, ein Vorhaben, das ebenfalls als Verzögerungsinstrument begriffen werden kann. Die Aufnahme der beiden Vorhaben in den Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher Bedarf erfolgte allerdings nicht. Ich interpretiere diesen Sachverhalt bei dieser Beschlussfassung so, dass zwar die Detailplanungen und Un-

(A) tersuchungen zu den beiden Vorhaben, die für ein Planfeststellungsverfahren nötig sind, aufgenommen werden dürfen, dass aber Weiteres erst einmal nicht möglich ist. Das gilt insbesondere für die Einleitung eines förmlichen Planfeststellungsverfahrens und ganz besonders für die Einleitung der Bauphase.

> Sicher ist es richtig, beide Vorhaben einer naturschutzfachlichen Betrachtung zu unterziehen, wobei ich darunter primär Deichsicherheit und Hochwasserschutz verstehe und nicht so sehr die Frage, was im Unterweserbereich wahrscheinlich weniger das Problem ist als vielmehr im Bereich der Elbe, nämlich FFH-Gebiete auszuweisen, die möglicherweise noch notwendig sind. Solche Untersuchungen, Deichsicherheit und Hochwasserschutz, sind zwingend notwendig. Das ist aber auch eine Selbstverständlichkeit, und ich denke, dass diese Punkte in einem Planfeststellungsverfahren ohnehin immer Gegenstand sein werden. Die besondere Erwähnung, wie gesagt, in einem Kabinettsbeschluss halte ich für äußerst problematisch. Sie ist möglicherweise ein Hebel für ganz andere Interessen, die damit verbunden werden.

Da die Probleme entlang der Elbe wesentlich schwerwiegender sein dürften als entlang der Weser, wirkt sich die Koppelung der beiden Verfahren für uns hier in Bremen zunehmend als Hemmnis aus. Bisher ist das politisch gekoppelt gewesen. Die norddeutschen Ministerpräsidenten haben sich da einmal entsprechend verständigt, und in Berlin ist man auch so aufgetreten. Ich glaube, vor dem Hintergrund des Beschlusses des Bundeskabinetts wirkt sich die Koppelung zunehmend als Hemmnis aus, denn die Realisierung der Außenweservertiefung ist wesentlich einfacher und schneller zu bewerkstelligen als die Realisierung der entsprechenden Vorhaben im Elbebereich. Deswegen, denke ich, muss es in unserem bremischen Interesse sein, die Koppelung dieser beiden Vorhaben, die nur politisch bedingt war, die sachlich keinerlei Begründung hatte, aufzuheben, um dann vielleicht getrennt zu marschieren und am Ende gemeinsam zu schlagen. Diese Koppelung halte ich für ein Hemmnis, insbesondere was unsere bremische Entwicklung anbetrifft. Die Außenweservertiefung, das ist schon gesagt worden, kostet wesentlich weniger als die Elbevertiefung, und sie ist außerdem auch schneller zu realisieren.

Wenn die Grünen nun versuchen, die Fahrrinnenvertiefung in Elbe und Weser mit der Erarbeitung eines nationalen Seehafenkonzeptes zu verknüpfen, dann bedeutet dies nach meinem Verständnis nichts anderes, als ein weiteres Verzögerungs-, wenn nicht sogar Verhinderungsinstrument aufzubauen. Ein nationales Seehafenkonzept haben wir doch bereits seit Jahrhunderten hier in Bremen. Wer bremische Geschichte ein bisschen kennt, der weiß, dass es seit dem Mittelalter die Hanse und die Konkurrenz der Häfen gegeben hat, auch Bündnisse von Häfen ge-

geben hat. Das heißt also, dieses Seehafenkonzept, das hier verlangt wird, gibt es. (C)

(D)

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich weiß nicht, ob das aus der Hansezeit noch gültig ist! Da habe ich so meine Zweifel!)

Ich sehe nicht, wie ein solches neues Konzept, das wir eigentlich haben, das von den norddeutschen Ministerpräsidenten erarbeitet werden soll, entstehen soll. Die norddeutschen Länder, die sowieso in Konkurrenz miteinander stehen, sollen ein gemeinsames Konzept erarbeiten. Das kann eigentlich nicht so laufen, wie Sie es sich hier vorstellen, jedenfalls nicht so rational.

Das Stichwort ist schon angeklungen: Mittel, die nur begrenzt zur Verfügung stehen! Möglicherweise ist das der eigentliche Gesichtspunkt. Dann soll man das aber auch deutlich sagen, dass man bestimmte Zwänge, was die Mittel anbetrifft, hat und dass der Bund vor dem Problem steht, wie er die Mittel verteilen soll. Auf ein nationales Seehafenkonzept zu setzen, bei dem die beteiligten Länder dabei sind, das funktioniert nicht. Das bekommen wir gar nicht auf die Reihe, denn da wird jeder für seine Häfen kämpfen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das Geld ist ja trotzdem nicht beliebig vermehrbar!)

Wir in Bremen und Bremerhaven können das eigentlich nicht wollen, und auch die Hamburger werden das vermutlich nicht wollen, weil sie ihre Häfen auch im Vordergrund sehen und deswegen darauf achten, dass sie da möglichst auch bedacht werden und erreichbar bleiben, was die Fahrrinnenvertiefung anbetrifft.

In der Hand von Herrn Trittin bin ich da äußerst misstrausch, was solche Sachen betrifft. Die naturschutzfachlichen Gutachten und auch die gemeinsame Plattform halte ich für sehr kontraproduktiv. Nach meinem Verständnis geht es wohl auch nicht darum, hier ein nach rationalen Kriterien entwickeltes Konzept zu bekommen, sondern es geht darum, ein Kriterium zu bekommen, das die Mittelverwendung ein bisschen steuern kann. Da weiß ich nicht, wie man an den historischen Bezügen, an dem föderalen Staatswesen, am Wettbewerb der Standorte und solchen Dingen vorbeikommen will. Nicht zuletzt spielt auch die Profilierungssucht oder der Profilierungswettbewerb der Parteien eine große Rolle.

#### (Glocke)

Ich werde dem Antrag der Grünen nicht zustimmen, dem geänderten Antrag der Koalitionsfraktionen werde ich dagegen zustimmen. – Vielen Dank!

(B)

(A) Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss zunächst die ganzen Unterstellungen, die hier genannt worden sind, auf das deutlichste zurückweisen. Die Behauptung, die Grünen wollten nur verhindern, geht an der Sache vorbei. Wir Grünen ringen um die beste Lösung, und zwar unter Berücksichtigung der Umwelt, aber auch die beste Lösung für mehr Arbeitsplätze, als Sie mit Ihrer Strategie erreichen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen bei der CDU)

Ich meine, sehr erfolgreich waren Sie bisher auch nicht mit genau diesem Vorgehen, sozusagen mit einem Stückwerk und einer gewissen, sage ich einmal, Art in Beton und Baggern zu meinen, dass man die Probleme unserer Gesellschaft, so wie sie heute ist, löst.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Die Umschlagszahlen sind doch, wie sie sind!)

Wir sind der festen Überzeugung, das ist der falsche Weg.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

(B)

Mein Kollege Lehmann hat Ihnen schon dargestellt, was der Sinn eines nationalen Hafenkonzeptes wäre. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass die Außenweservertiefung zu dem jetzigen Zeitpunkt auch fahrlässig wäre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Umweltminister Trittin hat in der Tat Recht. Das Wissen, das wir zurzeit haben, was die Umweltbelastung, das Hochwasserrisiko, die Umweltrisiken betrifft, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht ausreichend. Wir haben aber erste Abschätzungen, und ich kann Ihnen sagen, was diese ersten Abschätzungen ausdrücken und sie Ihnen gleich kurz zusammenfassen, weil es mich wirklich ein Stück weit auch aufregt, wie es hier immer falsch dargestellt wird.

Alle beziehen sich offensichtlich auf eine Studie, ich stelle Ihnen die auch gern zur Verfügung, Herr Günthner, und werde gleich daraus zitieren. Diese Studie ist von der WSD, also Wasser- und Schifffahrtsdirektion, Nordwest in Auftrag gegeben worden und legt dar, dass nämlich die Umweltrisiken nicht klein, gering, zu vernachlässigen sind. Nein, das Ergebnis der Studie ist, dass die Umweltrisiken einer Außenweservertiefung mittel sind, sie

sind nicht die größten, sie sind mittel, und das heißt, die Vertiefung hätte erhebliche Auswirkungen. Es heißt da wörtlich, es seien entscheidungserhebliche Umweltrisiken zu erwarten. Sie könnten nur teilweise vermieden und minimiert werden, wenn man die Maßnahme macht, und das aufgrund dessen, weil es eben doch ein mittelstarkes Risiko ist und mit erheblichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu rechnen ist. Das ist nicht bei irgendwelchen kleinen Eingriffen der Fall.

Ein zweiter Punkt ist das Hochwasserrisiko. Beim Hochwasserrisiko ist festzustellen, dass natürlich die Sturmflutwasserstände zunehmen werden, dass sie sich erneut erhöhen. Das heißt natürlich, dass man hier das Risiko bei einem Hochwasser auch für eine Überschwemmung in den unteren Bereichen bis Bremen hinein erhöht. Jede dieser Veränderungen des Tidenhubs, die wir in den letzten Jahrhunderten betrieben haben, führte dazu, dass die Sturmfluten schneller auflaufen und damit natürlich auch die Vorwarnzeit geringer wird, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das genau ist ein grundsätzliches Problem, Hochwasser in den Griff zu bekommen. Dann unter den Gesichtspunkten möglicher Klimaveränderungen an dieser Stelle zu sagen, unter ökologischen Gesichtspunkten macht das alles nichts aus, ist wirklich fahrlässig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren von SPD und CDU, zu Ihrem Antrag: Als ich mir den anschaute - ich muss sagen, es hat gestern Abend noch viel Einsatz gekostet -, da habe ich gedacht, was steht eigentlich darin. Punkt eins, zwei, drei, es steht dreimal, dass ein Beschluss begrüßt wird, der gar nicht gefällt worden ist. Sie begrüßen dreimal in Ihrem Antrag, und das sollen wir hier abstimmen! Das tun wir natürlich nicht, dass wir etwas, das gar nicht stimmt, begrüßen. Wir können nichts begrüßen, was nicht passiert ist. Sie begrüßen dreimal, dass das Planfeststellungsverfahren eingeleitet ist. Das ist nicht der Fall. Wie gesagt, auf drei verschiedene Weisen, einmal mit der Unterstellung, dass man, wenn man die Außenweser vertieft, Arbeitsplätze schafft! Leider ist es nicht so einfach, und ich garantiere Ihnen, wenn man mit dem nationalen Hafenkonzept gemeinsam an einem Strang zieht, schafft man bedeutend mehr Arbeitsplätze. Beim dritten Mal stellen Sie noch die Unterweser mit hinein, dass das zeitgleich passiert. Letztendlich ist es aber so, dass das Planfeststellungsverfahren für die Außenweservertiefung überhaupt nicht eingeleitet ist. Deswegen kann man das auch nicht begrüßen.

Ich habe über dieses Thema in der Presse alles Mögliche gelesen. Jeder interpretiert diesen Kabinettsbeschluss, wie er will. Jetzt kommen Sie noch dazu, Herr Günthner. Jetzt interpretieren Sie auch noch eine verkürzte Darstellung in der Presse als

(A) eine Position von Herrn Trittin, und das muss ich hier natürlich klarstellen. Da zitieren Sie nicht vollständig, wenn Herr Trittin sagt, die Außenweservertiefung ist im Vergleich zur Elbe natürlich nicht so umwelterheblich. Das ist so! Das ist auch okay, aber deswegen das so zu interpretieren, jetzt ist Trittin auch für die Außenweservertiefung, das ist weit hergeholt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte deswegen aus einer Klarstellung des Bundesumweltministeriums aus einem Brief vom 27. September zitieren, wie denn der Kabintettsbeschluss zu verstehen ist. Die richtige Interpretation ist nämlich:

"Zwar können bereits jetzt Detailplanungen und Untersuchungen zu den Vorhaben aufgenommen werden, um eine Basis für spätere Planfeststellungsverfahren zu gewährleisten, die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens setzt aber voraus, dass die Gleichstellung mit dem vordringlichen Bedarf erfolgt ist, die Vorhaben also als prioritär festgelegt wurden. Demnach müssen alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Das positive Ergebnis der Untersuchung ist mit dem Bundesumweltministerium festzustellen. Vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens ist daher eine Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium und gegebenenfalls ein weiterer Kabinettsbeschluss erforderlich." Soweit die Aussage!

(Glocke)

**Präsident Weber:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Günthner?

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Frau Kollegin Dr. Mathes, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass nach einem Absatz, bevor Herr Trittin sich zur Elbe äußert, es dann heißt: "Neue Baggerungen in der Außenweser hält Trittin hingegen für weniger kritisch, auch wegen der Kosten."? Nur das habe ich vorhin zitiert und nichts anderes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, dann sind wir uns da einig! Wenn man also Außenweservertiefung und Elbevertiefung vergleicht, ist festzustellen, die Außenweservertiefung ist viel billiger, nämlich um den Faktor zehn, und sie ist viel weniger umwelterheblich, insbesondere was das Hochwasserrisiko betrifft. Das ist so! Trotzdem ist das so, weil die Elbevertiefung ein Wahnsinnseingriff wäre, auch was die Frage des Hochwasserschutzes und die Kosten betrifft, die betragen bis zu 350 Millionen Euro. Das sind doch ganz andere Dimen-

sionen, aber weil das eine so wahnsinnig teuer und ein wahnsinniger Eingriff in die Umwelt ist, kann ich doch nicht sagen, das andere ist deswegen umweltunerheblich. Ich muss mich doch an die Fakten halten.

Ich komme zum Schluss! Die Position, die ich eben noch einmal dargelegt habe, insbesondere auch die Position des Bundesumweltministeriums ist die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier in der Bremischen Bürgerschaft, und unser Ziel ist keine Verhinderungspolitik, sondern unser Ziel ist es, Wege zu finden, die mehr Arbeit schaffen und die Umwelt schützen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Jetzt muss ich erst einmal sortieren, das ist alles ziemlich unübersichtlich geworden. Zunächst einmal, liebe Frau Dr. Mathes, ist natürlich klar, dass die Außenweservertiefung kein kleiner Eingriff ist. Das hat auch nie jemand gesagt. Wir sprechen hier von einer 120 Kilometer langen Ausbaustrecke. Das ist kein kleiner Eingriff.

Herr Dr. Güldner hatte vorhin die Zwischenfrage gestellt, woher wir wissen, dass die Vorprüfungen positiv gewesen sind. Es gab eine Presseerklärung des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe e. V., in der das einmal erwähnt wird, und zum anderen sagt die Wasser- und Schifffahrtsdirektion, dass im Bereich der Vorprüfung positive Ergebnisse erzielt worden sind. Wir sagen sogar, dass Tidenwertänderungen im unteren Bereich der Zentimetergrenze erreicht werden bei Vertiefung. Das muss man, denke ich, doch einmal zur Kenntnis nehmen.

Zum anderen sagt Ralf Nagel, der Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dass der Planungsauftrag erteilt worden ist. Ich weiß nicht, wie Sie mit Ihren Ministern der Bundesregierung kontaktieren. Hier ist ein klarer Auftrag an die Wasser- und Schifffahrtsdirektion gegeben worden. Das ist festzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt einmal zur Frage der Position vom Bündnis 90/Die Grünen! Ich denke, eine politische Diskussion ist eine, in der jeder Argumente bringt, und die anderen hören zu. Ich höre immer sehr gut zu, und ich habe gut zugehört, und ich wundere mich immer, wer eigentlich bei Ihnen bei Hafenangelegenheiten spricht. Da weiß man auch nicht so genau, an wen man sich eigentlich wendet, aber ich habe gut zugehört.

(D)

(A) Sie sagen, wir stehen dem nicht im Wege, wir prüfen einmal. Ihr Herr Lehmann hat gesagt, ein Tiefwasserhafen, und er hat gesagt, Wilhelmshaven ist der neu zu bauende Tiefwasserhafen,

> (Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Soll Bremerhaven jetzt so tief werden wie Wilhelmshaven?)

und dementsprechend ist natürlich der Versuch, den Sie machen, hier ziemlich deutlich geworden, dass Sie durch die Hintertür die für Bremen und Bremerhaven wichtige Außenweservertiefung verhindern wollen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Gloystein.

**Bürgermeister Dr. Gloystein:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einmal zur Klärung der Sachlage! Zitat: "Das Bundeskabinett hat festgelegt, den Beschluss zur Aufnahme der Planungen für das Planfeststellungsverfahren zu erlassen." Das ist der wörtliche Beschluss. Dieser Auftrag ist an Aurich ergangen.

Jetzt noch einmal ein paar Eckpunkte aus Sicht des Senats! Ich glaube, dass die Außenweservertiefung erstens ökonomisch sinnvoll ist, daran kann es wenig Zweifel geben, dass es zweitens vom ökonomischen Aufwand her relativ günstig ist, diese Fahrrinne mit ungefähr 30 Millionen Euro auszubaggern, ist, glaube ich, auch deutlich.

Der dritte Punkt ist die Ökologie. Natürlich ist es auch, obwohl die Eingriffe relativ zu anderen eher geringer sind, ein Eingriff, aber der größte Teil der Einwendungen und Kommentare, die da eben gemacht wurden, wird in der Art der Ausbaggerung und in der Art des ganzen Projektes selbst behoben. Es geht nicht darum, dass einfach nur eine Rinne gebaggert ist, durch die die Containerschiffe fahren, sondern es geht auch darum, dass unter Wasser eine Wasserführung erreicht wird, die übrigens relativ aufwendig ist, die einen großen Teil dieser Dinge dann abdeckt, und das ist in dem Projekt enthalten.

Es ist natürlich richtig, dass dieser ganze Beschluss durchaus interpretationsfähig ist. Das ist in der Öffentlichkeit auch genügend gemacht worden. Unsere Informationen und auch die Informationen der Nachbarressorts in Hamburg und auch aus dem Bundesverkehrsministerium und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Aurich sind positiv. Wir haben dort nachhaltig nachgefragt, wie denn das alles zu interpretieren sei, und die Per-Saldo-Wertung ist positiv. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass der Beschluss in der Essenz, im Wesentlichen nur eines bedingt, dass ein Verfahren eingeleitet worden ist, das frühestens 2007 einen Anfang der Bauarbeiten ermöglicht. Ob das nun kommt, ist eine andere Beschlusslage. Wenn dies jetzt nicht am 15. September so beschlossen worden wäre, wäre unter keinen Umständen ein Baubeginn 2007 möglich gewesen. Wir haben also eine Voraussetzung geschaffen, diese Bedingung ist aber nicht ausreichend.

Meine Bitte an alle Beteiligten wäre schon die, dass wir nicht durch Relativierungen und Infragestellungen dieses Projekt nach hinten ziehen. Natürlich ist die Neigung auch beim Bund, bei allen da, dies allein aus Haushaltsgründen nach hinten zu ziehen. Je weiter wir es nach hinten ziehen, umso mehr kommen wir in eine Marktsituation, ich habe es bei einem anderen Tagesordnungspunkt schon dargelegt, in der die Alleinstellung Bremerhavens, die 2008 erreichbar wäre, nicht mehr gegeben ist.

Im Reedereigeschäft handelt es sich um ein Logistik-, um ein Systemgeschäft. Wenn bestimmte Routen und bestimmte Infrastrukturen einmal festgelegt werden, ist es relativ schwierig, wieder davon wegzukommen. Wenn wir, ich nenne einmal eine Zahl, in den Beginn des nächsten Jahrzehnts, 2012, 2013, kämen, weil immer wieder etwas verzögert wird und hier ein finanzieller Engpass ist und da noch ein Einwand zu berücksichtigen ist und so weiter, dann ist es in der Tat nicht mehr unbedingt sicher, dass diese Verkehre mit den Größtschiffen dann auch in Bremerhaven landen. Dann sind wir in einer Konkurrenzsituation mit anderen, die inzwischen den Vorteil, den wir uns durch eine kluge Politik herausgearbeitet haben, auch haben. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, und ich bitte alle, dies hier zu berücksichtigen.

Noch einmal zu der Frage mit dem einen Hafen! Wenn man weiß, welche Kapazitäten für diese großen Schiffe in Bremerhaven und in Wilhelmshaven geschaffen wurden, dann ist eigentlich klar, dass nach allen perspektivischen Überlegungen ab Anfang des nächsten Jahrzehnts diese Kapazitäten auch jetzt schon nicht mehr für einen Hafen ausreichen würden. Wir brauchen mindestens zwei, und wenn wir die brauchen, sollten wir alles daran setzen, dass Bremerhaven da die meisten Spielanteile hat.

#### (Beifall bei der CDU)

Das nationale Hafenkonzept: Theoretisch ist zunächst einmal nichts dagegen einzuwenden, nur, wir haben ein Gremium, das ist die Küstenwirtschaftsminister und -senatorenkonferenz, die Ministerpräsidentenkonferenz und die maritime Konferenz. In dieser Konferenz wird eigentlich alles das, was von einem nationalen Konzept gefordert wird, auf relativ unbürokratische Weise geleistet, aber, und das ist der entscheidende Punkt, mit der letzten Instanz, dass die Länder auch zuständig bleiben und in diesem Fall Bremen.

(B)

(A) Ich stelle einmal die Gegenfrage: Meinen Sie denn, wenn wir vor zehn Jahren ein nationales Konzept gehabt hätten, dass in diesem nationalen Konzept Bremen und Bremerhaven in dieser Großschiffsfrage jetzt die Chance auf eine führende Position gehabt hätten? Die haben wir doch nur deshalb gehabt, weil hier unter vorausschauender Politik die Voraussetzungen geschaffen wurden, dass wir im Jahr 2008 frühestens hier in dieser Art aufgestellt sein können, dass wir eben dieses Alleinstellungsmerkmal haben! In einer ewigen Abstimmungsrunde mit den anderen und mit dem Bund wäre es irgendwo vermauschelt worden, und wir hätten unsere Quotenanteile bekommen. Wir hätten nie diese Chance gehabt, und das bitte ich hier doch einmal sehr nachhaltig zu berücksichtigen!

Letztendlich ist es schon der Vorteil, dass wir hier als letztentscheidendes Land unsere eigene Infrastruktur geschaffen haben. Wir brauchen allerdings in der Tat für die Weservertiefung natürlich den Bund, und damit wir diesen Beschluss bekommen, wäre es sehr von Nutzen, wenn wir hier mit einer einheitlichen und auch überparteilichen Stimme sprechen könnten, denn es ist ein Land-Bund-Projekt, und da sind wir gemeinsam sehr nachhaltig auf den Erfolg angewiesen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Lehmann.

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gloystein, bitte unterschätzen Sie die Wichtigkeit unseres Hafenkonzeptes nicht! Was heißt unseres, überhaupt des Hafenkonzeptes! Das soll noch erarbeitet werden, und es ist nicht nur eine Idee der Grünen. Die Fortsetzung dieses Konzeptes aus dem Bundesumweltministerium ist sinnvoll. Es ist kein Verzögerungsinstrument, sondern eine kluge und nachhaltige Lösung, und daher sollten Sie auch unserem Antrag zustimmen.

Noch ein Wort zum Thema Außenweser! Ich frage mich: Warum sollten wir nicht wenigstens abwarten mit der Vertiefung, bis ein weiteres ökologisches Gutachten da ist?

(Abg. Focke [CDU]: Das ist doch gerade von Ihrer Kollegin zitiert worden! Wird doch alles gemacht!)

Wird gemacht! Sie fordern aber die Außenweservertiefung sofort, und das wollen wir natürlich nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen vorher ein ökologisches Gutachten haben. (C) ben.

(Zurufe von der CDU)

Daher noch einmal die Forderung an Sie, unserem Antrag zuzustimmen! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/426, Neufassung der Drucksache 16/391, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Abg. Tittmann [DVU] und Abg. Wedler [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(D)

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/420 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Abg. Tittmann [DVU] und Abg. Wedler [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

# Arberger und Mahndorfer Marsch: Finanzdesaster begrenzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. September 2004 (Drucksache 16/403)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Gloystein.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als letzten Tagesordnungspunkt wollen wir uns heute hier, das passt auch gut zu der Debatte davor, über ein weiteres Politikfeld beziehungsweise über einen weiteren Sachverhalt unterhalten, der auch schon in der Tradition steht wie der Punkt eben auch, der Tradition des Nicht-so-genau-wissen-Wollens. Der "Weser-Kurier" berichtet am 15. September 2004, dass die Vermarktung der 800 Hektar großen Flächen in der Arberger und Mahndorfer Marsch, die die BIG im Auftrag der Stadt macht, nicht so recht funktioniert, dass die BIG Finanzprobleme hat und dass es Nachschussbedarf durch die Stadt gibt, wir haben nämlich der BIG für die Vermarktung der Flächen Garantien gegeben, und dass die BIG den Auftrag gern an die Stadt zurückgeben möchte, jedenfalls für einen Teil der Flächen, die soll die Stadt dann selbst vermarkten oder sonst etwas damit machen.

Wir haben deshalb diesen Antrag hier eingebracht, der den Senat verpflichten soll, kurzfristig der Bremischen Bürgerschaft Bericht über die finanziellen Auswirkungen der nicht erfolgten Vermarktung großer Flächen in der Arberger und Mahndorfer Marsch zu erstatten. Wir möchten hier mit unserem Antrag sicherstellen, dass so lange kein neues Gewerbeflächenkonzept in Bremen aufgelegt wird, zumindest kein weiteres Geld für die Westerweiterung des Technologieparks aufgelegt wird. Ansonsten ist das klar, dass man sich darüber unterhalten muss, wie die Gewerbeflächenpolitik in Bremen insgesamt neu geordnet werden kann.

(B)

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Geschichte! Am 9. Dezember 1997 beschloss der Senat, das Gewerbegebiet Hansalinie/Hemelinger Marsch auf die Arberger und Mahndorfer Marsch auszudehnen. Der Presseerklärung der SPD-Fraktion vom 27. September 2004 konnte ich übrigens entnehmen, dass die SPD auf der Suche ist, wer die politische Verantwortung für die Fehlprognose trägt. Nun ja, ich will Ihnen da gern einmal auf die Sprünge helfen: Zu dieser Zeit, also am 9. Dezember 1997, war Herr Hattig Senator für Wirtschaft, Staatsrat war Professor Dr. Haller, heute BAW, Herr Perschau war Finanzsenator, und Herr Scherf war und ist bis heute Präsident des Senats.

Im Januar 1998 begrüßte die Stadtbürgerschaft, CDU, SPD und AFB-Fraktion, jubelnd die Vorschläge des Senats. Zum Thema politische Verantwortung! Verantwortliche Fraktionsvorsitzende sind Herr Christian Weber, heute Präsident der Bürgerschaft, und Ronald-Mike Neumeyer, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion. Ohne jede Kalkulation der Fol-

gekosten, ohne genaue Auseinandersetzung damit, welche Flächen eigentlich wofür gebraucht werden, wurde hier bejubelt, dass der Senat diese Flächenorgie auf Kosten der bremischen Steuerzahler feiern möchte.

Aus der Bürgerschaftsdebatte im Oktober 1998, also ein halbes Jahr später, möchte ich meinen Kollegen Dieter Mützelburg zitieren, der hat dem Haus hier gesagt: "Meine Damen und Herren, unserer Auffassung nach ist die Ausdehnung des Gewerbegebietes Hemelinger Marsch auf diesen gesamten Plan Hansalinie bis nach Mahndorf erstens am Bedarf vorbei, zweitens ökonomisch fragwürdig, drittens ökologisch schädlich und viertens auch regionalpolitisch äußerst umstritten." Das ist die richtige Aussage gewesen, die bis heute gilt und die sich heute dramatisch bestätigt.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir mussten uns dann wie eben auch anhören, mit den Grünen gingen die Lichter aus, wir wollten irgendetwas verhindern, wir hätten keine Verantwortung für den Standort, und mit den Grünen in die Steinzeit und dieser ganze Quark, den Sie hier immer abliefern, wenn Sie meinen, Sie hätten es nicht nötig zu argumentieren, weil Sie ja eine so große Koalition sind und außerdem die große BIG im Rücken haben! Lesen Sie einmal die Jubelbeiträge des Kollegen Sieling, der Kollegin Winther und des damaligen Bausenators Schulte in dieser Debatte, lesen Sie einmal nach, was in dieser Debatte für ein Schmarren über die Vermarktungschancen erzählt worden ist und dass Bremen nur damit vorankommt, und wer das nicht will, ist Totengräber des Standorts und immer so weiter!

### (Abg. Focke [CDU]: Carsten, was hast du erzählt?)

Der Senat gab die Aufträge dann der BIG, die Flächen anzukaufen, und am 28. Mai 1999, ein interessantes Datum, hat dann der Vermögensausschuss noch einmal schnell vor der Bürgerschaftswahl, damit man das vor den gefährlichen Grünen, die drohten an die Macht zu kommen, in Sicherheit bringen konnte, eine hundertprozentige Ausfallbürgschaft für die BIG in Höhe von bis zu 135,8 Millionen DM beschlossen. Da war es Ihnen wieder ganz eilig, ganz schnell Geld zu beschließen.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seite sechs der Vorlage für die Vermögensausschusssitzung zitiere ich hier mit Genehmigung des Präsidenten, das müssen Sie sich einmal aus heutiger Sicht anhören, welcher Hohn, es heißt dort nämlich: "Ein globales Rechenmodell ergibt folgendes: Bei der Vermarktung der Nettoflächen von beispiels-

(A) weise 250 Hektar einer jährlichen Vermarktung von 20 Hektar zu einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 100 DM Verkehrswert pro Quadratmeter für den Zeitraum 2003 bis 2015 wären die oben genannten Kosten bei einem Finanzierungszinssatz von 5,5 Prozent refinanziert." Das war alles, das war die gesamte Kostenkalkulation für eine Bürgschaft in Höhe von 135,8 Millionen DM, und Sie begrüßen und feiern das, und Sie freuen sich über die ungeheuerlichen Erfolge für den Standort Bremen. Das ist finanzpolitisch unverantwortlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser schüttere Satz über die Kostenfolgen war alles, was Sie verlangt haben, das war es, keine Plausibilitätsberechnung, keine Bedarfsplanung, Augen zu und durch, nach uns die Sintflut! Herr Böhrnsen, die politische Verantwortung, schauen Sie einmal in den Spiegel, das waren diese Seite des Hauses und diese Seite, die sich damit zufrieden gegeben haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

880 Hektar in zwölf Jahren zu verkaufen war damals, das haben alle gewusst und alle gesagt, völlig realitätsfern. Nun hatte die BIG ihren Auftrag und ihre Garantie, alle Folgen nicht zutreffender Prognosen gingen und gehen zu Lasten der Stadt.

Jetzt kommt der nächste Akt dieser Schmierenkomödie! Wer wusste seit wann, dass die BIG Geld braucht, dass sich die Vermarktung dieser riesigen Fläche längst nicht so entwickelt, wie man den Abgeordneten weismachen wollte? Die BIG wusste es sicher, der Aufsichtsrat der BIG wohl auch.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Werist denn von den Grünen im Aufsichtsrat?)

Mit notwendigen Vorinformationen versehen kann man gewisse Informationen auch dem Controllingbericht entnehmen. Im Wirtschaftsressort bei Herrn Senator Perschau war seit langem bekannt, dass dort alle Prognosen über die Vermarktung der Flächen Makulatur sind und sehr große finanzielle Belastungen auf Bremen zukommen.

Nun ist ein besonders appetitlicher Streit zwischen dem Wirtschaftsressort und der BIG entbrannt, und die BIG hat, um sich selbst zu entlasten, an das Wirtschaftsressort einen Brief geschrieben und geht auf die Presseberichterstattung im "Weser-Kurier" ein. Daraus möchte ich gern mit Genehmigung des Präsidenten kurz zitieren, auf Seite zwei der Stellungnahme der BIG heißt es:

"Die BIG hat den Senator für Wirtschaft und Häfen laufend und umfassend über den Stand aller Ankäufe und die finanzielle Entwicklung des Projektes Arberger/Mahndorfer Marsch informiert. Insbe-

sondere hat die BIG bereits in 2002 den Senator für Wirtschaft und Häfen gebeten, die Auftragsfinanzierung durch die BIG aufgrund veränderter Rahmenbedingungen anzupassen. Den Vorlagen des Senators für Wirtschaft und Häfen für das Wirtschaftskabinett des Senats, für den Senat sowie den Vermögensausschuss lag jeweils eine Modellrechnung des Senators für Wirtschaft und Häfen zugrunde, nach der von einer jährlichen Vermarktungsleistung von 20 Hektar ausgegangen wurde. Hibeg, BIG und WfG gingen seinerzeit von einer Vermarktungsleistung von jährlich sieben Hektar aus. Weder die Hibeg als Vorläuferunternehmen der BIG beziehungsweise die BIG oder die für die Vermarktung zuständige WfG Bremer Wirtschaftsförderungs GmbH haben jemals erklärt, die vom Ressort genannte Vermarktungsleistung von 20 Hektar jährlich realisieren zu können. Das gilt ungeachtet der Tatsache, dass zum damaligen Zeitpunkt im gesamten Stadtgebiet rund 60 Hektar an Gewerbeflächen vermarktet werden könnten."

Das heißt klar und eindeutig, das Wirtschaftsressort hat sich die 20 Hektar, die angeblich pro Jahr vermarktet werden könnten, aus den Fingern gesogen und hat den Abgeordneten erzählt, dass damit eine Rentabilität des Mitteleinsatzes aus Steuergeldern gewährleistet werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als dieses Lügengebäude drohte zusammenzufallen, als klar wurde, dass es jetzt sehr viel Geld kostet, wurde gezögert. Man hat nicht zu den Haushaltsberatungen, wie man das hätte machen müssen, dem Haushaltsgesetzgeber gesagt, welche Kalamitäten drohen, sondern man hat einfach gezögert und so lange gewartet, bis die Haushaltsberatungen vorbei sind, und hat bis heute weder dem Haushaltsund Finanzausschuss noch den Wirtschaftsförderungsausschüssen einen Bericht über die finanziellen Folgen dieses Flächenabenteuers vorgelegt, aus dem man sehen kann, dass Ihre Angebotspolitik in der Flächenfrage völlig gescheitert ist und dass Generationen an Ihrem Überwahn werden abbezahlen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Perschau [CDU]: Frau Trüpel wusste alles!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie wenigstens unseren Antrag, dass der Senat jetzt verpflichtet wird, einen Bericht vorzulegen! Wir müssen damit rechnen, dass eine ganz große Summe auf den bremischen Haushalt zukommt. 75,5 Millionen Euro sind für die Grunderwerbskosten eingesetzt worden und 221 Millionen Euro für Erschließungsprojekte und Planungskosten. Das sind schon fast 300 Millionen Euro, von denen man eine viel geringere Anzahl an Verkäufen in der Tat abziehen muss. Aber wann?

(D)

(D)

(A) Wenn in Zukunft nur noch fünf Hektar pro Jahr vermarktet werden können, dann ist die Fläche vermarktet, wenn Henning Scherf 112 Jahre alt ist. Dann rechnen Sie bitte einmal aus, wie hoch die Finanzierungskosten in diesem Zeitraum sind!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wahrscheinlich ist er dann nicht mehr Bürgermeister. Nach Rechnungen der BIG kommt man auf 500 Millionen Euro Ankaufs-, Erschließungs- und Finanzierungskosten. So ein Wahnsinn! Wir verlangen, dass Sie das hier und dem Haushaltsausschuss darlegen.

Es ist in der Tat richtig, dass die Dimension dieses Finanzabenteuers die des Space-Parks weit überschreitet. Die SPD-Fraktion hat in ihrer Presseerklärung erklärt, das Problem in Höhe von mehr als 50 Millionen Euro, da haben Sie eine Null vergessen, dürfe nicht durch eine schlichte Übernahme der Kosten in den öffentlichen Haushalt und nicht zu Lasten anderer Investitionsprojekte gelöst werden. Ja, wie denn sonst? Nicht in den Haushalt? Die BIG kommt nicht weiter klar mit den Schulden, die sie hat! Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Wollen Sie es außerhalb des Haushalts finanzieren, wollen Sie es weiter vor sich herschieben, wollen Sie es vielleicht nicht nur bis 2047, sondern vielleicht bis 2080 finanzieren? Natürlich muss das in den Haushalt und mit einberechnet werden in Ihre Investitionsplanungen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Der Senat hat mit seiner überbordenden Flächenpolitik hier ein gigantisches, auch finanzpolitisches
Debakel angerichtet. Wenn Sie nach dem Verantwortlichen suchen, ich rate Ihnen, heute ist nur Herr
Gloystein da, dem kann man es in der Tat nicht in
die Schuhe schieben, ansonsten glänzt der Senat bei
dieser Frage ja durch Abwesenheit, das verstehe ich,
aber da sitzen die politisch Verantwortlichen dafür,
dass den Abgeordneten nicht die Wahrheit gesagt
wird, und die politisch Verantwortlichen dafür, dass
sie diesen Mist geglaubt haben, weil sie ihnen glauben wollten, sitzen hier in diesem Haus dort und dort.
Auf der Suche nach den politisch Verantwortlichen
schauen Sie in den Spiegel!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Anfang eines vorwegschicken, denn dies hat auch schon bei Frau Linnert eine entscheidende Rolle gespielt: Wir haben als große Koalition uns entschieden, die Arberger und Mahndorfer Marsch in Teilen auch als Gewerbefläche anzubieten. Es geht für uns heute nicht darum, eine Abkehr von dieser Politik zu betreiben. Es geht vielmehr darum, ob im Rahmen der Erschließung, die im Augenblick läuft, Fehler gemacht worden sind, ob es Verschleppungen in der Darstellung gegeben hat, und nach dieser Verantwortlichkeit, Frau Linnert, haben wir gefragt. Es ist klar, dass es Fehler gegeben hat, ansonsten wären wir nicht in der Situation, in der wir heute sind.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich fand das Ganze etwas überraschend, denn im März 2003 hat ausweislich einer Mitteilung des Senats der Senat Folgendes erklärt, Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren: "Aufgrund der guten Vermarktungsleistungen der letzten Jahre insbesondere an hochwertigen Gewerbestandorten besteht für diese Flächen der Bedarf zügiger weiterer Flächenerschließung. Das gilt insbesondere für die Gewerbestandorte", es folgen einige, "und dann auch den Gewerbepark Hansalinie Bremen mit seiner in Planung befindlichen Erweiterung in die Arberger und Mahndorfer Marsch."

Am 19. August 2003 erklärt der Senat: "Gerade die vergleichsweise hohe Quote der Neuansiedlung von Betrieben belegt die besondere Attraktivität des Standorts der Hansalinie." Noch in den Wirtschaftsförderungsausschüssen vom 20. November 2003 wird formuliert: "Seit Beginn der Vermarktungsaktivitäten 1998 sind durchschnittlich" – und hier kommt dann einmal die Zahl – "sechs Hektar Gewerbeflächen pro Jahr vergeben worden. Ohne eine kurzfristige Erschließung weiterer Baugebiete zeichnet sich ein Mangel an erschlossenem Bauland ab." Weiter heißt es: "Die Arberger und Mahndorfer Marsch soll bedarfsgerecht weiter erschlossen werden."

Es gibt in keiner dieser Darstellungen einen Hinweis darauf, welche finanziellen Belastungen durch die Nichteinhaltung des Zielwertes von 20 Hektar, die verkauft werden sollten, eigentlich auf die Haushalte zukommen. Es gibt keine Klarstellung, dass wir hier in eine gefährliche finanzielle Situation laufen. Ich glaube, dies war seitens des Senats auch dem Haus gegenüber ein Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Von daher, denke ich, ist es notwendig, dass wir bestimmte Offenlegungen brauchen. Wir brauchen einen Bericht, wie es dazu kommen konnte, wie es auch dazu kommen konnte, dass, wie Frau Linnert das zitiert hat, die BIG schon vor zwei Jahren erklärt hat, es geht so nicht, und keine Reaktion des Hauses des Wirtschaftssenators erfolgt ist. Herr Gloystein, das trifft Sie jetzt nicht persönlich, aber es trifft nun einmal das Haus.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Also, wie kann es sein, wenn eine Gesellschaft, die damit betraut ist, Gewerbeansiedlungen zu machen, die das Geschäft tatsächlich betreibt, erklärt, dass es in dem Maße nicht läuft, dass im Hause des Wirtschaftssenators dies zur Kenntnis genommen wird, dem Parlament nicht mitgeteilt wird und keine Lösungskonzepte erarbeitet werden? Das, finde ich, ist ein unmöglicher Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen wissen, welche Auswirkungen das eigentlich auf andere Gewerbeflächen hat. Heißt das jetzt eigentlich, dass wir Anpassungen im Integrierten Flächenprogramm machen müssen?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das müssen wir, Herr Liess!)

Was bedeutet dies konzeptionell für die weitere Gewerbeflächenpolitik Bremens? Dies muss ein Bericht ergeben.

Dann auch schließlich die Frage und die Sorge, die mich zunehmend umtreibt: Haben wir eigentlich in anderen Teilen unseres Landes ähnliche Probleme mit den Gewerbeflächen? Droht uns da so etwas noch einmal? Auch das ist bisher nicht beantwortet. Dann die Frage: Welche Auswirkungen hat das eigentlich auf unsere Investitionspolitik? Die schlichte Übernahme der Kosten, die Sie aus unserer Presseerklärung zitiert haben, bezog sich darauf, dass es nicht sein kann, selbstverständlich stehen wir in der Verpflichtung, das ist ja so, das lässt sich auch nicht wegdiskutieren, aber die schlichte Übernahme der Kosten und zu sagen, wir machen so weiter, und das war es dann, das genau kann und darf nicht so sein, sondern Konsequenzen müssen gezogen werden!

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, dass offensichtlich der Kontrollmechanismus, den wir in den Controllingberichten haben, in dieser Form so nicht ausreicht. Selbstverständlich war in den Controllingberichten zu sehen, wie viele Gewerbeflächen jährlich in der Hemelinger Marsch verkauft werden konnten. Es war aber nie zu erkennen und ist in den Controllingberichten bis heute nicht zu erkennen, welche finanziellen Belastungen eigentlich erwachsen und welche finanziellen Konsequenzen das hat. Das muss sich ändern!

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen wir natürlich überprüfen, wenn wir davon ausgegangen sind, 20 Hektar würden wir jährlich verkaufen – und das tun wir nicht, es sind fünf

bis sechs! –, dass die Erschließung, wie sie heute stattfindet, in dem Tempo, in dem sie heute stattfindet und mit dem finanziellen Einsatz, mit dem sie stattfindet, so nicht weitergehen kann. Wir müssen das ernst nehmen, was der Senat und das Parlament immer gesagt haben, eine bedarfsgerechte Erschließung der Arberger und Mahndorfer Marsch!

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen in dem Zusammenhang vielleicht auch einmal überlegen, da wir wissen, von den 800 Hektar sind ja nur 220 Hektar tatsächlich für Gewerbeflächen vorgesehen, ob wir nicht schon jetzt damit anfangen können, andere Flächenteile in diesem Gebiet auch als Ausgleichsflächen zu nutzen. Wir brauchen in Bremen Ausgleichsflächen und müssen zum Teil in Niedersachsen Flächen dafür aufkaufen. Dies wäre eine Möglichkeit, um hier auch insgesamt zu einer besseren Nutzung zu kommen. Sicherlich werden wir über eine Frage des neuen Vermarktungskonzepts reden müssen.

Meine Damen und Herren, Sie haben gemerkt, wir teilen den Berichtswunsch, den die Grünen geäußert haben. Wir haben als Sozialdemokraten versucht, mit der CDU zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen, das ist uns nicht gelungen. Wir erwarten nach wie vor die Beantwortung eines Briefes, den wir an den Wirtschaftssenator am 15. September gerichtet haben, wo wir einige dieser Fragen schon gestellt haben. Wir erwarten also eine Berichterstattung, wir erwarten sie schnell, aber ich glaube, wir werden uns nochmals auch hier im Parlament darüber zu unterhalten haben.

Nun zum zweiten Teil, Technologieparkerweiterung! Wir Sozialdemokraten haben ja noch einmal eine Kleine Anfrage über die Eigennutzung im Technologiepark gestellt. Die Antwort hinsichtlich der Eigennutzung im Technologiepark und der im Augenblick existierenden Nachfrage macht für mich zumindest deutlich, dass wir das Projekt der Westerweiterung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr forcieren sollten, weil der Bedarf in der Form nicht vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Meine Damen und Herren, den Antrag der Grünen werden wir naturgemäß ablehnen, und ich füge hinzu, müssen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

(B)

(D)

(D)

(A) Abg. Frau **Winther** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Linnert, Ihr recht unverfrorener

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie bitte?)

und oberlehrerhafter Beitrag ist den Bedeutungen der Gewerbeflächen für Bremen in keiner Weise gerecht geworden!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie bitte? Sie verballern eine halbe Milliarde!)

Sie haben hier die Dinge verdreht! Sie haben nicht gesagt, dass Frau Trüpel alle Informationen zur Hansalinie hatte! Das Einzige, was Sie können, das ist hier unseren Standort schlecht reden.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie haben auch nicht gesagt, was denn der Erfolg Ihrer Gewerbeflächenpolitik in Ihrer Ampelzeit gewesen ist. Sie haben nicht gesagt, wo sich damals die Arbeitsplätze angesiedelt haben, nämlich in Achim und Oyten, im Umland und nicht in Bremen, und dass wir deshalb heute ein derartig großes Problem haben.

(B)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch einfach nicht in Ordnung, Sie haben die Verantwortung! Stehen Sie doch wenigstens dazu!)

Es fällt schon ein bisschen schwer nach dieser von Ihnen so emotional geführten Debatte, zu einer vernünftigen, sachlichen Diskussion um die Gewerbeflächen hier zurückzukommen. Ich will es versuchen.

Bremen hat hervorragend clusterbezogene Gewerbeflächen: Dienstleistungen am Flughafen, Logistik im GVZ, Technologie im Technologiepark und für verarbeitendes und produzierendes Gewerbe die Hansalinie. Allein 5500 Menschen arbeiten heute in der Airport-Stadtmitte, 6200 im Technologiepark, 1500 in der Hemelinger Marsch. Das ist im Gegensatz zum wirtschaftlichen Stillstand in den achtziger und neunziger Jahren ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb haben wir auch 0,9 Prozent Wirtschaftswachstum!)

Es ist Bremen zwar gelungen, eine vergleichsweise gute Ausstattung mit entwicklungsfähigen Ge-

werbeflächen zu erreichen, ausreichend erschlossene und ausreichend vermarktbare Flächen fehlen aber nach wie vor. Die Hansalinie ist unser einziges großes, wettbewerbsfähiges Gewerbegebiet an einer Autobahn, eben für dieses verarbeitende Gewerbe. Im Umland gibt es bereits 650 Hektar freie, jetzt verkaufbare Flächen, und wenn wir unser Ziel, Arbeitsplätze in Bremen zu schaffen, nicht aus den Augen verlieren wollen, brauchen wir eigene Flächen im Angebot und dürfen nicht erst reagieren, wenn die Betriebe bei uns nachfragen. Das war die gescheiterte Politik von gestern.

Noch eines zur Hemelinger Marsch! Wenn wir die Hemelinger Marsch nicht gehabt hätten, dann hätten wir 1999 und im Jahr 2000 nicht rund 50 Hektar im Jahr vermarkten können, weil wir nämlich gar keine Flächen gehabt hätten. Sehr geehrter Herr Liess, Sie suchen nun nach Verantwortlichen dafür, dass diese Verkaufsleistungen nicht so weitergegangen sind. Es sollte Ihnen doch bekannt sein, dass die gesamtwirtschaftliche Lage seit drei Jahren ein Desaster ist,

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]): Jetzt kommt also der Textbaustein wieder!)

dass Unternehmen sich mit Investitionen zurückhalten und dieses Problem auch an Bremen nicht vorbeigeht. Für diese Situation machen Sie bitte die Bundesregierung verantwortlich und nicht das Wirtschaftsressort und nicht die BIG!

(Starker Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

1999, als wir die Hansalinie beschlossen haben, war diese Entwicklung so auch nicht vorherzusehen. Sie haben ja zitiert, was in der Vorlage vom 28. Mai 1999 stand, nämlich die Vermarktung von 20 Hektar pro Jahr und dann, so wörtlich, als globales Rechenmodell. Dies galt bei Vollauslastung und bei stabilen globalen Einflussfaktoren.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese stabilen Einflussfaktoren haben wir leider nicht. Trotzdem sind aber in den vergangenen drei Jahren in der Hemelinger Marsch bis auf 3,5 Hektar alle Flächen verkauft worden und die von mir eben genannten Arbeitsplatzeffekte von 1500 Jobs dort entstanden mit den entsprechenden Steuereinnahmen.

Die Mehrbelastungen sind nicht erfreulich, nur, sehr geehrter Herr Liess, ich möchte Sie doch noch einmal daran erinnern, warum die Hansalinie so teuer ist und warum es zu solchen Zinseffekten kommt. Das waren erstens die ökologischen Vorgaben, die

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Sie gemacht haben, die zu den immensen Kosten bei den Ausgleichsflächen geführt haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn einem Hektar Gewerbeflächen 1,3 Hektar Ausgleichsflächen gegenüberstehen, damit also nur gut ein Drittel der Fläche für Gewerbe nutzbar ist, das treibt natürlich die Kosten in die Höhe, da muss man sich nicht wundern, und daran muss auch jede Fondslösung scheitern.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen)

Die CDU-Fraktion stellt daher ganz nachdrücklich die Frage, ob die ökologischen Flächen nicht reduziert werden können, um damit auch die Kosten zu senken.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen)

Zweitens, wenn die BIG 1998 nicht den größten Teil der Flächen den Landwirten im Paket abgekauft hätte, hätten Steuerlasten und Spekulationen die Preise hoch getrieben. Das gesamte Projekt wäre dann um ein Vielfaches teurer geworden.

Drittens, zum Einsatz von Steuergeldern, sehr geehrte Frau Linnert, wirtschaftlichen Einsatz von Steuergeldern! 1991 hat die damalige Regierung rund 80 Hektar in der Hemelinger Marsch für 27 Millionen DM gekauft und wegen Ihrer Vogelschutzstreitereien liegen gelassen. Fünf Millionen DM mussten damals allein für Zinsen nachbewilligt werden. Keine einzige Mark ist an Bremen zurückgeflossen, und kein einziger Arbeitsplatz ist in Bremen entstanden. Das war die beeindruckend verfehlte Politik, die Sie gemacht haben!

(Beifall bei der CDU)

Eine Anmerkung zu den 300 Millionen, die immer wieder auftauchen! Sehr geehrte Frau Linnert, Sie wissen ganz genau, diese Zahl ist fiktiv.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Fiktiv?)

Wenn Sie diese Zahl nennen, dann sollten Sie auch sagen, dass diese Folgen eben nur dann eintreten, wenn wir die Arbeiten an der Hansalinie sofort einstellen, und das ist ja wohl das, was Sie eigentlich anstreben.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Ein Letztes noch! Wenn vor 20 Jahren diese Flächen an der Hansalinie entwickelt worden wären, nämlich dann, als die Konjunktur gut lief, dann hätten wir sie heute vermarktet, und dann hätten wir heute kein Problem mehr.

(C)

(D)

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ist das!

(Unruhe - Glocke)

Es sind ja allein in einer Legislaturperiode, ich glaube, über 300 Betriebe abgewandert mitsamt den Arbeitsplätzen!

(Unruhe - Glocke)

**Präsident Weber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nähern uns dem Ende der heutigen Sitzung, ich bitte doch, dass wir gemeinsam der Rednerin zuhören! Wir haben eine Debatte nach der Geschäftsordnung, Sie können sich immer noch nach der Rednerin wieder melden.

Bitte, Frau Kollegin!

(Abg. Focke [CDU]: Eine Unverfrorenheit, wie hier mit der Rednerin umgegangen wird!)

Abg. Frau **Winther** (CDU): Wir haben jetzt Ruhe, und ich mache einmal weiter!

Die CDU hält es für einen fatalen Fehler, wenn wir den eingeschlagenen Weg für Neuansiedlungen von Betrieben und damit, und das ist unser allererstes Anliegen, von Arbeitsplätzen auf diesen attraktiven Flächen aufgeben würden.

Ich will noch etwas zum Technologiepark sagen, Herr Liess hat das angesprochen. Ich will da nur noch einmal darauf hinweisen, die Westerweiterung ist nicht die Idee der CDU.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich kann Ihnen gern auch das ganze Verfahren schildern. Ich kann Ihnen auch sagen, wie das mit dem Gutachten gelaufen ist. Wir hatten zunächst einmal eine Einigung zwischen SPD und CDU, dann haben die Kleingärtner aufgemuckt, und dann ist die SPD abgesprungen von der Süderweiterung. Eine Alternative gab es nicht, die mit der großen Koalition zu machen war, insofern gab es keinen anderen Weg als die Westerweiterung.

Wir sind nach wie vor dafür, dass es eine Option für Erweiterungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen im Technologiepark geben muss. Gut, wir bleiben auch dort nicht von Schwierigkeiten verschont,

(B)

(A) und insofern müssen wir eben reagieren. Das tun wir, indem wir bedarfsgerecht entwickeln, indem auch die Innenflächen verdichtet werden und somit alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, bevor andere Schritte in Angriff genommen werden.

Frau Linnert hatte, nun ist sie gar nicht mehr da,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, hier!)

noch Innovation angesprochen, ich belasse es jetzt bei diesem Teil. Ich denke, die Art und Weise, wie die Grünen mit diesem Thema hier umgehen, ist für Bremen schädlich, keineswegs hilfreich. Sie hätten sich einmal in München ansehen sollen, wie andere Standorte mit ihren Standorten umgehen! Sie reden sie eben gerade nicht schlecht in der Öffentlichkeit, sondern sie kämpfen für Neuansiedlungen und kämpfen für ein gutes Image, und ich bedauere es sehr, dass das hier so nicht möglich ist. – Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ehrlich gesagt, Frau Winther, dass Sie meiner Fraktionsvorsitzenden vorwerfen, sie sei emotional, ich finde, sie war sehr gelassen

(B)

(Widerspruch bei der CDU)

angesichts dessen, was Sie hier in diesem Bundesland angerichtet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben 800 Hektar angerichtet, lassen Sie es sich auf der Zunge zergehen, 800 Hektar wunderbare ökologisch wertvolle Landschaft zu ruinieren, ohne den wirtschaftlichen Effekt auch nur im Ansatz erreichen zu können. Sie haben angerichtet, die wunderbare Achterdiek-Landschaft in Oberneuland für einen Büropark zu opfern, der genauso wenig laufen wird, wie Ihre Hansalinie laufen wird. Sie haben angerichtet, das wunderbare Werderland sozusagen für einen Industriepark herzugeben, wo am Ende des Tages Leerstand ist.

Ich bin heute Morgen genau an diesen Standorten gewesen und habe mit Erschütterung festgestellt, was Sie angerichtet haben. Jetzt behaupten Sie, die Grünen würden den Standort kaputt reden. Mit Verlaub, die Grünen haben diese Dinge nicht zu verantworten. Wir haben, und Frau Linnert hat es ja deut-

lich gemacht und zitiert, vor Jahren schon genau vor diesem Zustand gewarnt, den Sie jetzt erreicht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herzlichen Glückwunsch an die SPD, ganz deutlich, wenigstens da wird ein Stück die Verantwortung gesehen und übernommen! Ich muss Ihnen dazu gratulieren. Ich hätte nicht damit gerechnet. Ich bin sehr froh darüber, weil die wichtigste aller Fragen doch jetzt in diesem Haus ist: Wie geht die Wirtschaftspolitik eigentlich weiter?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Von der CDU höre ich zurzeit nichts anderes als weiter so! Von der CDU höre ich genau die Sprache, die ich irgendwie seit Jahren in diesem Hause höre. Die Arbeitslosenzahlen sind nicht gesunken, die Gewerbeansiedlung hat nicht geklappt.

(Zurufe von der CDU)

In diesem Bundesland brauchen wir ein Nachdenken darüber, wie Wirtschaftspolitik weitergeht. Ich habe noch sehr genau die Abschiedsrede von Bürgermeister Perschau im Rathaus gehört, der zu Herrn Gloystein nur gesagt hat, bitte machen Sie alles so weiter. Ich sage Ihnen, Herr Gloystein, denken Sie darüber nach, verändern Sie die Politik, suchen Sie die Stärken in unserem Bundesland, entwickeln Sie diese, aber glauben Sie nicht, dass Sie sich ständig mit New York, München oder größeren Städten vergleichen können!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Gehen Sie von der Maßstäblichkeit unseres Bundeslandes aus, suchen Sie die Stärken aus, und vertreten Sie genau diese Politik! Wir brauchen einen Wandel der Wirtschaftspolitik in diesem Bundesland. Ich sage Ihnen, wir haben gestern die große Koalition gehört, der Senat habe einen Fehler gemacht. Wir haben heute gehört, der Senat habe einen Fehler gemacht. Ich sage Ihnen: Übermorgen werden wir auch hören, dass der Senat einen Fehler gemacht hat. Diese große Koalition hat ausgedient. Wir brauchen sie nicht mehr, wir brauchen für Bremen und Bremerhaven einen neuen Anfang. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Liess.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft,

(A) Abg. Liess (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzter Herr Kollege Möhle, bevor man einen Neuanfang macht, macht man einen Kassensturz, und dann schauen wir einmal, wo wir stehen, und den machen wir mit der CDU. Wir haben eine Verpflichtung bis 2007, und die werden wir auch einhalten.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um vielleicht auch einen falschen Zungenschlag aus der Debatte herauszunehmen. Ich glaube, es nützt uns jetzt nichts, wenn wir ohne ausreichende Daten pauschal über alle Gewerbegebiete gleichmäßig hinwegreden und es alles in einen Topf packen, sondern wir haben in der Tat, darauf hat Frau Winther zu Recht hingewiesen, Cluster gebildet. Wir wissen, dass es in einigen läuft, in anderen überhaupt nicht läuft

Ich sage Ihnen etwas zum Bremer Industriepark. Das haben wir damals natürlich auch gemacht, das ist auch kein Geheimnis, um die Stahlwerke zu stützen.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Richtig!)

Das muss man doch einmal deutlich sagen. Wir haben das Gelände gekauft, und wir haben dann versucht, dort Gewerbe anzusiedeln.

Im Übrigen bin ich bei dieser Gewerbefläche fest davon überzeugt, wenn wir dann den Wesertunnel haben, dass wir eine Erschließung für dieses Gebiet haben, die es sehr attraktiv machen wird. Im Übrigen findet dort keine Erschließung mehr statt. Das ist ja auch richtig.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dann möchte ich noch einmal damit aufräumen, dass es für uns Sozialdemokraten nicht darum geht, dass wir keine weitere Ansiedlung an der Hansalinie wollen. Wenn man aber auf der einen Seite sagt, die konjunkturelle Lage macht es so schwierig, und auf der anderen Seite erschließen wir in gleichem Umfang weiter, als wenn wir die konjunkturelle Lage nicht zur Kenntnis nehmen würden, dann ist das nicht richtig.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kastendiek [CDU]: Das hat keiner gesagt! Nein, nein, Herr Liess, das hat keiner gesagt!)

Gut, dann können Sie es gern klarstellen, für mich ist es so angekommen! Ich will es nur noch einmal deutlich sagen, dass wir – auch wenn wir das Wort bedarfsgerecht ernst nehmen und gleichzeitig auch sagen, und da sind sich SPD und CDU ja auch einig

– ein bestimmtes Angebot an Gewerbeflächen vorhalten müssen,

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Wieviel?)

dass wir dann aber auch aufpassen müssen, dass wir nicht über die Maßen Flächen erschließen. Das muss unsere Aufgabe sein.

Dann noch eine persönliche Bemerkung, die kann ich mir jetzt nicht verkneifen: Ich finde es eigentlich gut, dass wir in einer Stadt leben, in der aufmuckende Kleingärtner auch etwas erreichen können!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Herr Bürgermeister, möchten Sie sich melden?

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Ja, gern! – Heiterkeit)

Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Gloystein.

**Bürgermeister Dr. Gloystein:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eine große Befürchtung, dass wir hier über das in der Tat bestehende Finanzierungsthema bei der Hansalinie etwas den großen Faden für die Erschließung und die weitere Entwicklung Bremens verlieren.

Einige Grundsatzfragen sind hier angeschnitten worden anlässlich dieses zunächst einmal operativen Themas: Welches Investitionsniveau haben wir, und was erreichen wir mit diesem Investitionsniveau? Ich habe mir hier in den ersten Tagen meiner Amtszeit die Daten einmal angesehen. Das ist ganz interessant und nicht in allen Aspekten unbedingt unmittelbar ermutigend.

Wir haben in der Tat ein sehr hohes Investitionsniveau gefahren. Dieses hat im ISP-Bereich, das ist evaluiert worden, ungefähr größenordnungsmäßig 20 000 bis 22 000 Arbeitsplätze gesichert und ungefähr die gleiche Zahl, 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätze netto, gebracht. Wenn man andere Investitionsprogramme sieht, dann gibt es dort ähnliche Tendenzen: ungefähr die Hälfte der Arbeitsplätze gesichert und die Hälfte netto dazu gebracht. Dies ist, wenn man die einzelnen Programme sieht, durchaus ein erfolgreiches Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm gewesen, das allerdings auf eine Wirtschaft gestoßen ist, die in der Basiswirtschaft, also jenseits dieser öffentlichen Investitionen, noch weiterhin sehr stark Arbeitsplätze verloren hat.

Wir haben also, und das muss man in der Interpretation sehr deutlich sehen, durch das sehr hohe Investitionsvolumen, das wir hatten, die Lage stabilisiert, die Mitte der neunziger Jahre aus dem Ruder (D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) zu laufen drohte. Wir haben den niedrigsten Punkt unserer Beschäftigung 1999 erreicht und sind dann wieder nach oben gegangen, allerdings mit Werten, die keine qualitative Verbesserung bringen.

Wir haben bis 2002 ungefähr 12 000 Arbeitsplätze netto gewonnen und haben einige davon in der nachfolgenden Rezession wieder verloren. Netto haben wir zwischen 1999 und jetzt ungefähr 8 000 Arbeitsplätze gewonnen. Das ist natürlich bei 40 000 Arbeitslosen nicht viel. Diese Spanne zwischen 1999 und 2002 zeigt aber, was möglich ist mit einer solchen Politik unter einigermaßen vernünftigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn wir diesen Pfad hätten weitergehen können, dann wären wir heute nachhaltig weiter.

#### (Beifall bei der CDU)

Das muss man einfach sehen. Wenn man einfach nur sagt, wir haben jetzt nur 0,9 Prozent Wachstum im ersten Halbjahr, das ist ja leider richtig, und trotzdem ein hohes Investitionsvolumen, dann muss man die Ausgangsbasis sehr deutlich sehen. Wir sind leider in einer Lage, in der wir das sehr hohe Investitionsvolumen dringend notwendig brauchten, um überhaupt einmal die Lage zu stabilisieren. Ansonsten hätten wir, wenn wir den Pfad zwischen 1990 und 1998 weiter gefahren hätten, heute die doppelte Arbeitslosigkeit. Die aggregierten Zahlen, verbergen eher das Problem, als dass sie uns hier eine Erhellung bringen.

(B)

Ausgangspunkt meiner Ausführungen: Ich fürchte, dass wir hier über Einzelthemen und operationale Probleme, die es in der Tat gibt, den allgemeinen Blick zu verlieren drohen. In einer solchen Lage brauchen wir merkbar große Gewerbeansiedlungsflächen, und wir sind in der glücklichen Lage, dass wir einen ausgewogenen Strauß von Gewerbeflächen für verschiedene Ansiedlungsarten haben. Hier ist eben die Arberger Marsch, die Hansalinie der einzige Gewerbepark, ich sage, der einzige Gewerbepark, der für mittlere bis großflächige verarbeitende Industrie überhaupt in Frage kommt. Deshalb ist eine Vermischung mit anderen Plätzen in Oberneuland und Technologiepark unmöglich. Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun.

#### (Beifall bei der CDU)

Wenn wir die Perspektive in diesem Bereich nicht aufrechterhalten, sind wir in keiner Stelle in Bremen in der Lage, einen mittleren bis größeren ansiedlungswilligen Betrieb der verarbeitenden Industrie in Bremen aufzunehmen. Darüber muss man sich einfach einmal klar werden, wenn man dies hier im Zusammenhang diskutiert. Dass die Fläche im Nachhinein in Relation zu dem zu erwartenden Bedarf vielleicht ein bisschen größer ist, als sie nach heutiger Betrachtung sein könnte, das ist nicht das Thema. Wir arbeiten immer unter Unsicherheit.

Politisch entscheidend ist auch, und das ist hier auch gesagt worden, dass es zu dem Zeitpunkt ein einmaliges Fenster gab, es günstig zu erwerben, ein späterer Erwerbszeitpunkt hätte viel höhere Preise gebracht als das, was wir jetzt haben, die Wahrscheinlichkeit, dass wir, manche mögen es begrüßen, einen viel kleineren Bereich gehabt hätten als jetzt, aber die Perspektive für die Stadt wäre eine sehr viel schwächere gewesen.

Es sind Annahmen über die Vermarktung getroffen worden, die jetzt so nicht eingetroffen sind. Das muss man jetzt erst einmal zur Kenntnis nehmen. Darüber groß zu richten, wie es wohl gewesen ist, wer wann etwas gewusst hat, mag ganz interessant sein, darüber möchte ich mich jetzt nicht groß auslassen.

Ich muss Ihnen eines sagen: Diese wunderbare Pressemitteilung der BIG am gleichen Tag, als es in der Presse stand, ich habe es den Damen und Herren auch gesagt, empfinde ich als nicht sehr geschmackvoll in einer Lage, in der man natürlich das eine oder das andere sagen konnte, dann zu zitieren, was man drei Jahre vorher eigentlich gesagt hat, ist, finde ich, gegenüber jemandem, der in der Öffentlichkeit abgemalt wird, nicht sehr stilvoll und trägt zur Lösung des Problems auch überhaupt nichts bei. Diese Kritik auch einmal in Richtung der eigenen Truppen!

Eine weitere Kritik ist natürlich die, dass irgendein großer Held ausgerechnet hat: Was passiert über 50 Jahre, wenn gar nichts passiert? Ja, dann sind es 300 Millionen! Das sind aber so ein paar akademische Übungen, und wir sind ja nicht in einer Lage, in der nun gar nichts passiert. Wir werden uns des Themas immer auf der Grundlage annehmen, dass es richtig ist, was wir hier haben, und dass wir es auch bewahren müssen, was wir hier an großem Entwicklungsstandort für die verarbeitende Industrie haben.

Um die auflaufenden Finanzierungslasten, die die BIG in der Tat unter den heutigen Annahmen nicht allein tragen kann, zu verringern, ist ein Konzept in Arbeit, das eine Antwort darauf gibt, wie man das Problem minimieren kann. Ich muss Ihnen leider sagen, dass es wahrscheinlich keine vertretbaren Varianten gibt außer extrem optimistische Wirtschaftswachstumsszenarien, die eine Haushaltsbelastung ausschließen. Es wird eine Haushaltsbelastung geben, die wird es aber nicht kurzfristig geben, sondern in späteren Haushalten.

# (Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich beschreibe die Lage, Frau Linnert! Die Realität muss man erst einmal beschreiben.

Das gibt es leider nicht. Es gibt aber schon verschiedene Möglichkeiten, die Auswirkungen auf den

(A) Haushalt zu verringern und das Ganze wieder auf einen ordentlichen Pfad zu bringen. Alle diese Dinge müssen natürlich optimiert werden. Man kann über leicht veränderte Nutzungen nachdenken, man kann über andere Planungserfordernisse nachdenken, um auch etwas andere Nutzer auf die Fläche zu bekommen, wenn man der Meinung ist, dass wir nicht alles für die verarbeitende Industrie brauchen. Sie sehen aber an den Beispielen schon, es sind graduelle Änderungen und nicht prinzipielle Änderungen. Ich bin grundsätzlich dagegen, eine total andere Nutzung oder eine Ausgleichsflächennutzung für dieses Gelände zu befürworten. Es würde einen wichtigen Teil einer Entwicklungsperspektive Bremens kaputt machen.

Hier ist in verschiedenen Beiträgen die Frage gestellt worden: Wie geht es denn nun weiter? Sie werden Ihren Bericht bekommen, wie es weitergeht, darauf haben Sie einen Anspruch, und das wollen wir ja auch alle – ich auch! – wissen, wie es genau weitergeht. Sie werden auch noch einen Bericht bekommen, die Damen und Herren der SPD, darüber, wer wann was gesagt und gewusst hat.

Die Lage ist natürlich relativ einfach, die einzelnen Daten der geringeren Vermarktung waren schon in 27 Dokumenten vorher zu sehen, nur hat noch keiner den Rechenschieber genommen oder die -maschine angeworfen und gesagt, was denn das über 50 Jahre bedeutet unter der Annahme, dass alles so weitergeht. Jeder, der sich ein bisschen mit Zahlen, Rechnerei und Statistik beschäftigt, weiß natürlich, dass allein eine kleine Veränderung in den Grundannahmen bei einem Zeitraum von 50 Jahren schon einen ungeheuren Hebel hat. Das ist klar! Sie werden den Bericht bekommen, wer wann was gewusst hat und wann was gesagt hat. Ob uns das nun unendlich weiterbringt, weiß ich nicht.

Hinsichtlich des Projekts werden wir einen Vorschlag machen, wie wir da schneller vorankommen und die Finanzlasten minimieren. Hinsichtlich der zukünftigen Investitionspolitik will ich eines sagen: Wir werden auf keinen Fall, und dafür werde ich mich einsetzen, von einer nachhaltigen und auch relativ hohen Investitionspolitik abgehen können.

# (Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nachhaltig?)

Da komme ich zu dem Anfang zurück: Wenn wir das nämlich täten, und das zeigen die Analysen der Daten sehr deutlich, bekämen wir hier einen Beschäftigungseinbruch, den wir noch schwerer überstehen als die Probleme, die wir jetzt schon haben. In diesem Bereich müssen wir weitermachen, und wir müssen auch in diesem Konzept der verschiedenen Arten von Technologie-, von Gewerbeparks weitermachen. Jeder einzelne Park hat seine eigene Berechtigung und ist für ein bestimmtes Segment vorgesehen.

Die Einzeldinge und die Kriterien, nach denen die Mittel vergeben werden, und möglicherweise auch in der absoluten Höhe, werden fortgeschrieben werden müssen, natürlich unter Würdigung der gemachten Erfahrungen hinsichtlich der operativen Abläufe, natürlich unter Würdigung der Erfahrungen hinsichtlich der geschaffenen Arbeitsplätze und der gesamtwirtschaftlichen Effekte in den einzelnen Projekten und natürlich unter der Würdigung dessen, was wir in Zukunft an Mitteln überhaupt noch zur Verfügung haben werden. All das wird in ein Gesamtkonzept einmünden, und das werden wir zur Jahreswende vorstellen und auf dieser Basis eine investitionsorientierte Politik, eine fokussierte Politik weitermachen. Dies ist nämlich für Bremen unabdingbar. - Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/403 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen) (D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU] und Abg. Wedler [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wenn wir noch die Tagesordnungspunkte ohne Debatte in zehn Minuten abarbeiten könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Dann können die Verwaltung und der Senat weiterarbeiten, es gibt viele Aufträge an den Senat. Ich denke, das können wir machen.

### Stellungnahme des Senats zum 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 31. August 2004 (Drucksache 16/379)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(A) Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der Stellungnahme des Senats zum 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz an den Rechtsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

#### Gesetz über Seilbahnen für den Personenverkehr im Lande Bremen (Bremisches Seilbahngesetz – BremSeilbG)

Mitteilung des Senats vom 7. September 2004 (Drucksache 16/387)

- 1. Lesung
- 2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über Seilbahnen für den Personenverkehr im Lande Bremen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

#### (Einstimmig)

Meine Damen und Herren, da der Senat um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt in die zweite Lesung eintreten wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über Seilbahnen für den Personenverkehr im Lande Bremen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22 vom 14. September 2004

(Drucksache 16/399)

Wir verbinden hiermit:

#### Bericht des Petitionsausschusses Nr. 23 vom 28. September 2004

(Drucksache 16/416)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Wahl eines Mitglieds des Rechtsausschusses

Meine Damen und Herren, der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

#### (A) Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Justizdienstleistungen

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

(B)

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

# Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.12 Uhr)

Druck: Hans Krohn · Bremen

(D)